

osteuropa



Fallstudien

Ukraine, Russland, Tschechien

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. **OSTEUROPA** ist Forum des Ost-West-Dialogs und behandelt gesamteuropäische Themen. **OSTEUROPA** wurde 1925 von Otto Hoetzsch in Berlin gegründet. 1939 musste die Zeitschrift das Erscheinen einstellen. Von 1951 bis 1975 leitete sie Klaus Mehnert, bis 2002 Alexander Steininger.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com

ISSN 0030-6428
ISSN (Online) 2509-3444

OSTEUROPA wird u.a. in folgenden Datenbanken und Bibliographien ausgewertet: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Social Science Citation Index, Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, Worldwide Political Science Abstracts

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzka, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster. An diesem Heft hat Nina Krienke mitgearbeitet.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82
Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; www.osteuropa.dgo-online.org

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).

Vorstand: Ruprecht Polenz (Präsident), Prof. Dr. Timm Beichelt, Dr. Sabine Fischer, Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Jan Kusber, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Alfred Sproede, Prof. Dr. Stefan Troebst.

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12
info@dgo-online.org; www.dgo-online.org

Konto: DGO, DE85 1008 0000 0414 8630 00, DRES DE FF 100. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo Print und Digital je 98,00 €, für Mitglieder der DGO & Studierende 55,00 € (plus Porto), Einzelheft 10,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 13,80 €; im Ausland 32,80 €.
für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 2,00/4,50 €.
für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 4,00/8,00 €.

Berliner Wissenschafts-Verlag, Markgrafenstr. 12–14, 10969 Berlin, 030/841770-0; bwv@bwv-verlag.de.

Titelbild: © Ansgar Gilster

© **OSTEUROPA/DGO** Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

osteuropa

66. JAHRGANG / HEFT 3 / 2016

<i>Thomas Bremer</i>	Diffuses Konzept Die Russische Orthodoxe Kirche und die „Russische Welt“	3
<i>Vera Demmel</i>	Das Georgsband Ruhmesorden, Erinnerungszeichen, Pro-Kreml-Symbol	19
<i>Vít Beneš</i>	Marginalität oder Selbstmarginalisierung? „Internationale Beziehungen“: Wissenschaft und Politik in der Tschechischen Republik	33
<i>Karin Rogalska</i>	Mislungener Poker mit der Flüchtlingskrise Die Parlamentswahlen in der Slowakei 2016	43
<i>Katarzyna Woniak</i>	Späte Anerkennung Lokales Gedenken an die NS-Zwangsarbeit	51
Ukraine Die Zukunft der Vergangenheit		
<i>Florian Peters</i>	Roter Mohn statt Rotem Stern „Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine	59
<i>Gerhard Simon</i>	Good Bye, Lenin! Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole	79
<i>Cornelius Friesendorf</i>	Polizeireform in der Ukraine Probleme und Perspektiven	95

<i>Felix Ackermann</i>	Aktualisierte Gewalterfahrung Litauens Geschichtspolitik und Russlands Ukrainekrieg	111
<i>Ana Lena Werner</i>	Antiamerikanismus in Aktion Linke, Rechte und „Querfront“ zur Ukraine	129
<i>Lisa Bührmann</i>	Modifizierte Stereotypen Russland und die Krim-Annexion in der Karikatur	139
<i>Ewa Dąbrowska</i>	Sanktionen und „patriotische“ Wende Russlands Industrie- und Investitionspolitik	149
Abstracts		171

Florian Peters

Roter Mohn statt Rotem Stern

„Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine

Im April 2015 verabschiedete das ukrainische Parlament vier Gesetze zum Umgang mit dem kommunistischen Erbe. Denkmäler werden entfernt, Straßen und Orte umbenannt, die Archive der sowjetischen Sicherheitsorgane geöffnet. Die Erinnerung soll europäisiert werden. Dem widerspricht allerdings ein unkritischer Umgang mit der ukrainischen Nationalbewegung, insbesondere mit der OUN/UPA, die im Zweiten Weltkrieg teilweise mit den Nationalsozialisten kollaboriert und Massaker an der polnischen Bevölkerung verübt hat. Unklar ist, ob die staatliche Geschichtspolitik die offene Auseinandersetzung der Gesellschaft mit den Wegen und Irrwegen, Brüchen und Widersprüchen der Geschichte nur ergänzt und widerspiegelt oder ob sie sie verdrängen soll.

Im Dezember 2015 fürchteten manche Ukrainer, sie müssten das Jahr 2016 ohne den meistverkauften Sekt des Landes begrüßen: *Sovetskoe Šampanskoe* darf in der Ukraine nicht mehr verkauft werden, da der seit Stalins Zeiten verwendete Markenname unter die neue ukrainische Gesetzgebung zur Entkommunisierung fällt. Der Hersteller wusste sich jedoch zu helfen und benannte sein bekanntestes Produkt kurzerhand in *Sovetovskoe* um.¹ Die beiden zusätzlichen Buchstaben auf dem Etikett dürften den Sektdurst der Kundschaft kaum geschmälert haben.

Das im April 2015 vom ukrainischen Parlament beschlossene Gesetzespaket zur *De-komunizacija* (Entkommunisierung) beschränkt sich nicht darauf, alten Sekt mit neuen Etiketten verkaufen zu lassen. Vielmehr soll es die Entschlossenheit der ukrainischen Eliten nach dem Majdan demonstrieren, mit der postsowjetischen Geschichtskultur zu brechen und einen grundlegenden Umbau der staatlichen Erinnerungspolitik einzuleiten. Neben dem Verbot kommunistischer und nationalsozialistischer Symbolik im öffentlichen Raum sehen die vier Gesetze die Öffnung der Archive der sowjetischen Sicherheitsorgane vor. Zudem legen sie die Grundlage für ein europäisiertes Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und treiben die geschichtspolitische Rehabilitierung der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegungen des 20. Jahrhunderts voran.²

Florian Peters (1981), Dr. phil., Historiker, Institut für Zeitgeschichte, Berlin

Für wertvolle Hinweise und Kritik danke ich Sophie Schmäing und Andriy Liubarets.

¹ Dazu die Website der Kiewer Schaumweinfabrik „Stolyčnyj“, die zum Oetker-Konzern gehört, <www.sekt.kiev.ua/ua/news/zmni-u-nazv-tm-sovetskoe-shampanskoe>.

² Die Gesetzestexte sind auch auf Englisch verfügbar: Law of Ukraine. On Perpetuation of the Victory over Nazism in World War II of 1939–1945, 9.4.2015, <www.memory.gov.ua/laws/law-ukraine-perpetuation-victory-over-nazism-world-war-ii-1939-1945>. – Law of Ukraine. On the Legal Status and Honoring the Memory of Fighters for Ukraine’s Independence in the Twentieth Century, 9.4.2015, <www.memory.gov.ua/laws/law-ukraine-legal-status-and-honoring-memory-fighters-ukraines-independence-twentieth-century>. – Law of Ukraine: On the

Mit ihrer Geschichtsgesetzgebung schloss die Regierungsmehrheit in der Verchovna Rada an die Welle von Denkmalstürzen an, der seit dem Erfolg des Euromajdan im Februar 2014 Hunderte von Statuen Lenins und anderer kommunistischer „Helden“ zum Opfer gefallen waren. Damit kam sie zweifellos den Erwartungen nationalpatriotisch gesinnter Teile der Bevölkerung entgegen. Auch demonstrierte die Regierung unter Arsenij Jacenjuk Handlungsfähigkeit – in einer Phase, in der sie in der Kritik stand, weil die angekündigten Reformen in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung nur schleppend vorankamen. Zugleich sind die Vorgaben zur Entkommunisierung des öffentlichen Raums alles andere als unumstritten, greifen sie doch mit der hastigen Umbenennung Tausender von Straßen, Plätzen, Dörfern und Städten unmittelbar in die Lebenswelt der Bevölkerung ein. Das unter Berufung auf die neue Rechtslage ausgesprochene Verbot der Kommunistischen Partei sowie die positive Neubewertung der Tradition des radikalen ukrainischen Nationalismus, darunter der *Organizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv* (der Organisation Ukrainischer Nationalisten, OUN) und der *Ukrainischen Aufstandsarmee* (Ukraïns'ka Povstans'ka Armija, UPA), stießen auch auf heftige Kritik aus dem westlichen Ausland.³

„Ein neues Branding des Sieges der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“

Die auffällige Eile, mit der das Gesetzespaket zur Entkommunisierung am 9. April 2015 verabschiedet wurde, hatte einen Grund: Der 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs stand bevor. Die Regierung wollte bereits an diesem Datum ein Zeichen für ihre neue Geschichtspolitik setzen. Dies wurde auch deshalb als Chance begriffen, da russländische Medien imperiale und sowjetische Deutungsmuster reaktivierten, um Russlands aggressive Außenpolitik gegenüber der Ukraine zu legitimieren.⁴

Das ukrainische Parlament hingegen setzte der großrussischen Instrumentalisierung des Mythos des „Großen Vaterländischen Krieges“ eine Hinwendung der Ukraine zu europäischen Formen des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg entgegen. Die Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg“ wurde durch den Begriff „Zweiter Weltkrieg“ ersetzt, um nicht nur an die Jahre 1941–1945, in denen die Sowjetunion Gegner und schließlich Bezwiner des Faschismus war, sondern auch an die Jahre 1939–1941 zu erinnern, in denen Deutschland und die Sowjetunion nach dem Hitler-Stalin-Pakt als Verbündete agierten. Zusätzlich unterstrich die Einführung des 8. Mai als des offiziellen Gedenktags für alle Opfer des Zweiten Weltkriegs („Tag des Gedenkens und der Versöhnung“) die Annäherung an die westliche Gedenkkultur. Allerdings ließ das Gesetz den Status des „Tages des Sieges“ am 9. Mai unangetastet, der in der Sowjetunion als wichtigster und populärster staatlicher Feiertag begangen wurde. Der 9. Mai bleibt auch in der Ukraine offizieller Feiertag, nun als „Tag des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945“. Indem die Regierung auf die erinnerungskulturellen

condemnation of the communist and national socialist (Nazi) regimes, and prohibition of propaganda of their symbols, 9.4.2015, <www.memory.gov.ua/laws/law-ukraine-condemnation-communist-and-national-socialist-nazi-regimes-and-prohibition-propagan>. – Law of Ukraine: On access to Archives of Repressive Agencies of Totalitarian Communist Regime of 1917–1991, 9.4.2015, <www.memory.gov.ua/laws/law-ukraine-access-archives-repressive-agencies-totalitarian-communist-regime-1917-1991>.

³ Etwa Ulrich M. Schmid: Good Bye, Lenin! Neue Zürcher Zeitung, 9.9.2015.

⁴ Guido Hausmann, Tanja Penner: Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie, in: OSTEUROPA, 9–10/2014, S. 35–50.

Gewohnheiten weiter Teile der Bevölkerung Rücksicht nahm, wurde der 70. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2015 erstmals an zwei offiziellen Gedenk- und Feiertagen begangen.

Eine zentrale Rolle bei der Neuformulierung der ukrainischen Geschichtspolitik spielte das *Ukrainische Institut des Nationalen Gedenkens* (Ukrains'kyj instytut nacional'noï pam'jati, UINP). Dieses war 2005 unter Präsident Viktor Juščenko nach polnischem Vorbild gegründet worden, war danach jedoch in einen Dornröschenschlaf gefallen.⁵ Im März 2014 übernahm der Lemberger Historiker Volodymyr Vjatrovyč die Leitung des Instituts; er hatte sich an der Majdan-Bewegung aktiv beteiligt und gilt zugleich als einer der engagiertesten Verfechter einer positiven Neubewertung der umstrittenen Geschichte der nationalistischen Untergrundbewegung der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Vjatrovyčs Publikationen zum Verhältnis der OUN/UPA zu Juden und Polen waren von westlichen Historikern teils recht scharf als apologetisch kritisiert worden.⁶ Kurz nachdem Vjatrovyč sein Amt angetreten hatte, porträtierte ihn der amtliche *Urjadovyj kur'jer* vielsagend als „einen jener, die Geschichte nicht nur erforschen, sondern auch schaffen“.⁷ In der Tat gelang es ihm in kürzester Zeit, das Institut zum dynamischsten geschichtspolitischen Akteur des Landes zu machen.

Vjatrovyč gilt als wesentlicher Initiator des Gesetzespakets zur Geschichtspolitik – zwei der Gesetze stellte er persönlich in der Verchovna Rada vor.⁸ Zu seinen Prioritäten zählte die Einführung eines neuen Gedenksymbols, das eine Alternative zum prorussisch konnotierten Georgsbändchen bieten soll.⁹ Man griff dazu auf die aus der westeuropäischen Erinnerungskultur stammende rote Mohnblüte zurück, die sich ursprünglich auf das Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs bezog und bis heute in Großbritannien als „remembrance poppy“ weit verbreitet ist. Schon im Frühjahr 2014 begann das Institut des Nationalen Gedenkens, den roten Mohn als explizit „europäisches Symbol“ zu propagieren.¹⁰ Die vom Designer Serhij Mišakin gestaltete stilisierte Variante der Mohnblüte erinnert an eine blutende Schusswunde. Auch der begleitende Slogan, die in der Ukraine zuvor ungebräuchliche Wendung „Nikoly znovu“ (Nie wieder), knüpfte an die in Westeuropa dominierende postheroische Erinnerungskultur an, die den Opfern des Krieges mehr Aufmerksamkeit widmet als den früher als Helden verehrten Soldaten. Unter dem Eindruck der Annexion der Krim durch Russland entsprach dies im Mai 2014 auch der Selbstwahrnehmung vieler Ukrainer.¹¹

⁵ Tomasz Stryjek: *Ukraina przed końcem Historii. Szkice o polityce państw wobec pamięci*. Warszawa 2014, S. 133–141. – Andrij Portnov: *Istoriï dlja domašnoho vžytku. Eseï pro pol's'ko-rosijs'ko-ukraïns'kyj trykutnyk pam'jati*. Kyiv 2013, S. 121–132.

⁶ Zu Vjatrovyčs Buch das Diskussionsforum *Druha pol's'ko-ukraïns'ka vijna 1942–1947*. Kyiv 2011, in: *Ab Imperio*, 1/2012, S. 351–433. Zum Kontext Andrij Portnov: *Istoriï dlja domašneho upotreblenija*, in: *Ab Imperio*, 3/2012, S. 309–338.

⁷ Oleh Lystopad: *Volodymyr Vjatrovyč: Ukraïns'ka nezaležnïc' – ce zakonïrnyct'.* *Urjadovyj kur'jer*, 23.8.2014, <<http://ukurier.gov.ua/uk/articles/volodimir-vyatrovich-ukrayinska-nezalezhnist-ce-za/>>.

⁸ Tomasz Stryjek: *Debata o dekomunizaciji na Ukrainie w 2015 roku: Jak politycy „wygrali“ z intelektualistami*, in: *Kultura i Społeczeństwo*, 2/2015, S. 117–145, hier S. 118–120.

⁹ Zum Georgsbändchen siehe den Beitrag von Vera Demmel in diesem Band, S. 19–32.

¹⁰ *Ukraina zhaduvatyme polehlych u Druhij svitovij vijni pid jevropejs'kym symvolom – červonym makom*. UINP, 5.5.2014, <www.memory.gov.ua/news/ukraina-zhaduvatime-poleglikh-u-drugii-svitovii-viini-pid-evropeiskim-simvolom-červonim-makom>.

¹¹ Yuliya Yurchuk: *Reordering of Meaningful Worlds. Memory of the Organization of Ukrainian Nationalists and the Ukrainian Insurgent Army in Post-Soviet Ukraine*. Stockholm 2014, S. 152.

Im Vorfeld des 70. Jahrestags im Mai 2015 warb das Institut mit beträchtlichem Erfolg für den roten Mohn. Zwar waren bei den Feierlichkeiten am 9. Mai in Kiew einzelne Gruppen mit orange-schwarzen Georgsbändchen zu sehen – die meisten Menschen trugen jedoch eine rote Mohnblüte und bekannten sich damit zu dem importierten Gedenksymbol.¹² Für dessen spektakulärste Verwendung sorgte der Fassadenkletterer Pavlo Ušyvec, bekannt unter dem Namen „Mustang“: Er schmückte am Vorabend des Jahrestags die gigantische „Mutter-Heimat“-Statue des „Nationalen Museums der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“ in Kiew, die seit 1981 über dem Hochufer des Dnjepr thront, mit einem typisch ukrainischen Blumenkranz aus rotem Mohn. Wenige Wochen später wurde der Gedenkkomplex auch offiziell in „Nationales Museum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“ umbenannt.¹³



2014: „1939–1945: Nie wieder.“ – 2015: „1939–1945: Wir gedenken, wir siegen.“

¹² In verschiedenen Städten der Ukraine sahen sich Menschen von Trägern des Georgsbändchens provoziert, es gab Wortgefechte und Rangeleien; Bericht der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine vom 10.5.2015, <www.osce.org/ukraine-smm/156416>.

¹³ Vinok na Bat'kivščynu-matir prykripyv rufer Mustanh. zn.ua, 8.5.2015, <http://dt.ua/UKRAINE/vinok-na-batkivschinu-matir-prikripiv-rufer-mustang-172123_.html>.

Hatte der Akzent der Erinnerung im Jahr zuvor noch auf den Opfern des Krieges gelegen hatte, demonstrierte diese symbolische Aneignung des wichtigsten sowjetischen Gedenkortes, dass die Ukrainer in ihrem Gedenken an Selbstbewusstsein gewonnen hatten. Anders als in Moskau und Donezk fanden in Kiew am 9. Mai zwar keine Militärparaden statt, sondern nur ein Aufmarsch unbewaffneter Soldaten und Konzerte von Militärkapellen befreundeter Länder. Trotz dieser betonten Entmilitarisierung waren die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag stärker als im Vorjahr durch den schwelenden Krieg im Donbass geprägt und konzentrierten sich auf den ukrainischen Anteil am Sieg im Zweiten Weltkrieg. An die Stelle des „Nie wieder“ trat nunmehr der Slogan *Pamjatejamo – peremahajemo* (Wir gedenken – wir werden siegen). Ministerpräsident Arsenij Jacenjuk betonte bei der Vorstellung der Planungen zum Jahrestag ausdrücklich:

Wir wollen, dass das ganze Land die Wahrheit über die Vergangenheit sieht, damit es in der Zukunft seiner Kräfte sicher ist. Damit wir auch in dem unerklärten Krieg siegen werden, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat.¹⁴

Die neue offizielle Meistererzählung der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg kristallisierte sich deutlich aus einer Serie von Videoclips heraus, die der bekannte Regisseur Oles' Sanin mit dem Institut des Nationalen Gedenkens im Auftrag der ukrainischen Regierung produzierte. Die aus historischem Filmmaterial und diversen Kampfszenen zusammengeschnittenen Kurzfilme thematisierten zwar auch die enorm hohen Opferzahlen in der Ukraine, konzentrierten sich aber auf die Darstellung einzelner ukrainischer Kriegshelden und waren einer heroisierenden Sichtweise auf den Krieg verpflichtet. Mit Ausnahme des sowjetischen Kampffliegers Amet-Khan Sultan, eines Krimtataren, wurden ausschließlich ethnische Ukrainer als Helden vorgestellt; zugleich wurde betont, dass diese nicht nur in der Roten Armee, sondern auch in der UPA sowie in den Armeen der Westalliierten gekämpft hatten. Die UPA-Partisanin, der Rotarmist und der kommunistische Partisan wurden als einträchtige Kämpfer für den „gemeinsamen Sieg über den Nazismus“ dargestellt.

Auffällig war das Bemühen, einen Bezug zu den westlichen Alliierten hervorzuheben und die Leistungen von (Exil-)Ukrainern für die US-Armee, die französische Résistance und den polnischen Untergrund zu betonen.¹⁵ Das in diesen Filmen und anderen Materialien aufbereitete Bild des Zweiten Weltkriegs griff unverkennbar auf den sowjetischen Mythos des Sieges über Hitlerdeutschland zurück – der *Tag des Sieges* wurde lediglich aus dem sowjetischen Kontext herausgelöst und nationalisiert.

¹⁴ „My peremohly todi – peremožemo i zaraz“. Arsenij Jacenjuk na prezentacii videoistorij pro borot'bu Ukraïnciv u Druhij svitovij, 30.4.2015, <www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=248132886&cat_id=244276429>.

¹⁵ Neben Amet-Khan Sultan porträtieren die Videoclips die UPA-Kämpferin Halyna Kuzmenko „Nadja“, den sowjetischen Spion Jevhen Bereznjak (Träger des polnischen Virtuti-Militari-Ordens für Verdienste um die Befreiung Krakaus), den ukrainischstämmigen US-Soldaten Michael Strank, der auf Joe Rosenthals ikonisch gewordenem Foto von der Hissung der amerikanischen Flagge auf der Pazifikinsel Iwo Jima abgebildet ist, sowie den Kanadier ukrainischer Herkunft Petro Dmitruk, der in der britischen Luftwaffe und in der französischen Résistance kämpfte. Die Filme sind über die Website des UINP zum Zweiten Weltkrieg abrufbar: <www.wv2.memory.gov.ua/video/>.



Ganz der Ukrainer: Oles' Sanin



Das berühmte Foto des amerikanischen Kriegsphotografen Joe Rosenthal „Raising the Flag on Iwo Kima“ vom 23.2.1945. Auf der Seite <www.ww2.memory.gov.ua> des Instituts des Nationalen Gedenkens steht dazu: „Die Ukrainer nahmen als eine der ersten Nationen die Bürde des Krieges auf sich und setzten auch den Schlusspunkt. Majkl (Mychajlo) Strenk hisste die Flagge auf Iwo Kima, Oleksij Berest auf dem Reichstag und Kuz'ma Derev'janko unterschrieb die Kapitulation Japans. Für den Sieg gaben mehr als acht Millionen Soldaten und zivile Bewohner der Ukraine ihr Leben.“ Michael Strank (Michal Strenk) wurde 1919 in Jarembina, damals Tschechoslowakei, heute Jarabina, Slowakei, geboren, und kam mit seinen Eltern 1925 in die USA. Auf dem auf der Pazifikinsel Iwo Kima 1945 aufgenommenen Foto sind nur seine Hände hinter der Dreiergruppe anderer US-Marines links zu sehen. Auf der Grundlage des Fotos wurde das Marine Corps War Memorial in Arlington, Virginia (Abbildung unten) errichtet.

Die Inszenierung der Ukraine als eigenständige Siegermacht des Zweiten Weltkriegs diente als historische Folie für den aktuellen Konflikt um die territoriale Integrität des Landes. Eine direkte Linie vom Zweiten Weltkrieg zum Krieg im Donbass zogen auch zwei von der Nationalgarde und dem Informationsministerium in Auftrag gegebene Fernseh-Werbespots. In einem der Filmchen telefoniert ein mit allerlei sowjetischen Insignien behängter Veteran der Roten Armee am „Tag des Sieges“ mit seinem Enkel, der im Rahmen der ukrainischen „Anti-Terror-Operation“ im Donbass eingesetzt ist. Der andere Spot zeigt eine analoge Szene, in der eine Sanitäterin mit gelb-blauem Armband ihre ebenfalls als Veteranin erkennbare Großmutter anruft. Die Protagonisten sprechen russisch, der Clip ist ukrainisch untertitelt. In der jeweiligen Schlusszene zieht der Soldat an die Front, die Sanitäterin kümmert sich um einen Verwundeten, während Großvater und Großmutter das Gespräch mit den Worten „Slava Ukraine“ (Ehre der Ukraine) bzw. „Gerojam Slava“ (Ehre den Helden) beenden, den seit den blutigen Tagen des Majdan verbreiteten, aus der Tradition der antisowjetischen OUN/UPA stammenden Schlachtrufe. Der Kampf um die territoriale Integrität der Ukraine im Jahr 2015 wurde so als Fortsetzung des siegreichen sowjetisch-ukrainischen Kampfs im Zweiten Weltkrieg inszeniert. Das behauptete Einverständnis zwischen den Generationen und ideologischen Lagern traf offenbar den Zeitgeist: Beide Videos verbreiteten sich rasant in den sozialen Medien, bereits am Tag der Veröffentlichung klickten eine halbe Million Menschen sie an.¹⁶

Personifiziert wurde die angestrebte innerukrainische Aussöhnung von dem 97-jährigen Veteranen der Sowjetmarine Ivan Zalužnij, dessen 23-jähriger Enkel als Freiwilliger in der Ostukraine gefallen war.¹⁷ Sein symbolischer Händedruck mit einem ehemaligen UPA-Kämpfer am 8. Mai 2015 vor dem Kriegsmuseum in Kiew wurde als Zeichen der Versöhnung von sowjetukrainischen und nationalistischen Traditionen medienwirksam in Szene gesetzt. Unterfüttert wurde dieser zentrale Aspekt der Gedenkfeierlichkeiten nicht nur durch die offizielle Bezeichnung des neu eingeführten „Tages des Gedenkens und der Versöhnung“ am 8. Mai, sondern auch durch das Gesetz zur Ehrung der ukrainischen Nationalbewegungen und Unabhängigkeitskämpfe des 20. Jahrhunderts, das ausdrücklich auch umstrittene Gruppen wie die OUN und die UPA einschloss.

Diese Aufwertung der nationalistischen Tradition riefen kaum öffentliche Kritik hervor, während ähnliche Versuche von Viktor Juščenko während seiner Präsidentschaft 2005–2010, die politisch und ideologisch gegensätzlichen Stränge der ukrainischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg miteinander zu versöhnen, noch auf erheblichen Widerstand gestoßen waren.¹⁸ Dass die Bemühungen der jetzigen Regierung, durch staatliche Geschichtspolitik „ein neues Branding des Sieges der Ukraine im

¹⁶ Illja Kabačyns'kyj: „Pamjatajemo. Pyšajemosja. Peremožemo!“: Jak Ukraïnci znjali social'nu reklamu pro Druhu svitovu vijnu. Forbes Ukraïna, 28.4.2015, <<http://forbes.ua/ua/lifestyle/1393377-pamyataemo-pishaemosja-peremozhemo-yak-ukrayinci-znyali-socialnu-reklamu-pro-drugu-svitovu-vijnu>>. Die Clips auch unter: <<https://youtu.be/c3EgHMTDng>>; <<https://youtu.be/eQk6UupEJuA>>.

¹⁷ Veteran druhoï svitovoi, jakyj vtratyv onuka u vijni na schodi, znjavecja u social'nomu rolyku, UINP, 1.5.2015, <<http://memory.gov.ua/news/veteran-drugoi-svitovoi-yakii-vtrativ-onuka-u-viini-na-skhodi-znyavsya-u-sotsialnomu-rolyku>>.

¹⁸ Yurchuk, Reordering [Fn. 11], S. 127–136.

Zweiten Weltkrieg“ zu kreieren,¹⁹ deutlich erfolgreicher waren, lag neben der akuten äußeren Bedrohung durch Russland auch daran, dass dieses „Re-Branding“ hergebrachte Muster der sowjetischen Geschichtskultur wie den Kult des Sieges am 9. Mai und die Heroisierung des Krieges nicht grundsätzlich hinterfragte, sondern nur in einen neuen nationalen Deutungshorizont übertrug.

Postsowjetische und nationalistische Darstellungen des Krieges schließen sich keineswegs aus. Das zeigt nicht zuletzt der große Publikumserfolg eines Kinofilms, der pünktlich zum Jahrestag in der Ukraine und in Russland in die Kinos kam: Die aufwendige ukrainisch-russische Koproduktion über die legendäre sowjetukrainische Scharfschützin Ljudmila Pavličenko, die noch auf die Janukovyč-Ära zurückging und zu drei Vierteln aus ukrainischen Mitteln finanziert wurde, lief in der Ukraine unter dem kämpferischen Titel „Die Unbeugsame“ (Nezlamna), während der russische Verleihtitel „Schlacht um Sevastopol“²⁰ dortigen patriotischen Gefühlen schmeichelte. Dass dem alles andere als pathosfreien, mit der Betonung menschlicher Aspekte aber merklich von klassischen sowjetischen Heldenepen abweichenden Blockbuster das kommerzielle Kunststück gelang, auf beiden Seiten der heutigen Front ein Millionenpublikum zu begeistern, lässt sich jedenfalls als Hinweis deuten, dass die Tiefenstrukturen der Kriegserinnerung ungeachtet ihrer gegenwärtigen Politisierung sowohl in Russland als auch in der Ukraine weiterhin kompatibel sind.²⁰

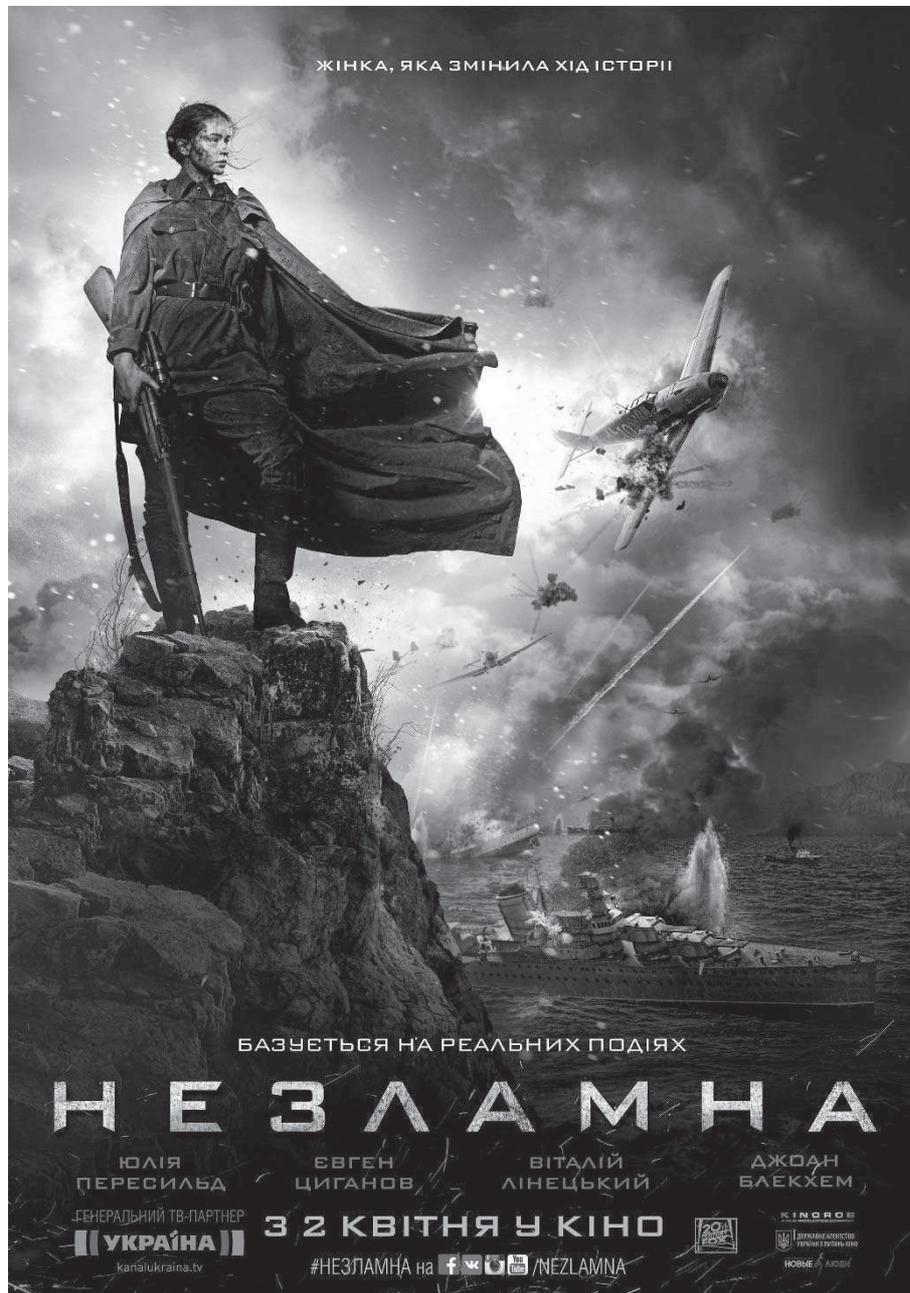
Vom *Leninopad* zur Entkommunisierung von oben

Während die gesetzliche Neuregelung des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg die gewachsene Gedenktradition des „Tages des Sieges“ nicht einfach abschnitt oder verbot, zeigten sich die Initiatoren des Gesetzespakets bei der Entkommunisierung des öffentlichen Raumes weitaus kompromissloser. Aufgrund der damit verbundenen direkten Eingriffe in das vertraute alltägliche Umfeld vieler Ukrainer stößt diese nicht nur auf Zustimmung, sondern vielfach auch auf Unverständnis und passiven Widerstand. Zwar bezieht sich das Gesetz gleichermaßen auf die „Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regime“ – so der etwas umständliche Titel – und stellt die Verwendung der Symbolik beider Systeme unter Strafe. Doch de facto bezieht sich dieses Verbot primär auf das Erbe der Sowjetzeit, das vor allem in der Zentral- und Ostukraine noch allgegenwärtig ist.

Die Regierungsmehrheit im Parlament griff damit eine von radikalen Aktivisten der Majdan-Bewegung angestoßene Welle von Denkmalstürzen auf, die sich zunächst auf die notorischen Lenin-Denkmal konzentrierte und deshalb bildhaft als *Leninopad* (Lenin-Fall) bezeichnet wurde. Ausgelöst wurde sie durch den Sturz des Lenin-Denkmal auf dem Bessarabischen Platz im Zentrum Kiews am 8. Dezember 2013. Dieses Bild ging um die Welt und markiert einen der symbolischen Wendepunkte der

¹⁹ So der Kreativdirektor der für die TV-Spots der Nationalgarde verantwortlichen Werbeagentur Tabasco, Oleksandr Smyrnov, zit. in: Kabačyns'kyj, Pamjatajemo [Fn. 16].

²⁰ Gesine Dornblüth: Ukrainisch-russischer Film: Kino-Hit „Kampf um Sewastopol“. Deutschlandfunk, 10.4.2015, <www.deutschlandfunk.de/ukrainisch-russischer-film-kino-hit-kampf-um-sewastopol.691.de.html?dram:article_id=316730>. – Andrij Kokotjuča: „Nezlamna“: snajpers'kyj postril u poetyčne kino. Telekritika.ua, 7.4.2015, <www.telekritika.ua/kontent/2015-04-07/105803>.



Ein Film, zwei Botschaften:

Ukrainisch: „Die Unbeugsame – eine Frau, die den Lauf der Geschichte änderte“



Russisch: „Die Schlacht um Sevastopol“. In den deutschen Verleih kam der Film mit dem Titel: „Red Sniper – Die Todesschützin“, die englische Fassung übernahm den russischen Titel, der französische lautet: „Résistance“.

„Revolution der Würde“. Unmittelbar nach der Flucht Janukovyčs wurden über 90 weitere Lenin-Statuen gestürzt; bis Dezember 2014 waren es über 500.²¹ Wie in der Hauptstadt standen auch andernorts meist nationalistische Aktivisten, etwa aus dem Umfeld der Partei *Svoboda*, hinter dem Denkmalsturz. Dennoch wurde der *Leninopad* zum Ausdruck des Erneuerungswillens breiterer Bevölkerungsteile, der eher auf die Abkehr von der in Janukovyč personifizierten kleptokratisch-postsowjetischen Ordnung zielte als auf eine rückhaltlose Identifikation mit nationalistischen Traditionsbeständen. Je weiter der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eskalierte, desto stärker betrachtete man den Sturz Lenins nicht nur als Solidaritätsbekundung mit dem Euromajdan, sondern auch als symbolischen Abschied vom sowjetischen Erbe, das immer mehr Ukrainer mit Russland identifizierten.

Dieser spontan begonnene Prozess wurde durch das Entkommunisierungsgesetz nachträglich legitimiert, zugleich jedoch auch deutlich ausgeweitet. Das Verbot der Propaganda für die beiden „totalitären“ Systeme ist recht weit ausgelegt und umfasst neben Denkmälern und Symbolen wie Hammer und Sichel auch Straßen- und Ortsnamen sowie jede „öffentliche Leugnung des verbrecherischen Charakters des kommunistischen totalitären Regimes von 1917–1991 in der Ukraine [und] des nationalsozialistischen (nazistischen) Regimes“. Trotz der Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus, die dem Geist der Totalitarismustheorie entspricht, sind die entsprechenden Verbote asymmetrisch formuliert: Während kommunistische Symbole generell verboten werden, gilt dies nur für solche NS-Symbole, die sich unmittelbar auf das nationalsozialistische Deutschland beziehen – nicht also für in der Ukraine durchaus verbreitete völkisch-rechtsextreme Symbole wie Wolfsangel oder Schwarze Sonne. Ausnahmen gelten unter anderem für die wissenschaftliche Forschung sowie für Persönlichkeiten aus der sowjetischen Zeit, die sich um „den Widerstand und die Vertreibung der nazistischen Besatzer aus der Ukraine oder die Entwicklung der ukrainischen Wissenschaft und Kultur“ verdient gemacht haben.

Die sichtbarste Konsequenz dieses Gesetzes ist neben der nun systematisierten Demontage von Denkmälern und Mosaiken die flächendeckende Umbenennung von Straßen und Orten. Dabei handelt es sich um keine Bagatelle: Insgesamt hat das Institut des Nationalen Gedenkens 941 Ortsnamen ermittelt, die auf die sowjetische Zeit zurückgehen, darunter 28 größere Städte und auch die drittgrößte Stadt der Ukraine, die Millionenstadt Dnipropetrovs'k.²² Hinzu kommen Tausende von Straßennamen in den Städten und Gemeinden der Zentral- und Ostukraine. Das Gesetz sah vor, dass diese Toponyme innerhalb von sechs Monaten von den kommunalen Selbstverwaltungsorganen umbenannt werden sollten, bevor die Entscheidungskompetenz auf die staatlichen Regionalverwaltungen bzw. auf die Verchovna Rada überging. Dieser Zeitdruck löste in manchen der Ortschaften erheblichen Unmut aus und trug dazu bei, dass die Entkommunisierung vielfach nicht als Chance wahrgenommen wurde, sich über die lokale Identität neu zu verständigen, sondern als unerwünschtes Diktat aus Kiew.

²¹ Dazu die detailreiche Website <<http://leninstatues.ru/leninopad>>. – Za rik v Ukraïni znesly pivtysjači pamjatnykiv Leninu. UINP, 8.12.2014, <<http://memory.gov.ua/news/za-rik-v-ukraini-znesli-pivtisyachi-pam-yatnykiv-leninu>>.

²² Perelik naselenych punktiv, nazvy jakych potribno zminyty, UINP, 23.11.2015, <<http://memory.gov.ua/page/dekomunizatsiya-0>>.

In der Praxis lud dieser Zeitdruck unwillige lokale Eliten zu einer rein formalen Auslegung der Vorschriften ein. So sprachen sich bei einer Umfrage in Dnipropetrovs'k 90,5 Prozent der Befragten für die Beibehaltung des bisherigen Namens aus.²³ Daraufhin entschied der Stadtrat, nicht etwa den Namen der Stadt zu ändern, sondern dessen Herleitung: Fortan solle die Stadt nicht mehr nach dem prominenten Bolschewiken Hryhorij Petrovs'kyj, sondern nach dem heiligen Peter benannt sein.²⁴ Die Stadtverordneten der in den 1960er Jahren gegründeten Industriestadt Komsomol's'k gingen noch einen Schritt weiter und verabschiedeten eine Resolution, in der der kommunistische Ursprung des Namens der Stadt schlichtweg geleugnet und dessen Beibehaltung proklamiert wurde.²⁵ In beiden Fällen entschied die Verchovna Rada gegen den erklärten Willen der kommunalen Vertreter: Dnipropetrovs'k erhielt am 19. Mai 2016 den ideologisch neutralen Namen Dnipro, Komsomol's'k wurde in Horišni Plavni umbenannt.²⁶

Besonders aufschlussreich war der Verlauf der Entkommunisierung in Charkiv, der zweitgrößten Stadt der Ukraine. In dieser von gemischten ukrainisch-russischen Identitäten geprägten Großstadt war während der Annexion der Krim durch Russland sowie während des Krieges in der unmittelbaren Nachbarschaft eine besondere politische Polarisierung zu beobachten.²⁷ Radikale proukrainische Gruppen, die bereits im September 2014 gegen starken Widerstand prorussischer und kommunistischer Kräfte das größte Lenin-Denkmal der Ukraine auf dem zentralen *Majdan Svobody* gestürzt hatten, fühlten sich von der Verabschiedung des Gesetzes ermutigt, weitere Statuen sowjetischer Würdenträger in nächtlichen Aktionen vom Sockel zu stoßen. Liberale und demokratische Aktivisten fanden sich in einer Arbeitsgruppe zusammen, um das Stadtbild vom kommunistischen Erbe zu befreien. Sie zogen Fachhistoriker hinzu und luden Interessenten ein, via Facebook Umbenennungsvorschläge zu unterbreiten.²⁸ Die politische Elite der Stadt hingegen zeigte sich vor den Kommunalwahlen im Oktober 2015 mehrheitlich skeptisch gegenüber der Umbenennung von Straßen und Plätzen.

Nach der Wiederwahl des umstrittenen Bürgermeisters Hennadij Kernes ging die Stadtverwaltung die Entkommunisierung in bewährter sowjetischer Manier an: Während sie die bürgerschaftlichen Initiativen ignorierte, legte sie ein eigenes Konzept vor, das anstelle der Umbenennung dreier Stadtbezirke nur deren Umwidmung vorsah. So sollte etwa der Dzeržyns'kyj-Rajon künftig nach Władysław Dzierżyński/Vladyslav

²³ Dumky i pohljady žyteliv m. Dnipropetrovs'ka ščodo perejmenuvannja mista. Kyivs'kyj mižnarodnyj instytut sociolohiï, 23.9.2015, <www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=545&page=1>.

²⁴ Dnepropetrov'sk sobirajutsja „pereimenovat“ v čest' Svjatogo Petra. LB.ua, 29.12.2015, <http://lb.ua/news/2015/12/29/324750_dnepropetrovsk_sobirayutsya.html>.

²⁵ Bohdan Korolenko: Pochoron bohiv. Jak Ukraïna očyščajet'sja vid totalitarnoi spadščyny, in: Tyžden', 25.11.2015, <<http://tyzhden.ua/Society/152412>>.

²⁶ Rada perejmenyvala Dnipropetrovs'k. Ukraïns'ka pravda, 19.5.2016, <www.pravda.com.ua/news/2016/05/19/7108936/>.

²⁷ Tatiana Zhurzhenko: Erinnerungskonflikte. Gedenkpolitik im postsowjetischen Charkiv, in: OSTEURÓPA, 4/2015, S. 153–171.

²⁸ Zum Verlauf der Entkommunisierung in Charkiv detailliert Ol'ga Bahalij: Dekomunizacija po-charkivs'ky. Etap peršyj. Charkivs'ka pravozachysna hrupa, 1.12.2015, <<http://khpg.org/index.php?id=1448964062>>. – Rezul'taty dekomunizacij v Charkovi. Dumka fachivcja. Ukraïns'ka pravda, 12.1.2016, <www.istpravda.com.ua/articles/2016/01/12/148861/>.

Dzeržyns'kyj, dem jüngeren Bruder des Tscheka-Gründers, benannt sein, ein weiterer Bezirk statt des Kommandanten der Roten Armee im Bürgerkrieg Michail Frunze dessen im Zweiten Weltkrieg gefallenen Sohn die Ehre erweisen und der Oktober-Rajon nicht mehr an die Oktoberrevolution erinnern, sondern an den Tag der Verteidiger der Ukraine am 14. Oktober und ihre Befreiung vom Faschismus im Oktober 1944.²⁹

Um sich diese eigenwillige Interpretation von Entkommunisierung absegnen zu lassen, beraumte die Stadtverwaltung kurzfristig mehrere Bürgerversammlungen an, zu denen sie Lehrer und städtische Bedienstete in Bussen herankarren ließ. Nachdem protestierende Aktivisten den Abbruch mehrerer Anhörungen erzwungen hatten, beschloss der Stadtrat die Umbenennung nach eigenem Gutdünken. Allein der Bruder Dzeržyns'kyjs war aufgrund des landesweiten Medienechos als Namenspatron eines Stadtbezirks unhaltbar geworden, sodass Bürgermeister Kernes Dzeržyns'kyj durch den konsensfähigen Nationaldichter Taras Ševčenko ersetzt.³⁰ Die weiteren vom Stadtrat beschlossenen Umwidmungen vereitelte am Ende die Gebietsverwaltung, indem sie per Verordnung Umbenennungen durchsetzte.³¹



Verhinderter Bruder-Tausch: Der Gründer der für außerordentliche Grausamkeit bekannten „Außerordentlichen Kommission“ Feliks Dzeržinskij (1877–1926, links) und sein Bruder, der Neurologe Władysław Dzierżyński/Vladimir Dzeržinskij (1881–1942)

²⁹ Der 14. Oktober war von Präsident Porošenko 2014 anstelle des sowjetischen Tags des Verteidigers des Vaterlands (23. Februar) zum staatlichen Feiertag erklärt worden.

³⁰ U Charkovi perejmenuvali šče 48 vulyc' i pjat' administratyvnych rajoniv, 3.2.2016, <www.city.kharkov.ua/uk/news/-30741.html>.

³¹ Rozporjadžennja No. 181 pro perejmenuvannja objektiv toponimiky m. Charkova, Charkivs'ka oblasna deržavna administracija, 17.5.2016, <<http://kharkivoda.gov.ua/content/documents/808/80788/files/160517-01-11-zagal-181-rozp.pdf>>.

Als symbolpolitischer Bumerang erwies sich die von oben verordnete Entkommunisierung im Hauruck-Verfahren dort, wo Kommunalpolitiker und Gruppen vor Ort die Abkehr von sowjetischen Toponymen als Chance begriffen, zu historischen Namen aus der Zarenzeit zurückzukehren. So votierte in einer Bürgerbefragung im zentralukrainischen Kirovohrad eine Dreiviertel-Mehrheit für die Rückkehr zum Namen Elisavetgrad, den die Stadt bis 1924 zu Ehren der Zarin Elisabeth getragen hatte. Sowohl örtliche antirussische Aktivisten als auch das Institut des Nationalen Gedenkens äußerten Zweifel an der ordnungsgemäßen Durchführung der Befragung und sprachen sich vehement gegen die mit der Rückbenennung verbundene Wiederbelebung der russisch-imperialen Traditionen aus. Da die kommunalen Gremien nicht in der Lage waren, den Konflikt zu lösen, muss die Verchovna Rada aus sieben verschiedenen Namensvorschlägen wählen. Der zuständige Parlamentsausschuss folgte zunächst den Argumenten des Instituts des Nationalen Gedenkens und entschied sich für Inhul's'k. Dann revidierte er diesen Beschluss und sprach sich dafür aus, die Stadt nach dem Begründer des ukrainischen Theaters Marko Kropyvnyz'kyj zu benennen.³² Die endgültige Entscheidung steht noch aus; sie wird aber in jedem Fall nach politischen Kriterien von der Zentrale getroffen – nur dass diese jetzt in Kiew sitzt und nicht in Moskau.

In der laufenden Entkommunisierung vermischen sich gesellschaftliche Erwartungen von unten mit Elementen einer staatlichen Geschichtspolitik von oben. Dass die Geschichtsgesetze im Eilverfahren und ohne jegliche öffentliche Diskussion von der Regierungsmehrheit im Parlament beschlossen wurden, unterstreicht, wie gering das Interesse ihrer Initiatoren war, die Auseinandersetzung über Geschichte im Dialog und unter gesellschaftlicher Mitwirkung zu betreiben. Einer echten Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit läuft dieses Vorgehen eher zuwider.

Der aus Luhans'k stammende Historiker Mychajlo Hauchman weist zurecht darauf hin, dass der Begriff *Dekomunizacija* problematisch ist: Anstelle einer notwendigen, aber schwierigen und langwierigen Entsowjetisierung, welche die Einsicht in die komplexe gesellschaftliche Verstrickung in das sowjetische Herrschaftssystem voraussetzen würde, wird das Problem ausschließlich auf der ideologischen Ebene verortet und damit externalisiert.³³ Tatsächlich werden nur die sichtbaren Hinterlassenschaften des „verbrecherischen totalitären Regimes“ namens Kommunismus beseitigt, während eine unvoreingenommen-kritische Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit ausbleibt, die schließlich sehr viele Ukrainer keineswegs als Fremdherrschaft erfuhren.

Da die Ukraine integraler Teil des sowjetischen Imperiums war und dies auch der Grund für die gebrochene Identität vieler Menschen ist, führt an einer pluralistischen Verständigung der Ukrainerinnen und Ukrainer über ihre Geschichte kein Weg vorbei. Die rein oberflächliche, von oben verordnete Säuberung des öffentlichen Raums von Symbolen der sowjetischen Vergangenheit ist eine vertane Chance.

³² Svitlana Orel: Misto, jake ne može znajty svoje imja, in: Tyžden', 11.12.2015, <<http://tyzhden.ua/Society/153743>>. – Kirovohrad pereimenujot' v Inhul's'k (povnij spisok pereimenuvan'). UINP, 23.12.2015, <<http://memory.gov.ua/news/kirovograd-pereimenuyut-v-ingulsk-povnij-spisok-pereimenuvan>>. – Profil'nyj komitet Rady vyznačyvsja z novoju nazvoju dlja Kirovohrada. Ukraїns'ka pravda, 31.3.2016, <www.ppravda.com.ua/news/2016/03/31/7103998/>.

³³ Mychajlo Hauchman: The Case of Decommunization, in: Krytyka, Mai 2015, <<http://krytyka.com/en/solutions/opinions/case-decommunization>>.

„Europäisierung“ der ukrainischen Geschichtskultur per Gesetz?

Zu den wichtigsten Argumenten der Befürworter der Entkommunisierungsgesetze gehört die These, diese leisteten einen entscheidenden Beitrag zur überfälligen Europäisierung der ukrainischen Geschichtskultur. Der „Abschied vom totalitären Erbe“ sei Ausdruck einer „zivilisatorischen Entscheidung der Ukraine“ für die Zugehörigkeit zu Europa und stelle eine Voraussetzung für die angestrebte „vollwertige Integration“ in die Europäische Union, ja sogar eine Vorbedingung für eine „friedliche Zukunft in Wohlstand“ dar. Die fehlende Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 betrachten die Unterstützer der Gesetze als grundlegenden Fehler der Transformationseliten, welcher der Demokratisierung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Wege gestanden habe.³⁴

Im westlichen Ausland stießen die ukrainischen Geschichtsgesetze auf kritische Reaktionen. Am gewichtigsten sind die Vorbehalte, die die „Venedig-Kommission“ des Europarats und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in einer gemeinsamen Stellungnahme formuliert haben. Die breite Palette an verbotenen Symbolen, die vage Definition der strafbewehrten Handlungen und das drakonische Strafmaß von bis zu zehn Jahren Haft für die Verbreitung „totalitärer“ Symbole seien unverhältnismäßig. Es sei fraglich, ob diese Gesetze mit den Normen internationalen Rechts vereinbar seien oder ob sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkten.³⁵ Kritik entzündete sich insbesondere an dem auf der Grundlage der Gesetze beschlossenen Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine durch das Kiewer Verwaltungsgericht am 16. Dezember 2015. Die „Venedig-Kommission“ beurteilte ein solches Vorgehen als unnötig harten Eingriff in demokratische Grundrechte, während *Amnesty International* von einem „entscheidenden Schlag gegen die Meinungsfreiheit im Land“ sprach.³⁶ Ähnliche Bedenken waren zuvor bereits von ukrainischen Bürgerrechtlern vorgebracht worden, die zwar das Ziel der Entkommunisierung grundsätzlich unterstützten, jedoch vor den rechtlich problematischen Aspekten der Gesetze und vor unabsehbaren Auswirkungen auf die geschichtskulturell gespaltene ukrainische Gesellschaft warnten.³⁷

Auch unter Historikern war die Reaktion auf die Geschichtsgesetze sehr gemischt. Auf der einen Seite begrüßten sie die angekündigte Öffnung der Archive der sowjetischen Sicherheitsorgane für die historische Forschung. Da die entsprechenden Aktenbestände

³⁴ Korolenko: Pochoron bohiv. Tyžden', 25.11.2015. – Oksana Juryneć: Čomu Ukraїna povinna pozbutysja zalyškiv komunizmu. *Novoe Vremja*, 26.1.2016, <<http://m.nv.ua/ukr/opinion/yurinets/chomu-ukrajina-povinna-pozbutisja-zalishkiv-komunizmu-93534.html>>.

³⁵ Joint Interim Opinion on the Law of Ukraine on the condemnation of the communist and national socialist (Nazi) regimes and prohibition of propaganda of their symbols. Venedig-Kommission des Europarats, 21.12.2015, <www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD%282015%29041-e>.

³⁶ Ukraine: Communist Party ban decisive blow for freedom of speech in the country. *Amnesty International*, 17.12.2015, <www.amnesty.org/en/latest/news/2015/12/ukraine-communist-party-ban-decisive-blow-for-freedom-of-speech-in-the-country/>.

³⁷ Volodymyr Javors'kyj: Analysis of the Law on Prohibiting Communist Symbols. *Charkivs'ka pravozachysna hrupa*, 3.5.2015, <www.khpg.org/index.php?id=1430564974>. – Halja Kojnaš: „Decommunization“ Laws: Deeply Divisive and Destined for Strasbourg. *Charkivs'ka pravozachysna hrupa*, 5.5.2015, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1430783454>>.

zunächst in die Obhut des Instituts des Nationalen Gedenkens übergehen sollen, das dafür eine weitgehend neue Infrastruktur schaffen muss, bleibt allerdings abzuwarten, wie der Archivzugang konkret umgesetzt wird. Auf der anderen Seite stieß das Gesetz zur Ehrung der „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“, das (wohl aus symbolischen Gründen) von Jurij Šucevyč, dem Sohn des UPA-Kommandanten Roman Šucevyč, ins Parlament eingebracht wurde, auf Skepsis und teils heftige Kritik.

Namhafte Ukraine-Experten aus Westeuropa und den USA wandten sich mit einem Offenen Brief an Präsident Porošenko und sprachen sich gegen die vorbehaltlose Aufnahme der OUN/UPA in das Pantheon des ukrainischen Freiheitskampfes aus.³⁸ Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen, etwa der wütenden Proteste von Anhängern des OUN-Führers Stepan Bandera gegen eine Vortragsreise des kritischen Bandera-Biographen Grzegorz Rossoliński-Liebe im Jahr 2012, befürchteten sie weitere Einschränkungen für die Forschungsfreiheit, wenn kritische Studien zu den Verbrechen der OUN/UPA als verbotene Herabwürdigung der Unabhängigkeitsbewegung gewertet werden könnten.³⁹ Die harsche Antwort des UINP-Direktors Vjatrovyč, der die Petition als Teil des russländisch-ukrainischen Propagandakriegs betrachtete und einigen Unterzeichnern unlautere Absichten unterstellte, war wenig geeignet, Zweifel daran auszuräumen, ob wichtige Verantwortliche für die aktuelle ukrainische Geschichtspolitik bereit seien, einen wissenschaftlichen Diskurs über derartige Fragen gelassen zu führen.⁴⁰

Aus Polen, wo Versuchen, die Verbrechen der UPA zu relativieren, den größten Schmerz auslösen könnten, kamen eher verständnisvolle Signale – und dies, obwohl die überraschende Verabschiedung des Gesetzespakets während eines Staatsbesuchs des damaligen Präsidenten Bronisław Komorowski in Kiew durchaus als Affront wahrgenommen werden konnte. Nach siebenjähriger Unterbrechung nahm sogar die Polnisch-Ukrainische Historikerkommission im November 2015 wieder ihre Arbeit auf. Dies war zunächst ein politisches Signal – ob die Historiker eine gemeinsame Sicht auf die Geschichte werden erarbeiten können, ist offen. Zwar versicherten sich beide Seiten auf der ersten Sitzung in Kiew ihrer gemeinsamen geschichtspolitischen Bewertung von Kommunismus und Nationalsozialismus. Der polnische Delegationsleiter Paweł Ukielski unterstrich jedoch, historische Verständigung sei nicht allein mit versöhnenden Gesten zu erreichen, sondern setze eine klare Benennung von Tätern und Opfern auf der Basis des historischen Forschungsstands voraus.⁴¹

Für die ukrainische Seite ist die Wiederaufnahme des Dialogs mit dem polnischen Nachbarn von großer Bedeutung, dient der ostmitteleuropäische Umgang mit der

³⁸ David R. Marples: Open Letter from Scholars and Experts on Ukraine Re. the so-called „Anti-Communist Law“, in: Krytyka, April 2015, <<http://krytyka.com/en/articles/open-letter-scholars-and-experts-ukraine-re-so-called-anti-communist-law>>.

³⁹ Per Anders Rudling, Christopher Gilley: Laws 2558 and 2538–1: On critical inquiry, the Holocaust, and Academic Freedom in Ukraine, in: Polityčna krytyka, 29.4.2015, <<http://ukraine.politicalcritique.org/2015/04/laws-2558-and-2538-1-on-critical-inquiry-the-holocaust-and-academic-freedom-in-ukraine/>>.

⁴⁰ Volodymyr Vjatrovyč: „Decommunization“ and academic discussion. Krytyka, Mai 2015, <<http://krytyka.com/en/solutions/opinions/decommunization-and-academic-discussion>>. – Als Überblick über die Debatte: Stryjek, Debata [Fn. 9].

⁴¹ Paweł Ukielski: Polska – Ukraina – historia. Forum dążeń do prawdy. Dzieje.pl, 15.12.2015, <<http://dzieje.pl/artykulyhistoryczne/polska-ukraina-historia-forum-dazenia-do-prawdy>>.

kommunistischen Vergangenheit seit 1989 doch als Vorbild für die „Europäisierung“ der ukrainischen Geschichtskultur. Wie ihre Kollegen in Polen oder der Tschechoslowakei verstehen die Verantwortlichen in der Ukraine die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit als Bestandteil der angestrebten nationalen „Rückkehr nach Europa“. Doch anders als es die Rhetorik ihrer Fürsprecher nahelegt, stehen nicht die zivilen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im Mittelpunkt der Aufarbeitung und Erinnerung, wie es etwa für die postheroische Geschichtskultur westeuropäischer Gesellschaften charakteristisch ist. Vielmehr konzentriert sich die neue nationalhistorische Meistererzählung der Ukraine auf die Helden des Krieges und des nationalen Freiheitskampfes. Dies sticht besonders ins Auge, wenn man die aktuellen Entwicklungen mit der Geschichtspolitik unter Präsident Juščenko vergleicht: Dieser förderte mit dem Gedenken an den *Holodomor* ein auf die Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft bezogenes Konzept nationaler Identität. Heute ist dieses Konzept zwar weiterhin präsent, es tritt aber hinter die Heroisierung des Unabhängigkeitskampfes zurück, dessen Erbe mit der Renaissance des nationalen Schlachtrufs „*Herojam slava*“ während des Euromajdan eine merkliche Aktualisierung und Aufwertung erfahren hat.⁴²

Die neue ukrainische Geschichtspolitik orientiert sich somit am geschichtskulturellen Mainstream in Ostmitteleuropa, der Nationalsozialismus und Stalinismus als gleichrangige Unrechtsregime deutet und den Widerstand gegen diese – von außen kommenden – Bedrohungen zum zentralen Bezugspunkt des kollektiven Gedächtnisses erhebt. Die Glorifizierung der OUN/UPA soll also in der Ukraine das sein, was in der polnischen Geschichtskultur der Warschauer Aufstand ist.⁴³

Freilich ist dies ein prekäres Unterfangen. Wer die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von 1991 zum Ergebnis des Unabhängigkeitskampfes ukrainischer Nationalisten seit 1917 erklärt, wie es die neuen Geschichtsgesetze tun, unterschlägt den sowjetukrainischen Einfluss auf die ukrainische Nationsbildung. Die sowjetische Nationalitätenpolitik lässt sich nicht auf Terror und Unterdrückung reduzieren. In den 1920er Jahren hatte sie eine Blüte der ukrainischen Kultur ermöglicht. Mit der Annexion Ostgaliziens im Jahr 1939 schuf ausgerechnet Stalin den ukrainischen Nationalstaat in den heutigen Grenzen. Auch der für die ukrainische Nationalbewegung einschließlich ihrer radikalsten Teile in Anspruch genommene Antitotalitarismus ist mindestens diskussionswürdig.

Daher dürfte Konflikt über die Frage, ob eher an Helden oder an Opfer erinnert werden soll, unausweichlich sein. Eine wirkliche Europäisierung der ukrainischen Geschichtskultur setzt eine kritische Auseinandersetzung mit dem ambivalenten Erbe der radikalen ukrainischen Nationalbewegung ebenso voraus wie die Anerkennung der höchst unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Erinnerungen der heutigen Bürger der Ukraine.

Dass der Protest gegen die gesetzliche Rehabilitierung der OUN/UPA in der Ukraine anders als in den vergangenen Jahren relativ schwach ausfiel, hat zweifellos mit der Bedrohung durch Russland zu tun, die antisowjetisches Denken begünstigt. Je eindeutiger die Ukrainer das sowjetische Erbe mit Russland identifizieren, desto

⁴² Wilfried Jilge: Geschichtspolitik auf dem Majdan. Politische Emanzipation und nationale Selbstvergewisserung, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 239–257.

⁴³ John-Paul Himka: Legislating Historical Truth: Ukraine's Laws of 9 April 2015, in: Ab Imperio, 21.4.2015, <<http://net.abimperio.net/node/3442>>.

akzeptabler erscheinen ihnen noch die radikalsten historischen Gegner der Sowjetunion und desto mehr Unterstützung genießt ein Geschichtsbild, das die OUN/UPA zum positiven Kernbestand der ukrainischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zählt.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass ein radikaler Ethnonationalismus nach westukrainischem Muster vor allem im Süden und Osten des Landes weiterhin auf massive Vorbehalte trifft.⁴⁴ Wenn auch die wenig kohärente postsowjetische Geschichtskultur seit der „Revolution der Würde“ zunehmend desavouiert ist, erscheint es unwahrscheinlich, dass an die Stelle der Lenin-Statuen im ganzen Land Denkmäler für Stepan Bandera, den Säulenheiligen der ukrainischen Nationalisten, treten. Zunächst bleiben die Sockel leer. Da angesichts der konfliktreichen Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert umstritten ist, auf welche historische Traditionen sich die Ukrainer gemeinsam berufen könnten, wäre die politische Führung in Kiew nicht gut beraten, den Bürgern mit den Mitteln staatlicher Geschichtspolitik von heute auf morgen eine neue einzig wahre Version der Vergangenheit vorzuschreiben.

Es bleibt zu hoffen, dass die Formierung einer europäisch orientierten Zivilgesellschaft, wie sie auf dem Kiewer Majdan zu erleben war, auch im Bereich der Geschichtskultur zu einem Wandel beitragen kann, der über eine bloße Auswechslung von Etiketten hinausgeht und den hybriden postimperialen Identitäten der Ukrainer gerecht wird.

⁴⁴ Zur Öffentlichen Meinung über die OUN-UPA: Ukraine-Analysen, 162/2016, S. 18f., <www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen162.pdf>. – Ščo objednuje ta rozjednuje Ukraïnciv. Fond „Demokratyčni inicyatyvy“, 22.1.2015, <<http://dif.org.ua/ua/publications/press-relizy/sho-obednue-ta-rozednue-ukraïnciv.htm>>.



Christian Teichmann
Macht der Unordnung
Broschur, 294 Seiten, € 28,-
ISBN 978-3-86854-298-1
Auch als E-Book erhältlich

Leseprobe unter
www.hamburger-edition.de

Nach dem Willen Lenins und Stalins sollte die Umgestaltung der Bewässerungssysteme in der zentralasiatischen Peripherie die ökonomische, ökologische und auch revolutionäre Neuordnung der Region einleiten.

Christian Teichmann schildert diesen Wandlungsprozess und seine Folgen für die Menschen am Beispiel des Kanalbaus und der industriellen Baumwollproduktion in Usbekistan und seinen Nachbarrepubliken zwischen der kolonialen Eroberung Zentralasiens und dem Zweiten Weltkrieg. Die sowjetische Neuordnung der Verhältnisse ging einher mit Zwang und Willkür, Terror und Chaos. Unsicherheit und Unordnung nahmen der Bevölkerung jegliche Handlungs- und Erwartungssicherheit und wurden zu zentralen Machtinstrumenten der Herrschaftssicherung.

Hamburger | **Edition**
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Gerhard Simon

Good Bye, Lenin!

Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole

Die Ukraine erlebt eine Dekommunisierung des öffentlichen Raumes. Tausende Denkmäler für Lenin und andere kommunistische Führer verschwinden. Viele Straßen und Orte, darunter zwei Großstädte, erhalten neue Namen. Das öffentliche Zeigen kommunistischer Symbole wird verboten. Die Kämpfer der Ukrainischen Aufstandsarmee werden den sowjetischen Veteranen gleichgestellt, die Archive aus sowjetischer Zeit geöffnet. Dies ist weitgehend eine nachholende Entwicklung dessen, was nach 1989 in Ostmittel- und Südosteuropa geschah. Kritik entzündet sich an einzelnen Formulierungen in den Gesetzen über die Dekommunisierung. Diese zielten darauf, die kommunistische Vergangenheit aus den Köpfen zu verbannen. Das berge die Gefahr der Zensur.

Am Anfang war der Majdan. Der große Aufbruch der Bürger im Winter 2013/2014 für eine bessere, europäische Ukraine endete mit dem Fall des Regimes Janukovyč und führte zur Machtübernahme einer proeuropäischen Regierung, der Wahl eines neuen Präsidenten und eines neuen Parlaments. Die „Revolution der Würde“ auf dem *Majdan Nezaležnosti* (Unabhängigkeitsplatz) in Kiew versprach der Gesellschaft die Bekämpfung der Korruption, die Reform der Wirtschaft und die Unabhängigkeit der Justiz. Manche Erwartungen wurden enttäuscht; die Erneuerung der Eliten oder die Entmachtung der Oligarchen kamen zu langsam voran. Der als „Bestrafung“ für den ukrainischen Aufbruch nach Westen von Russland initiierte Krieg im Donbass sowie die Annexion der Krim erschwerten die dringend gebotenen Reformen, weil zunächst alle Kräfte auf die Kriegsanstrengungen konzentriert wurden.

In dieser Situation von Enttäuschung und Frustration beschlossen Präsident Porošenko und die hinter ihm stehenden politischen Kräfte im Frühjahr 2015 eine Reform, die in der Luft lag und bereits spontan begonnen hatte, keinen großen Widerstand erwarten ließ und keine umfangreichen Kosten verursachen würde: die Entfernung der kommunistischen Symbole aus dem öffentlichen Raum. Zugleich war das eine Fortführung der Geschichtspolitik der Orangen Revolution und entsprach dem nationalen Aufbruch auf dem Majdan. Außerdem wurde damit auch im Bereich der öffentlichen Symbolik die

Gerhard Simon (1937), Prof. Dr. phil., Historiker, Pulheim

Von ihm erschien zuletzt in OSTEUROPA: Legitimation durch Wahlen: Der Umbruch in der Ukraine, in: OE, 9–10/2014, S. 155–168. – Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde, in: OE, 5–6/2014, S. 9–40. – Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: OE, 1/2014, S. 25–41.

Ich danke Nadja Simon für die Unterstützung bei der Bereitstellung des Materials.

OSTEUROPA, 66. Jg., 3/2016, S. 79–94

Distanz zu Russland deutlich gemacht, wo noch immer in jedem Dorf eine Lenin-Statue steht. In mancher Hinsicht war die Dekommunisierung auch ein Ersatz für Reformen in anderen, wichtigeren Bereichen, wo bislang zu wenige Reformfortschritte vorzuweisen sind.

Die Dekommunisierung ist ähnlich wie der Euromajdan 2013/14 eine nachholende Entwicklung der revolutionären Umwälzung von 1989 bis 1991, die in der Ukraine auf halbem Weg steckengeblieben war. Wie auch sonst Nachzügler zu besonderer Rigorosität neigen, ging die ukrainische Regierung bei der Umwertung der Geschichte besonders radikal vor und provozierte damit berechnete Kritik und Widerstand. Denn es ging keineswegs nur um den Sturz von Lenin und der anderen kommunistischen Größen von den Denkmalssockeln.

In allen ehemals kommunistischen Ländern im Osten Europas verschwanden nach dem Ende des Kommunismus die Lenin-Statuen weitgehend aus dem öffentlichen Raum;¹ nur Russland und Belarus machten eine Ausnahme. In der Ukraine wurde das erste Lenin-Denkmal am 1. August 1990 in Červonohrad, einer – man hätte es sich denken können – galizischen Kleinstadt gestürzt; das ging seinerzeit als Meldung um die Welt, die Sowjetunion bestand schließlich noch. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Ukraine kam es, ausgehend von Galizien und Wolhynien zu einer Welle des Abbaus von Lenin-Denkmalern, die allerdings die Zentralukraine nur begrenzt und den Osten des Landes gar nicht erreichte. Von den mehr als 5000 Lenin-Denkmalern wurden 2000 demontiert. In den meisten Fällen trafen die örtlichen Behörden den entsprechenden Beschluss. Im März 1991 beschloss etwa das Kiewer Stadtparlament die Demontage des riesigen Monuments „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ im Stadtzentrum.²

Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre wurden noch einmal massenhaft Lenin-Denkmalern und Skulpturen in den westlichen zentralen Gebieten abgebaut, ungefähr 600 Denkmäler verschwanden. Nach der Orangen Revolution wurden in den Jahren 2005 bis 2008 in der Zentralukraine ungefähr 600 weitere Monumente demontiert. Im Dezember 2015 waren aber noch immer etwa 1200 Lenin-Denkmalern auf dem Sockel – hauptsächlich im Osten und Süden des Landes.

Seit dem Euromajdan 2013/14 hat sich der Neologismus *Leninopad* (Leninsturz) für den oft unautorisierten, von Aktivisten aus dem nationalen Spektrum organisierten, demonstrativen Abbau der Monumente eingebürgert. Das begann mit der Demontage des letzten im Stadtzentrum von Kiew verbliebenen Lenin auf dem Bul'var Ševčenko am 8. Dezember 2013 durch Aktivisten der Partei *Svoboda*. Während und nach dem Euromajdan folgten Hunderte von Lenin-Denkmalern; der *Leninopad* erfasste nun auch den Osten des Landes.³

Zu einer scharfen Kontroverse kam es um das mit über 20 Metern Höhe riesige Lenin-Monument auf dem zentralen *Majdan Svobody* (Freiheitsplatz) in Charkiv. Verteidiger und Gegner demonstrierten und prügeln sich. Nach mehreren vergeblichen Versuchen fiel die Statue in der Nacht des 28. September 2014. Oberbürgermeister Hennadij Kernes erklärte, er werde eine Geldsammlung veranstalten und Lenin wiederaufbauen. Später

¹ Bildersturm in Osteuropa. Die Denkmäler der kommunistischen Ära im Umbruch. Hefte des Deutschen Nationalkomitees XIII. Berlin 1994.

² Siehe dazu den Eintrag „Leninopad“ in der ukrainischen Wikipedia.

³ Marija Vasil'eva, in: <<http://gordonua.com/publications/Pamyatniki-Leninu-V-Ukraine-snosyat-v-Rossii-ustanavlivayut-72358.html>>.

war davon allerdings nicht mehr die Rede.⁴ Im Frühjahr 2016 waren aus den urbanen Zentren aller Gebietshauptstädte die Lenin-Monumente verschwunden. Im März 2016 wurde das größte Denkmal in der Ukraine, das in Zaporizžja stand, demontiert. Jetzt kann man dem versteinerten Lenin nur noch in den besetzten Gebieten der Krim und des Donbass begegnen.

Der Anti-Lenin-Furor im Westen der Ukraine war ein Beweis dafür, dass hier die Sowjetisierung auch 50 Jahre nach der Okkupation durch die Sowjetmacht niemals vollständig gelungen war. Der Abbau der Lenin-Denkmäler arbeitete sich von hier nach Osten vor, die Orange Revolution 2004 und der Euromajdan wurden zu Motoren; die Hauptstadt Kiew spielte eine Vorreiterrolle. Initiatoren dieser „De-Leninisierung“ waren örtliche Verwaltungen, nationale politische Gruppen und Aktivisten, die spontan Dampf ablassen wollten. Eine gesamtstaatliche Strategie oder gesamtstaatliche gesetzliche Regelungen gab es nicht. Unter Präsident Viktor Janukovyč (2010–2013) und seiner *Partei der Regionen* war Lenin relativ sicher auf seinem Sockel, besonders im Osten und Süden des Landes. Der Sturz oder die Zerstörung von Lenin-Denkmalern symbolisiert die Ablehnung der sowjetischen Vergangenheit und der Herrschaft Moskaus. Insofern wird Russland als das Andere, Bedrohende und Feindliche wahrgenommen. Es liegt auf der Hand, dass die Demontage des versteinerten oder bronzenen Lenin keine Garantie für die Überwindung sowjetischer Mentalität oder für lupenreine demokratische Gesinnung ist. Aber sie kann einen Schritt in diese Richtung markieren. Die „Gesetze über Dekommunisierung“, die das Parlament, die Verchovna Rada, am 9. April 2015 verabschiedete, gingen wesentlich weiter als der Abbau von Lenin-Denkmalern. Es handelt sich um vier Gesetze: „Über die Verurteilung des kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propaganda ihrer Symbolik“ (im Folgenden: Verbot der kommunistischen Symbolik)⁵; „Gesetz über den rechtlichen Status und das ehrende Gedenken an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“ (im Folgenden: Kämpfer für die Unabhängigkeit)⁶; „Über die Verewigung des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg 1939–1945“ (im Folgenden: Sieg im Zweiten Weltkrieg)⁷ und „Über den Zugang zu den Archiven der Repressionsorgane des kommunistischen totalitären Regimes 1917–1991“ (im Folgenden: Archivgesetz).⁸

Das Parlament verabschiedete diese Gesetze mit einer deutlichen Mehrheit von – in der oben aufgeführten Reihenfolge – 254, 271, 261 und 261 Stimmen (die absolute Mehrheit der Stimmen in der Verchovna Rada beträgt 226 Stimmen). Präsident Porošenko unterzeichnete die Gesetze am 15. Mai 2015; sie traten nach ihrer Publikation am 21. Mai 2015 in Kraft. In der Ukraine und im Ausland wurde zu Recht Kritik an der überstürzten Eile des Gesetzgebungsprozesses geäußert. Weder in der Öffentlichkeit noch im Parlament wurden die Vorlagen ausreichend diskutiert. De facto hat im Plenum des Parlaments nur eine einzige Lesung stattgefunden. Durch eine größere Transparenz hätten wahrscheinlich manche kontroverse Bestimmung und Ungereimtheit vermieden werden können. Die öffentliche Akzeptanz wäre größer gewesen.

⁴ Tatiana Zhurzhenko: Erinnerungskonflikte. Gedenkpolitik im postsowjetischen Charkiv, in: OSTEUROPA, 4/2015, S. 173–185, hier S. 167–169.

⁵ <<http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/317-19/print1450359190381774>>.

⁶ <<http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/314-19/print1450359798993935>>.

⁷ <<http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/315-19/print1450359798993935>>.

⁸ <<http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/316-19/print1450359798993935>>.

Verbot der kommunistischen Symbolik

Das „Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik“ verbannt die kommunistische Vergangenheit des 20. Jahrhunderts aus dem öffentlichen Raum. Alle Orts- und Straßennamen sowie geographische Bezeichnungen, die zu Ehren kommunistischer Führer oder Funktionäre, aber auch zu Ehren kommunistischer Institutionen ihren Namen erhalten haben, müssen umbenannt werden. Denkmäler oder Gedenktafeln verschwinden oder werden an Museen übergeben. Führende Kommunisten oder kommunistische Institutionen können auch nicht mehr als Namen für juristische Personen, Parteien, Medien oder kommerzielle Produkte verwendet werden. Persönliche, offizielle Unterlagen wie Pässe oder Personenstandspapiere, müssen aber nicht geändert werden.

Es gibt Ausnahmen bei der Verbannung der kommunistischen Symbolik aus der Öffentlichkeit. Denkmäler oder Gedenktafeln zu Ehren des Widerstandes und des Sieges über die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg oder zu Ehren der ukrainischen Wissenschaft und Kultur bleiben erhalten (Art. 1 Abs. 4 P. d). Das Verbot der kommunistischen Symbolik erstreckt sich auch nicht auf Exponate in Museen, Bibliotheken, auf wissenschaftliche und künstlerische Werke, auf Schul- und Lehrbücher, sowie auf Gedenksteine auf Friedhöfen (Art. 4 Abs. 3).

Aber das Gesetz begnügt sich nicht mit der Tilgung der kommunistischen Symbolik aus dem öffentlichen Raum. Es verbietet sie auch sozusagen im Kopf. Damit verlässt das Gesetz die Basis gesetzgeberischer Möglichkeiten; das Gesetz dekretiert Meinungen und Werturteile zu historischen Sachverhalten, was der Gesetzgebung in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht zusteht, unabhängig davon, ob man die Werturteile teilt oder nicht. Das Gesetz beschneidet die Meinungsfreiheit im Rahmen der öffentlichen Diskussion und der Wissenschaft. Verboten und sogar mit Freiheitsstrafen bedroht werden

die öffentliche Leugnung, insbesondere im Rahmen von Massenmedien, des verbrecherischen Charakters des kommunistischen totalitären Regimes der Jahre 1917–1991 in der Ukraine [. . .] die Verbreitung von Informationen, die auf eine Rechtfertigung des verbrecherischen Charakters des kommunistischen [. . .] totalitären Regimes gerichtet sind, die Rechtfertigung der Tätigkeit der sowjetischen Staatssicherheitsorgane auf dem Territorium der Ukraine, die Rechtfertigung der Errichtung der Sowjetmacht auf dem Territorium der Ukraine [. . .] der Verfolgung von Teilnehmern am Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert. (Art. 1 Abs. 1 P. 2).

Die aufgelisteten Inhalte bezeichnet das Gesetz als „Propaganda des kommunistischen [. . .] Regimes“, die verboten wird (Art. 1 Abs. 1 P. 2). Der Begriff „Propaganda“ wird hier also im Sinne von Verbreitung falscher, unzulässiger Informationen gebraucht. Besonders deutlich werden die schwammigen und zu Missbrauch einladenden Bestimmungen in einer Ergänzung des Gesetzes „Über Fernsehen und Rundfunk“. Fernsehen und Rundfunk

haben nicht das Recht, audiovisuelle Werke zu verbreiten, die den verbrecherischen Charakter des kommunistischen totalitären Regimes 1917–1991 in

der Ukraine leugnen oder rechtfertigen [. . .], die ein positives Bild von Personen vermitteln, die führende Positionen in der Kommunistischen Partei [. . .], den leitenden Macht- und Verwaltungsorganen der UdSSR, der Ukrainischen SSR oder anderer Unions- und Autonomen Republiken [. . .] innehatten [. . .] (Art. 7 Abs. 2 P. 10).

Die Verbote beruhen auf Wertungen, über die in vielen Einzelfällen kein Konsens besteht und die sich einer Justiziabilität entziehen. Hier wird deutlich: Eine freiheitliche Gesellschaft kann ihre totalitäre Vergangenheit nur durch öffentlichen Diskurs und Überzeugungsarbeit hinter sich lassen. Verbote und Strafen können allenfalls das letzte Mittel in extremen und eindeutig definierten Fällen sein, wie etwa der Leugnung des Holocaust, des Gulag oder des Holodomor.

Falsches Denken lässt sich nicht verbieten, es ist sogar durch das Recht auf Meinungsfreiheit geschützt. Eine rasche und endgültige „Säuberung“ der Köpfe von der kommunistischen Vergangenheit gibt es nicht, und sie kann nicht durch strafrechtliche Androhungen erzwungen werden, wie einige Bestimmungen dieses Gesetzes zu unterstellen scheinen.

„Die Herstellung, Verbreitung und öffentliche Nutzung der kommunistischen Symbolik und die Propaganda des kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) Regimes“ bedroht ein neu geschaffener Artikel des Strafgesetzbuches (Art. 436, 1) mit Strafen bis zu fünf, in besonders schweren Fällen mit bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug (Art. 7 Abs. 2 P. 1). Die hier normierte Strafandrohung bezieht sich auf das Herstellen oder Zeigen verbotener Symbole. Nicht eindeutig ist, ob mit dem Begriff „Propaganda“ auch die Gesinnung oder Meinungsäußerung mit Strafe bedroht wird. Meinungsäußerungen und Überzeugungen sind im Unterschied zu Handlungen und Aktionen strafrechtlich nicht leicht und eindeutig zu erfassen.

Die Kritik in der Ukraine und im Ausland an diesem Gesetz wandte sich insbesondere gegen diese überzogenen Strafbestimmungen, die europäischen Standards widersprechen, sowie gegen gesetzliche Verbote aufgrund von Werturteilen. Der Staat werde gleichsam beauftragt, für das „richtige Geschichtsbild“ zu sorgen.⁹ Auch die „Venedig-Kommission“ des Europarats, die grundsätzlich das Recht des ukrainischen Parlaments bestätigte, die kommunistische Symbolik im öffentlichen Raum zu verbieten, beanstandete im Dezember 2015 die strafrechtlichen Sanktionen und die unklaren Formulierungen zum Begriff Propaganda. Die Verchovna Rada stellte entsprechende Änderungen am Gesetz in Aussicht.¹⁰

Das „Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik“ verbietet zugleich – das steht bereits im Namen – die „nationalsozialistische (nazistische)“ Propaganda und Symbolik. Es gab und gibt aber in der Ukraine keine nationalsozialistische Symbolik

⁹ Mychajlo Hauchman: Sprava pro dekomunizaciju, in: Krytyka, Mai 2015, <<http://krytyka.com/ua/print/solutions/opinions/sprava-pro-dekomunizatsiyu>>. Eine umfassende und kritische Einschätzung des Gesetzes hat Volodymyr Javors'kij von der Charkiver Menschenrechtsgruppe vorgelegt: Analiz zakonu pro zaboronu komunistyčnych symboliv, <<http://khpg.org.index.php?id=1430493970>>.

¹⁰ Joint Interim Opinion on the Law of Ukraine on the condemnation of the communist and national socialist (Nazi) regimes and prohibition of propaganda of their symbols, <www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD%282015%29041-e>. – Parubij dopuskaje, ščo zakon pro dekomunizaciju zminjat', in: <www.pravda.com.ua/news/2015/12/21/7093250/>.

im öffentlichen Raum, die das Einschreiten des Gesetzgebers erfordert hätte. Indem der Gesetzgeber auf das nationalsozialistische Deutschland Bezug nimmt und das kommunistische und das nationalsozialistische Regime als zwei totalitäre Systeme parallelisiert, soll der Dekommunisierung zusätzliche Legitimität vermittelt werden. Diese Gleichsetzung ist im postkommunistischen Osteuropa vielfach erfolgt. Die Gemeinsamkeiten werden in der rücksichtslosen Gewaltherrschaft beider Regime, in den Millionen Opfern (neben und außerhalb der Kriege), in der Ausrottung von sozialen Klassen, ethnischen Gruppen und Völkern oder in der propagandistischen Verdummung der „Massen“ gesehen.

Das Gesetz bezieht sich unausgesprochen auch auf die Entnazifizierung in Deutschland nach 1945, wo nicht nur nationalsozialistische Organisationen und ihre Nachfolger, sondern zahlreiche rechtsextremistische Organisationen und ihre Symbole verboten wurden. Diese Verbote sind mit strafrechtlichen Sanktionen bewehrt. Nach Art. 86 und 86a des deutschen Strafgesetzbuches wird das Herstellen und öffentliche Zeigen nationalsozialistischer oder gerichtlich als rechtsextremistisch eingestufte Symbole mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft. Art. 130 Strafgesetzbuch bestraft „Volksverhetzung“ mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren. Unter „Volksverhetzung“ fällt die Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere das Leugnen des Holocaust. Insoweit schränkt Art. 130 StGB in Deutschland die Meinungs-freiheit ein und stellt Äußerungsdelikte unter Strafe.

Demgegenüber sind das öffentliche Zeigen kommunistischer Symbolik und ihre Propaganda in Deutschland nicht verboten oder gar strafbar. So ist der einigermaßen irritierende Fall eingetreten, dass die Symbolik der DDR in der Ukraine verboten ist (Art. 1 Abs. 4, P. a), in Deutschland aber unbehelligt bleibt. Es gibt auch den umgekehrten Fall: Das nationalsozialistische Symbol der Wolfsangel gehört in Deutschland zu den Symbolen, deren öffentliches Zeigen verboten ist. In der Ukraine wird es als Logo und Erkennungszeichen von dem Freiwilligen-Bataillon *Azov* benutzt.

Zur Umsetzung des „Gesetzes über das Verbot der kommunistischen Symbolik“

Die postkommunistische Ukraine ist ein schwacher Staat mit einer selbstbewussten und handlungsfähigen Gesellschaft. Das zeigte sich besonders während der Orangen Revolution 2004 und des Euromajdan 2013/14. Ob Gesetze implementiert werden, darüber entscheiden nicht zuletzt die Betroffenen vor Ort. Die ukrainischen Wissenschaftler und Forscher haben inzwischen ein ausreichendes Selbstbewusstsein entwickelt, um sich gegebenenfalls Verboten oder Einschränkungen aufgrund der oben zitierten gesetzlichen Vorgaben zu widersetzen. Sie können sich dabei auch auf den Leiter des mächtigen *Ukrainischen Instituts für nationale Erinnerung* (Ukrajins'kyj instytut nacional'noji pamjati), Volodymyr Vjatrovyč, berufen. Er betonte, die Gesetze über die Dekommunisierung bedeuteten keine Einschränkung der wissenschaftlichen Forschung und der akademischen Diskussion. Sie würden im Gegenteil durch die Öffnung der Archive gefördert.¹¹

¹¹ Volodymyr Vjatrovyč: Dekomunizacija i akademična diskusija, in: Krytyka, Mai 2015, <<http://krytyka.com/ua/print/solutions/opinions/sprava-pro-dekomunizatsiyu>>.

Jedenfalls ist bislang nicht bekannt geworden, dass Medien oder öffentliche Einrichtungen aufgefordert worden wären, ihre Arbeit unter Hinweis auf das Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik inhaltlich anzupassen. Verlangt wurden und werden allerdings Namensänderungen. Auch hier erweisen sich die Ukrainer häufig als ziemlich einfallsreich. So änderte die Zeitung *Komsomol'skaja pravda v Ukraine* (Komsomol-Wahrheit in der Ukraine) ihren Namen in *KP v Ukraine* (KP in der Ukraine).¹²

In größere Schwierigkeiten geriet die Kommunistische Partei der Ukraine, die sich weigert, ihren Namen zu ändern. Das Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik schreibt in einem solchen Fall vor, dass eine politische Partei oder Organisation, die kommunistische Symbolik im Namen führt, ihre Registrierung und ihren Status als juristische Person verliert und nicht an Wahlen teilnehmen darf (Art. 3 Abs. 2 und 5). Deshalb verbot das Bezirks-Verwaltungsgericht Kiew im Dezember 2015 in zweiter Instanz die KPU.¹³ Eine Kassationsklage der KPU nahm das Oberste Verwaltungsgericht nicht zur Verhandlung an.¹⁴

Das Verbot der KPU dürfte dennoch in der jetzigen Form kaum Bestand haben, denn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt entschieden, dass eine politische Partei nur aufgrund ihrer Tätigkeit, nicht aber aufgrund ihres Namens verboten werden kann.¹⁵ Auch bei diesem Sachverhalt gerät das Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik also in Konflikt mit europäischen Rechtsnormen. Das ist umso misslicher, als die KPU seit Jahren nur noch ein Schatten ihrer selbst ist, bei den Parlamentswahlen 2014 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und insoweit keine ernstzunehmende politische Kraft in der Ukraine mehr ist. Hier wird eine Tendenz der ukrainischen Gesetzgebung zu überzogenem Rigorismus deutlich. In mehreren früher kommunistischen Ländern existieren kommunistische Parteien legal: in Tschechien, der Slowakei, Polen, Bulgarien und Rumänien. In Ungarn musste sich die Partei in Arbeiter-Partei umbenennen.¹⁶

Die mit Abstand wichtigste und eine große Öffentlichkeit betreffende Folge des Gesetzes sind die Umbenennungen von Orten und Straßen in vielen Teilen der Ukraine. Dadurch und durch den Abbau der kommunistischen Denkmäler erhält der öffentliche Raum ein neues Gesicht, das sich deutlich von dem bisherigen, durch die kommunistische Vergangenheit geprägten unterscheidet. Das „Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik“ regelt das Verfahren für die Umbenennungen.

Für die Umbenennungen von städtischen Bezirken, Straßen und Plätzen innerhalb von Ortschaften und ebenso für die Demontage der kommunistischen Denkmäler sind die örtlichen Selbstverwaltungsorgane zuständig, die innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, d.h. bis zum 21. November 2015, verpflichtet werden, diese Dekommunisierung durchzuführen. Sollten die Selbstverwaltungsorgane in der vorgeesehenen Frist die Arbeit nicht erledigen, werden die örtlichen Bürgermeister verpflichtet,

¹² Komsomol'skaja Pravda v Ukraine smenila nazvanie. Korrespondent.net, 11.1.2016, <<http://korrespondent.net/business/companies/3613652-komsomolskaia-pravda-v-ukrayne-smenyla-nazvanye>>.

¹³ Sud zaboronyv dijaj'nist' KPU, in: <www.pravda.com.ua/news/2015/12/17/7092775/>.

¹⁴ Vyščyj adminsud pidtverdyl zakonnist' zaborony KPU, in: <www.pravda.com.ua/news/2016/01/25/7096639/>.

¹⁵ Javors'kyj, *Analiz zakonu* [Fn. 9], S. 8.

¹⁶ Denis Horbach: Dekomunizacija S-chidnoji Jevropy: čy pravyl'nym šljachom ide Ukajina, <www.eurointegration.com.ua/articles/2015/11/10/7040071/>.

die Umbenennungen innerhalb von drei Monaten, also bis zum 21. Februar 2016, anzuordnen. Wird auch diese Frist überschritten, bzw. sollten die unteren Selbstverwaltungsorgane untätig bleiben, dann geht die Zuständigkeit auf die nächst höhere Ebene, nämlich auf den Leiter der Gebietsadministration über, dem noch einmal eine Drei-monatsfrist, also bis zum 21. Mai 2016, eingeräumt wird, um Straßen und Plätze umzubenennen (Art. 7 Abs. 6).

Für die Umbenennungen von Städten, Dörfern und Bezirken (außerhalb von Ortschaften) ist die Verchovna Rada zuständig. Vorschläge für die neuen Ortsnamen werden von den betroffenen Selbstverwaltungsorganen erwartet. Sollten dem Parlament keine entsprechenden Vorschläge gemacht werden, entscheidet es aufgrund von Empfehlungen des *Ukrainischen Instituts für nationale Erinnerung* über die neuen Ortsnamen. Auch dieses Verfahren terminiert das Gesetz bis zum 21. Februar 2016 (Art. 7 Abs. 8). Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die Termine in diesem Gesetz so kurzfristig bemessen wurden und damit Fristüberschreitungen programmiert waren. Es geht schließlich in vielen Fällen um Umbenennungen von zentralen Straßen und Plätzen in Städten und Dörfern, an die Menschen sich gewöhnt haben, auch wenn die Straßen nach kommunistischen Henkern benannt waren. Das Gesetz schreibt zwar Bürgeranhörungen vor, die aber ebenfalls bis zum 21. November 2015 befristet wurden (Art. 7 Abs. 7) und schon aus diesem Grund vielfach rein bürokratischen Charakter trugen. Die Bürgerbefragungen konnten keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern lediglich Empfehlungen aussprechen.

Die zentrale Steuerungsfunktion bei der Dekommunisierung nimmt das Ukrainische Institut für nationale Erinnerung wahr, und zwar auf Dauer, durch die Übernahme fast aller Archivmaterialien des 20. Jahrhunderts. Das Institut stellte Listen zusammen: der umzubenennenden Ortschaften,¹⁷ der Personen, die als Träger des kommunistischen Systems in Zukunft nicht mehr Namengeber sein dürfen,¹⁸ sowie ein Verzeichnis der Organisationen, Ereignisse und Bezeichnungen, die künftig zur Namensgebung im öffentlichen Raum ausscheiden.¹⁹

Damit schuf das Institut die Basis für die praktische Umsetzung des Gesetzes. Die Namenslisten sind zwar nicht Bestandteil des Gesetzes und auch keine offiziellen Verordnungen, sie sind im Einzelnen umstritten und bestreitbar, und sie sind bis heute nicht vollständig abgeschlossen. Dennoch bilden sie in den meisten Fällen die Richtschnur für das Vorgehen der örtlichen Behörden und des Parlaments. Die Liste der Ortschaften, die neue Namen erhalten, ist inzwischen auf beinahe 1000 angewachsen. In den weitaus meisten Fällen geht es um Dörfer, aber auch mehr als 80 Städte und städtische Siedlungen werden umbenannt, darunter die beiden Großstädte Dnipropetrovs'k und Kirovohrad sowie die gleichnamigen Gebiete. Insgesamt sind etwa drei Prozent der Ortschaften in der Ukraine betroffen. Es ist nicht überraschend, dass im Osten und Süden des Landes sehr viel mehr Orte umzubenennen sind als im Westen, wo schon nach 1991 auf lokaler Ebene eine De-Sowjetisierung stattfand.

In die Liste der umzubenennenden Orte wurden auch viele Städte und Dörfer in den besetzten Gebieten des Donbass und auf der Krim aufgenommen, wo derzeit die De-

¹⁷ <www.memory.gov.ua/rename>.

¹⁸ <www.memory.gov.ua/rename>.

¹⁹ <www.memory.gov.ua/news/iz-pereliku-nazv-shcho-pidlyagayut-pereimenuvannyu-i-dementazhu-vidpovidno-do-zakonu-ukraini-pr>.

Sowjetisierung natürlich nicht umgesetzt werden kann. Der historische Zufall oder die List der Geschichte hat es gefügt, dass für die beiden Hauptorte des separatistischen Donbass, Donec'k und Luhans'k, keine Umbenennungen fällig sind, weil diese Großstädte früher bereits entstalinisiert wurden, sie hießen zuvor Stalino bzw. Vorošylovhrad. In vielen Fällen erhalten die Städte und Dörfer ihre Namen aus vorsowjetischer Zeit zurück. Das ist zumeist unproblematisch – nicht jedoch im Fall der beiden betroffenen Großstädte, die vordem die Namen russischer Kaiserinnen des 18. Jahrhunderts, Elisabeth und Katharina, trugen. Die Kaiserinnen gelten in der heutigen ukrainischen patriotischen Wahrnehmung nicht nur als Inbegriff der imperialen russischen Expansion in die südliche Steppe, sondern als verantwortlich für die endgültige Zerstörung der kosakischen Tradition auf dem heutigen Territorium der Ukraine. Deshalb kam eine Rückbenennung von Dnipropetrovs'k in Katerynoslav (so bis 1926) und von Kirovohrad in Jelysavethrad (so bis 1924) nicht in Frage.

In Dnipropetrovs'k gab es offenbar keine größere Lobby für die Rückkehr zum Namen Katharinas II., die in der Ukraine auch in der breiteren Öffentlichkeit mit der Zerstörung der Zaporozher Sič und der Aufhebung des Hetmanats, d.h. mit der Beseitigung der Reste kosakischer Autonomie im Zarenreich, assoziiert wird. Aber die Stadtväter, überwiegend Kiew gegenüber oppositionell eingestellt, leisteten hinhaltenden Widerstand und traten für den Erhalt des bisherigen Stadtnamens ein. Dabei wurde mit durchaus kreativen Begründungen argumentiert.

Der bisherige Namenspatron Hryhorij Petrovs'kyj, Vorsitzender des Allukrainischen Zentralexekutivkomitees von 1920 bis 1938 und damit nominell Staatsoberhaupt der Ukrainischen Sowjetrepublik, war führend mitverantwortlich für den Holodomor 1932/33, eines der opferreichsten Verbrechen des Stalinismus in der Ukraine. Es war klar, dass Petrovs'kyj als Namenspatron in der Zukunft nicht mehr tragbar war, obwohl sein überlebensgroßes Denkmal bis Ende Januar 2016 noch auf dem Bahnhofsvorplatz der Stadt stand. Es wurde in einer Nacht- und Nebelaktion von Aktivisten gegen den Willen der Stadtverwaltung demontiert.²⁰

Eine Mehrheit im Stadtparlament argumentierte dennoch für die Beibehaltung des Namens der Stadt, der jetzt lediglich anders gedeutet werden sollte: Stadtpatron sei in Zukunft der Apostel Petrus, der Flussname bleibe unberührt. Das Institut für nationale Erinnerung machte umgehend deutlich, es werde diesen „Selbstbetrug“ und diese „Karikatur“ nicht akzeptieren. Viele öffentliche Stimmen in der Stadt traten für die Umbenennung in Dnipro ein, zumal die Stadt umgangssprachlich oft so genannt wird; auf diese Weise bliebe der alte Name jedenfalls zum Teil erhalten.²¹ In der Verchovna Rada wurde Anfang Februar 2016 von einem unabhängigen Abgeordneten ein Gesetzesentwurf zur Umbenennung in Dnipro eingebracht.²² Die Regierungskrise in Kiew seit Mitte Februar 2016 rückte dann die Dekommunisierung in den Hintergrund. Schließlich stimmte das Parlament am 19. Mai für die Umbenennung der Stadt in Dnipro. Für

²⁰ U Dnipropetrovs'ku povalyly pamjatnyk organizatoru holodomoru, <www.pravda.com.ua/news/2016/01/30/7097269/>.

²¹ Gorod na Dnpre: cena dekomunizacii. 25.12.2015, <http://society.lb.ua/life/2015/12/25/324239_gorod_dnpre_tsena_dekomunizatsii.html>.

²² U Radi zarejestrovano zakonproekt pro perejmenuvannja Dnipropetrovs'ka. Ukrain'ska Pravda, 2.3.2016, <www.pravda.com.ua/news/2016/02/3/7097661/>.

die Umbenennung des gleichnamigen Gebiets (oblast') ist eine Verfassungsänderung erforderlich, weil die Auflistung der Gebiete Teil der Verfassung ist.

Der Streit in und um Dnipropetrovs'k macht viele Probleme deutlich, die auch sonst im Zuge der Dekommunisierung auftreten. Viele Menschen können die Herkunft der Orts- und Straßennamen nicht einordnen und interessieren sich auch nicht dafür. Sie halten die Umbenennungen für unwichtig. Die örtlichen und zentralen Behörden und Medien bieten zu wenig Aufklärung und Information an, so dass der öffentliche Raum von wenigen Aktivisten besetzt wird, die oft politische Lobbyarbeit betreiben, an der Sache aber nicht interessiert sind.

Auch der Prozess der Umbenennung von Kirovohrad war im Frühjahr 2016 noch nicht abgeschlossen. Sergej Kirov war einer der engsten Weggefährten Stalins. Er wurde am 1. Dezember 1934 als Parteichef von Leningrad ermordet. Seither trug Kirovohrad seinen Namen. Insofern gehörte die Umbenennung eigentlich noch in den Zusammenhang der De-Stalinisierung. Es gab in der Stadt eine lautstarke Kampagne, die auch aus Russland gefördert wurde, den historischen Namen Elysavethrad wiederherzustellen. Bei einer Bürgerbefragung erhielt diese Variante die größte Zustimmung, an zweiter Stelle rangierte Ingul's'k, der Name des Flusses, an dem die Stadt liegt. Der Stadtrat legte dem zuständigen Parlamentskomitee in Kiew insgesamt sieben Varianten vor, ohne sich auf eine bestimmte festzulegen. Im Dezember 2015 votierte das Komitee der Verchovna Rada für Ingul's'k als neuen Namen der Stadt.²³ Danach verhärteten sich die Fronten. In einer repräsentativen Befragung im April 2016 sprachen sich 57 Prozent der Einwohner dafür aus, den alten Namen beizubehalten, 31 Prozent votierten für Elysavethrad.²⁴ Anders als bei den Ortsnamen betrifft die Umbenennung von Straßen fast jede Gemeinde in der Ukraine. Nach Einschätzung des *Instituts für nationale Erinnerung* sind zwischen drei und fünf Prozent der Straßennamen von Umbenennungen betroffen, im Osten sind es ungefähr zehn.²⁵ In manchen Fällen ist umstritten, ob ein Straßename bzw. die Person oder Bezeichnung, nach der die Straße benannt ist, als kommunistisches Erbe zu gelten hat oder nicht. Die vom Institut für nationale Erinnerung vorgelegten Listen sind nicht sakrosankt und werden nicht selten von örtlichen Behörden oder Aktivisten torpediert.

Die Liste von über 500 Personen, deren Namen zur Bezeichnung von Straßen nicht mehr verwandt werden dürfen, enthält neben den Namen aller führenden Partei- und Staatsfunktionäre der Sowjetunion auch die Namen führender ausländischer Kommunisten und Gründerväter, wie Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann. Auch führende Kommunisten, die Opfer der Stalinischen Säuberung Ende der 1930er Jahre geworden sind, bleiben von öffentlicher Ehrung ausgeschlossen. Die Säuberung betraf übrigens die gesamte damalige Partei- und Staatsführung der Ukrainischen Sowjetrepublik mit der einzigen Ausnahme Petrovs'kyj. Dagegen finden sich die Namen von Nationalkommunisten, die in den 1920er Jahren die Politik der Ukrainisierung maßgeblich gestalteten und führende Ämter in Partei und

²³ Komitet VR pryduvav, jak nazvaty Kirovohrad, <www.pravda.com.ua/news/2015/12/23/7093519/>.

²⁴ Žyteli Kirovohrada ne chočut' perejmenuvaty misto – opytuvannja, <www.pravda.com.ua/news/2016/04/18/7105908/>.

²⁵ Volodymyr Vjatrovyč: Dekomunizacija u pytannjach i vidpovidjach, S. 3, 4, 6, <<http://blogs.pravda.com.ua/authors/viatrovych/56275f75bb037/>>.

Staat bekleideten, nicht in der Liste der verbotenen Namen, wie etwa Pavlo Tyčyna, Mykola Skrypnyk oder Oleksandr Šums'kyj.

In Charkiv kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um neue Namen für Straßen und Stadtbezirke. Oberbürgermeister Kernes unterschrieb Anfang Februar 2016 einen Kompromiss über die Neubenennung von fünf Stadtbezirken. Drei erhielten neue Namen (der Dzeržins'kyj-Bezirk wurde Ševčenko-Bezirk; der Lenin-Bezirk wurde Cholodnohirs'k-Bezirk; der Ordžonikidze-Bezirk wurde Industrial'nyj-Bezirk). Zwei andere Stadtbezirke behielten ihre Namen, die nun aber – jedenfalls in der Wahrnehmung der Stadtväter – mit einem anderen Inhalt gefüllt wurden: der Oktober-Bezirk (Žovtnevyj rajon) heißt nun nicht mehr nach der Oktoberrevolution von 1917, sondern zu Ehren der Befreiung der Ukraine von der faschistischen Okkupation im Oktober 1944. Der Frunze-Bezirk wurde „umbenannt“ in Frunze-Bezirk und heißt nun nach dem sowjetischen Kampfflieger Timur Frunze aus Charkiv, gefallen 1942, und nicht mehr zu Ehren des sowjetischen Bürgerkriegsgenerals Mychajl Frunze.²⁶

In Charkiv bildete sich aus der Zivilgesellschaft die „Charkiver Gruppe für Toponymie“. In ihr betrieben Fachleute und Aktivisten über Monate intensive Studien, befragten Bürger und unterbreiteten Vorschläge für neue Straßennamen. Diese bürgerschaftliche Organisation geriet in Konflikt mit der vom Stadtrat eingesetzten offiziellen Toponymik-Kommission. Die Vorschläge der „Charkiver Gruppe für Toponymie“ gingen vielfach weiter als die des Stadtrates; die Liste der umzubenennenden Straßen, Plätze und Toponyme war länger. Auch bei manchen Namen gingen die Meinungen weit auseinander, ob jemand als Träger des kommunistischen Regimes einzuschätzen sei oder nicht. Zwar setzten sich am Ende in vielen Fällen die Bürokraten durch, aber nach Einschätzung des Charkiver Historikers Eduard Zuba konnte die Gruppe dennoch einen Teil ihrer Vorschläge in einen Kompromiss einbringen. Zwar kam es auf dem Höhepunkt der öffentlichen Anhörungen sogar zu Rangeleien auf der Straße, aber „ernste Konflikte braucht man in dieser Sache nicht zu erwarten“, denn „für die meisten Charkiver hat die Frage der Dekommunisierung gewiss keine Priorität“, meint Zuba.²⁷

Zusammenfassend ist festzuhalten, die Dekommunisierung löste zwar mancherorts heftige Auseinandersetzungen aus. Widerstand kam insbesondere von kommunistischer Seite, aber auch von besorgten Kunstfunktionären, die sich gegen die Entfernung sozialistischer Kunst aus dem öffentlichen Raum wehren und mit einer Beschränkung auf Museen nicht einverstanden sind.²⁸ Dennoch kann von einer Spaltung der Ukraine in Befürworter und Gegner nicht die Rede sein, wie sie von besorgten Liberalen befürchtet wurde.²⁹ Vielmehr wiederholt sich ähnliches wie vor zehn Jahren, als der damalige Präsident Viktor Juščenko mit seiner Geschichtspolitik die Qualifizierung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk forcierte und damit bei Liberalen in der Ukraine und im Westen die Befürchtung auslöste, dass dies die ukrainische Gesellschaft spalten könne. Inzwischen hat sich unter Fachleuten und in der Bevölkerung der Mainstream

²⁶ <www.pravda.com.ua/news/2016/02/3/7097721/>.

²⁷ Resul'taty dekomunizacii v Charkovi. Dumka fahiveja, in: <www.istpravda.com.ua/articles/2016/01/12/148861/view_print/>

²⁸ Anna Veronika Wendland: Kriminelle Tätowierungen auf der Haut unserer Städte. FAZ, 4.4.2016.

²⁹ David Marples: Open Letter From Scholars and Experts on Ukraine Re. the so-called Anti-Communist Law, in: Krytyka, April 2015, <<http://krytyka.com/en/articles/open-letter-scholars-and-experts-ukraine-re-so-called-anti-communist-law>>.

herausgebildet, dass der Holodomor in der Ukraine ein Genozid gewesen ist. Das Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik bietet gewiss in manchen Punkten Anlass zu Kritik und wird hoffentlich nachgebessert werden. In der Hauptsache aber, der Entfernung von Lenin und Co aus dem öffentlichen Raum, besteht im Land eine weitgehende Übereinstimmung.

Die Gleichstellung der Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine mit den sowjetischen Veteranen

Zwei Gesetze zur Dekommunisierung gelten im Wesentlichen der Erinnerung und der Erinnerungspolitik in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg. Daran wird die zentrale Bedeutung dieser Epoche für die gegenwärtige Ukraine deutlich. Das „Gesetz über die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ zählt eine große Zahl von zivilen und militärischen Organisationen und Einrichtungen, politischen Gruppierungen, legalen und illegalen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen seit 1917 auf, die für die Unabhängigkeit der Ukraine kämpften. Es beginnt mit der Ukrainischen Volksrepublik und der Westukrainischen Volksrepublik von 1917/18 und endet mit der Ukrainischen Helsinki-Gruppe, gegründet 1976 sowie der „Volksbewegung der Ukraine für die Perebudova/Perestrojka (Ruch)“ gegründet 1989. Ihnen allen sichert das Gesetz ein ehrendes Andenken zu als Kämpfer für die „Erneuerung der ukrainischen Staatlichkeit“ sowie soziale Garantien für die Überlebenden und ihre Familien (Art. 2).

Als Kämpfer für die Unabhängigkeit werden ausdrücklich auch die politischen und militärischen Untergrundorganisationen der 1930er und 1940er Jahre wie die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (Organizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv, OUN) und die *Ukrainische Aufstandsarmee UPA* (Ukrajins'ka povstans'ka armija) in dem Gesetz genannt. In der westlichen Ukraine waren auf lokaler Ebene die national-ukrainischen Kriegsveteranen schon seit den 1990er Jahren als Kriegsteilnehmer weitgehend anerkannt worden. Jetzt geschah dies auf gesamtstaatlicher Ebene, weil es dafür erstmals eine Mehrheit in der Verchovna Rada gab. Auch bei einer gesamtukrainischen, repräsentativen Befragung traten im September 2015 erstmals mehr Menschen für die Anerkennung der OUN-UPA als Teilnehmer des Unabhängigkeitskampfes ein als dagegen. 41 Prozent befürworteten eine Anerkennung, 38 Prozent sprachen sich dagegen aus, im Osten des Landes wollten jedoch nur 23 Prozent den Teilnehmern der OUA-UPA diesen Status zuerkennen.³⁰

Aber das „Gesetz über die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ belässt es nicht bei der politischen und sozialen Rehabilitierung der Kämpfer und dem ehrenden Gedenken für die Opfer. Die „öffentliche Leugnung“ der „Rechtmäßigkeit des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine“ wird als „Verunglimpfung der Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ und als „rechtswidrig“ eingestuft (Art. 6 Abs. 2). Wer „öffentlich eine verächtliche Einstellung“ zu den Kämpfern propagiert, der hat dafür „die Verantwortung zu tragen“ (Art. 6 Abs.1). Zwar wird nicht näher bestimmt, worin diese Verantwortung besteht, und es gibt auch keine strafrechtlichen Androhungen wie in dem „Gesetz über das Verbot der kommunistischen Symbolik“. Aber den entsprechenden

³⁰ Befürwortung der OUN-UPA in Umfragen, in: Ukraine-Analysen, 162/2016, S. 18, <www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen162.pdf>.

politischen Willen und die nötigen staatlichen Machtmittel vorausgesetzt, könnten derartige Formulierungen sehr wohl als Maulkorb zur Gängelung von politischen und wissenschaftlichen Kontroversen missbraucht werden.

Von Kritikern ist die Befürchtung geäußert worden, hier werde anstelle der früheren sowjetischen Verteufelung jetzt die nationale Heroisierung der Unabhängigkeitskämpfer gesetzlich festgeschrieben. Weder die Wissenschaft noch der öffentliche Diskurs darf sich dem unterwerfen. Nur eine kritische und distanzierende Darstellung insbesondere der UPA, ihrer faschistischen Wurzeln und ihres integralen Nationalismus leistet einen Beitrag zur europäischen Zukunft der Ukraine. Eine Wiederkehr der Heroisierung mit umgekehrtem Vorzeichen wäre ein Rückschritt.³¹

Die ukrainische Geschichtswissenschaft und der öffentliche Diskurs sind in den beiden vergangenen Jahrzehnten zunehmend differenzierter und selbstbewusster geworden. Insoweit besteht die Hoffnung, dass sie sich einen nationalistischen Maulkorb nicht leicht werden umhängen lassen. Dabei kann sich der Widerstand dagegen auch auf das „Gesetz über die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ selbst berufen. Denn es heißt dort, der Staat werde „die allseitige Erforschung der Geschichte des Kampfes und der Kämpfer für die Unabhängigkeit sicherstellen“, und er werde „objektive Informationen in der Ukraine und in der Welt“ verbreiten (Art. 5 Abs. 1 und 2). Die Befürchtungen von Experten in einem offenen Protestbrief an Präsident Porošenko vom April 2015 haben sich jedenfalls nicht bestätigt, das Gesetz über die Kämpfer für die Unabhängigkeit werde jede Kritik an der UPA, die für Massaker an Zehntausenden von Polen im Jahr 1943 in Wolhynien verantwortlich sei, kriminalisieren.³²

Das „Gesetz über die Kämpfer für die Unabhängigkeit“ wird flankiert von dem „Gesetz über den Sieg im Zweiten Weltkrieg“. Hier wird ausdrücklich die geschichtspolitische Gleichstellung der „Veteranen des Krieges, der Teilnehmer am ukrainischen Befreiungskampf und der Opfer des Nazismus“ formuliert. Ihnen wird gleichermaßen „ehrendes Andenken“ zugesichert (Art. 1 Abs. 1). Der Staat wird auch in Zukunft die Gedenkstätten und Friedhöfe unterhalten, das Andenken an die Veteranen in Wissenschaft und Schulen fördern sowie die „objektive und allseitige Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ unterstützen (Art. 2 Abs. 4). Zwar fehlt im Gesetz das Adjektiv „sowjetische“, wenn von den „Veteranen“ die Rede ist, aber der Zusammenhang macht eindeutig klar, dass hier die ehemaligen Angehörigen der Roten Armee während des Zweiten Weltkriegs gemeint sind.

Der 9. Mai bleibt als Staatsfeiertag, als „Tag des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg“ erhalten. Außerdem wird der 8. Mai als „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ im Gedenken an alle Opfer des Zweiten Weltkriegs begangen (Art. 1 Abs. 2,3). Der 8. Mai ist aber kein staatlicher Feiertag. Dies stellt einen Kompromiss dar und ein Entgegenkommen gegenüber den sowjetischen Veteranen, für die der 9. Mai unantastbar ist. In der westlichen Ukraine gab es in den vergangenen Jahren Forderungen und auch konkrete Aktionen, statt des 9. Mai grundsätzlich den 8. Mai entsprechend westlicher Tradition als Tag des Sieges zu begehen.

³¹ Andrij Portnov: „Dekommunisierung“. Die neuen Geschichtsgesetze der Ukraine, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West, 8/2015, S. 17–19. – John-Paul Himka: Legislating Historical Truth. Ukraine's Laws of 9 April 2015, <<http://net.abimperio.net/node/3442>>.

³² Marples, Open Letter [Fn. 29].

In einer anderen Hinsicht distanziert sich der Gesetzgeber nachdrücklich von der alten sowjetischen und heutigen russischen Tradition. An die Stelle des „Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“ tritt im Gesetzestext der „Zweite Weltkrieg 1939–1945“. Das ist keineswegs eine terminologische Petitesse. Denn der Krieg beginnt jetzt mit dem Überfall Deutschlands und der Sowjetunion auf Polen im September 1939, den das geheime Abkommen zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion über die Aufteilung von Einflusszonen im östlichen Europa möglich gemacht hatte. Die Sowjetunion okkupierte und annektierte die westliche Ukraine. Der Einmarsch Deutschlands in die Sowjetunion im Juni 1941 war demnach nicht der Beginn des Krieges, sondern ein weiterer Akt der Aggression, diesmal gerichtet gegen die Sowjetunion.

Wie die beiden zuvor besprochenen Gesetze enthält auch das „Gesetz über den Sieg im Zweiten Weltkrieg“ Sanktionsbestimmungen, wenn auch in sprachlich schwächerer Form. „Personen, die die Bestimmungen dieses Gesetzes verletzen“, sich etwa der „Schändung von Denkmälern des Zweiten Weltkriegs“ schuldig machen, „tragen dafür die gesetzlich vorgesehene Verantwortung“ (Art. 4 Abs. 7, Art. 6, Abs. 1).

Öffnung und Zentralisierung der Archive

Die Öffnung der Archive der ehemaligen sowjetischen Repressionsorgane ist integraler Bestandteil der Dekommunisierung. Dies wird in einem gesonderten Gesetz geregelt. Das Archivgesetz legt fest, dass „jedermann“ Zugang zu den Archiven erhält (Art. 1 Abs. 1); es gelten sehr enge Einschränkungen für diesen quasi universellen Zugang. Die Definition der sowjetischen Repressionsorgane ist sehr weit gefasst und geht über den engen Kreis der unmittelbaren Sicherheitsorgane deutlich hinaus. Zu den Repressionsorganen gehören neben den Organen der Staatssicherheit und der politischen Polizei u. a. das Oberste Gericht, das Justizministerium, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft, Volksgerichte und Militärtribunale (Art. 3 Abs. 1 P. 1). Auch die Truppen des Innenministeriums, die Grenztruppen sowie die speziellen Wach- und Sicherungstruppen der Regierung werden den Repressionsorganen zugerechnet ebenso wie die Lagerverwaltungen (Gulag) und die Strafvollzugsorgane (Art. 3 Abs. 1 P. 2, 3). Hinter dieser weiten Definition steht offenbar die Überzeugung, das sowjetische System habe nicht nur durch das *Komitee für Staatssicherheit* (Komitet deržavnoi bezpeky, KDB) und seine Vorgänger, sondern durch ein breites Spektrum von Einrichtungen und Institutionen die Freiheit und die Menschenrechte unterdrückt. Deshalb werden jetzt die Archive aller dieser Einrichtungen zugänglich gemacht.

„Der Staat garantiert jedem das Recht auf Zugang zu den archivalischen Informationen der Repressionsorgane“ (Art. 4 Abs. 1); dieser Zugang ist kostenlos (Art. 11 Abs. 3). Das Gesetz verbietet die Einstufung der archivalischen Informationen der Repressionsorgane als geheim (Art. 5 Abs. 1 P. 4). Nur Opfer der Repressionsorgane haben das Recht, den Zugang zu den sie betreffenden Informationen zu beschränken. Dazu ist eine besondere Antragstellung erforderlich; die Beschränkung des Archivzugangs ist auf 25 Jahre begrenzt. Ausgenommen von diesem Persönlichkeitsschutz der Opfer sind haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter der Repressionsorgane, sie genießen keinen Persönlichkeitsschutz als Opfer (Art. 8 Abs. 4, Art. 9).

Gegen die hier referierten Bestimmungen des Archivgesetzes sind gewichtige Einwände vorgebracht worden. Der „Verband der Archivare der Ukraine“ rügt die mangelnde Professionalität und den Populismus mancher Bestimmungen, die zudem in ihrer jetzigen

Form nicht praktikabel seien. Denn wenn das Innenministerium und die sowjetischen Justizorgane ohne Einschränkung zu Repressionsorganen erklärt würden, dann würde auch die Kriminalitätsbekämpfung durch die Miliz zur Repression und die Mitarbeiter der Miliz könnten keinen Persönlichkeitsschutz geltend machen. Die Offenlegung aller Informationen würde das Ende jedes Staatsgeheimnisses bedeuten, einschließlich etwa der Informationen zum Schutz der Atomkraftwerke.³³

Einerseits greift das Archivgesetz zu weit, wenn es zentrale staatliche Strukturen aus sowjetischer Zeit ohne Einschränkungen zu Repressionsorganen erklärt, andererseits zu kurz, denn auch manche andere Strukturen, wie etwa das Schul- und Hochschulwesen, machten sich der Diskriminierung und Repression bestimmter Gruppen und Einzelpersonen, z.B. der Gläubigen, schuldig. Wer sich offen zu einem religiösen Glauben bekannte, konnte auch während der sogenannten Stagnation in der Brežnev-Ära nicht studieren und war vom sozialen Aufstieg ausgeschlossen. Es zeigt sich: Nicht jede Tätigkeit der sowjetischen Justizorgane kann als politische Repression eingestuft werden, aber auch nicht alle Aktionen der Schul- und Hochschulorgane waren davon frei. Das sowjetische System war insgesamt ein Repressions- und Unrechtssystem. Das bedeutet aber nicht, dass das gesamte staatliche Handeln unter Repression subsumiert werden kann. Diese Eindeutigkeit von Schwarz und Weiß gibt es nicht.

Eine andere, wesentliche Kritik am Archivgesetz richtet sich gegen die Schaffung eines Mammutarchivs: Das Gesetz sieht nämlich die Einrichtung eines *Staatlichen Facharchivs des Ukrainischen Instituts für nationale Erinnerung* (Haluzevyj deržavnyj archiv Ukrajin's'koho instytutu nacional'noji pamjati) vor. Diesem Archiv wird die Erfassung, Aufbewahrung und die Zugänglichmachung der Archivmaterialien der Repressionsorgane übertragen (Art. 12). Das neue zentrale Archiv soll nicht nur die Archivbestände der ukrainischen Sicherheitsdienste – *Sicherheitsdienst der Ukraine* (Služba bezpeky Ukrajinu) und *Dienst für Auslandsaufklärung der Ukraine* (Služba zovnišn'oji rozvidky Ukrajinu) – übernehmen, sondern die gesamten Archivbestände für die Jahre 1917 bis 1991 der Ministerien des Inneren, der Verteidigung und der Justiz. Daneben sind laut Archivgesetz auch die Archivbestände aus den Jahren 1917 bis 1991 der Generalstaatsanwaltschaft, der Staatlichen Gerichtsverwaltung, des Staatlichen Strafvollzugsdienstes und der Administration des Staatlichen Grenzdienstes der Ukraine in das neue Archiv zu überführen. Für die Durchführung dieser Arbeiten, die eine völlige Neugestaltung der Archivlandschaft bedeuten, sieht das Gesetz einen Zeitraum von lediglich zwei Jahren vor (Art. 13 Abs. 6, 7).

Gegen diese Zentralisierung des Archivwesens sind in der Ukraine von Archivaren und Juristen erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Eine physische Überführung von Archivbeständen in dem hier beschriebenen Ausmaß würde umfangreiche Kosten, angefangen von notwendigen Neubauten, nach sich ziehen, auf Jahre – zwei Jahre werden von Fachleuten für ganz unrealistisch gehalten – die Archive wegen Umbauten unzugänglich machen und damit den Zweck, nämlich die Öffnung der Archive aus kommunistischer Zeit, konterkarieren.³⁴ Ob es tatsächlich zu der im Archivgesetz vorgesehenen Einrichtung des Mammutarchivs kommt, bleibt abzuwarten. Bislang sind offenbar

³³ Vladyslav Berkovs'kyj: Duže vidkrytyj archiv, in: Krytyka, Juni 2015, <<https://krytyka.com/ua/print/solutions/opinions/duzhe-vidkrytyy-archiv>>.

³⁴ Vasyl' Rasevyč: Skryh'ka pandory, in: zaxid.net, 13.4.2015, <http://zaxid.net/news/show/News.do?skrinka_pandori&objectId=1347660>. – Vladyslav Berkovs'kyj: Duže vidkrytyj archiv, in: Krytyka, Juni 2015, <<https://krytyka.com/ua/print/solutions/opinions/duzhe-vidkrytyy-archiv>>.

keine weitreichenden Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt. So bleibt als Fazit festzuhalten: Der wesentliche Zweck des Archivgesetzes, die Öffnung der kommunistischen Archive für die Gesellschaft und die Wissenschaft, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Distanzierung von der kommunistischen Vergangenheit. Manche Ausführungsbestimmungen des Archivgesetzes erscheinen dagegen nicht überzeugend und impraktikabel.

Bilanz

Die De-Sowjetisierung des öffentlichen Raums in der Ukraine ist ein sinnvoller und notwendiger Schritt der politischen Hygiene. Man sollte die Wirksamkeit nicht mit zu hohen Erwartungen überfrachten, aber für einen Aufschub gab es keine Veranlassung. Von Straßennamen geht keine magische Wirkung aus, sie machen die Bewohner weder zu Demokraten noch zu Kommunisten. Aber es ist auch keineswegs gleichgültig, welche Personen und Institutionen öffentlich als Namensgeber geehrt werden.

Ein Problem stellt die Suche nach neuen Namen dar. Das Gesetz verbietet zwar die Namen und Institutionen der kommunistischen Vergangenheit, es schreibt aber keine Namen als Ersatz vor. Die Städte, Gemeinden und Bürger sind frei in der Wahl der Orts- und Straßennamen. Das Institut für nationale Erinnerung fordert zwar die Gemeinden in Aufklärungskampagnen auf, nach Personen und Ereignissen in der speziell ukrainischen Vergangenheit ihres Orts zu forschen, aber so rasch und konsensfähig sind oft keine Ergebnisse zu erzielen. Deshalb haben besonders in den Dörfern Pflanzen-, Blumen- und Tiernamen Konjunktur. Zwar gelten für die Beseitigung der kommunistischen Namen Fristen, aber die neuen Namen können auch später beliebig wieder geändert werden, wenn es dazu den politischen Willen gibt.³⁵

Ein anderer Aspekt sind die leeren Denkmalsockel, wo bislang Lenin und seine Mitkämpfer gestanden haben. Werden sie abgerissen, oder finden sie eine neue Verwendung? In vielen Städten Galiziens und Wolhyniens sind Bandera-Denkmäler an prominenter Stelle errichtet worden. Obwohl die UPA nicht mehr in gleicher Weise wie früher die ukrainische Gesellschaft spaltet, ist der radikale Nationalist Stepan Bandera gewiss keine gesamtukrainische Integrationsfigur. Es gibt gute Gründe, auf Distanz zu ihm zu bleiben. Deshalb wäre die Ukraine gut beraten, Heldenverehrung zurückzustellen.

Die De-Sowjetisierung leistet einen Beitrag zum Zusammenwachsen der Landesteile, denn grundsätzlich besteht auch im Osten und Süden des Landes Konsens, dass Lenin allenfalls im Museum, nicht aber auf der Straße seinen Platz hat. Diese Integrationswirkung der Dekommunisierung sollte nicht durch kontroverse Helden aus der Vergangenheit in Frage gestellt werden.

³⁵ Volodymyr Vjatrovyč: Denacyfikacija tež počynalasja z žorstkych zachodiv, <www.pravda.com.ua/articles/2016/02/14/7098924/>.

Cornelius Friesendorf

Polizeireform in der Ukraine

Probleme und Perspektiven

Seit dem Euromajdan versuchen Reformer im In- und Ausland, die schlecht beleumdete ukrainische Polizei zu einer bürgerfreundlichen Institution zu machen. Die Grundlagen für die Reform sind gelegt: 2015 wurden ein neues Polizeigesetz verabschiedet und eine Streifenpolizei eingeführt. Einige Faktoren erschweren jedoch die Umsetzung: der Widerstand durch alte Kader, die von Reformen nicht profitieren; die institutionellen, wirtschaftlichen und militärischen Rahmenbedingungen in der Ukraine sowie die allgemeinen Schwierigkeiten internationaler Polizeireformer, positive Wirkungen zu erzielen.

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes 1991 gehörte die Polizei zu den marodesten Institutionen der Ukraine. Nach dem Euromajdan ist viel erreicht worden bei dem Versuch, die Polizei bürgerfreundlicher zu machen. Meilensteine sind ein neues Polizeigesetz und die Einführung einer neuen Streifenpolizei. Drei Faktoren stehen jedoch einer schnellen und umfassenden Implementierung der Polizeireform entgegen: Erstens sind das Innenministerium und die Polizei durch sowjetische und postsowjetische Praktiken geprägt, die Reformen nicht förderlich sind. Zweitens erschweren die Schwäche der Justiz, Finanzknappheit und der Krieg im Osten der Ukraine die Polizeireform. Drittens treiben internationale Akteure Reformen zwar voran, haben allerdings Schwierigkeiten, ihre Tätigkeit zu koordinieren und die erhofften Wirkungen zu erzielen.

Die Arbeit der ukrainischen Polizei bot nach dem Ende der Sowjetunion ein erschreckendes Bild. Die Polizei war nicht nur hochgradig korrupt, sie überschritt auch regelmäßig ihre Kompetenzen, hielt Menschen illegal fest, verweigerte ihnen juristischen Beistand, folterte und tötete.¹ Zudem garantierte sie den ukrainischen Bürgern keinen Schutz vor Kriminalität, die insbesondere in den 1990er Jahren grassierte. So wurde die Ukraine zu einem der wichtigsten europäischen Herkunftsländer von Zwangsprostituierten.² Wenn die Polizei überhaupt versuchte, gegen kriminelle Gruppen vorzugehen,

Cornelius Friesendorf (1973), Dr. phil., Politikwissenschaftler, Goethe-Universität Frankfurt/Main sowie Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Der vorliegende Aufsatz basiert u.a. auf Hintergrundgesprächen mit Polizeiexperten in der Ukraine. Diese knüpften ihre Bereitschaft, Auskunft zu geben, an die Bedingung, anonym zu bleiben. Für Kommentare und Informationen danke ich Philipp Fluri und Nazli Yildirim.

¹ Amnesty International: Ukraine: Time for Action – Torture and Ill-treatment in Police Detention, September 2005.

² Donna Hughes, Tatyana Denisova: Trafficking in Women from Ukraine. Report submitted to the U.S. Department of Justice, December 2003, <www.ncjrs.gov/pdffiles1/nij/grants/203275.pdf>.

war sie diesen meist unterlegen. Schließlich war die Polizei notorisch unterfinanziert; sie operierte nur mit rund 40 Prozent ihres benötigten Budgets und hatte zu wenig Geld nicht nur für technische Ausstattung wie Überwachungskameras, sondern selbst für Benzin, was das Risiko für Bürger erhöhte, Opfer polizeilicher Selbstfinanzierung zu werden.³

Unter der Herrschaft von Viktor Janukovyč, der *Partei der Regionen* und den Innenministern Anatolij Mohylov und Vitalij Zacharčenko nahm die polizeiliche Gewalt bis dahin nicht erreichte Dimensionen an. So instrumentalisierte die Regierung die Polizei routinemäßig, um gegen die politische Opposition vorzugehen.⁴ Im Jahr 2012 fanden 65 Prozent der befragten ukrainischen Polizisten, Folter eigne sich zur Aufklärung von Straftaten.⁵ Den Höhepunkt erreichte die polizeiliche Gewalt während der Majdan-Demonstrationen. Insbesondere die Spezialeinheit *Berkut* ging brutal gegen Demonstranten vor, was auf deren Seite zu einer weiteren Radikalisierung führte.

Der neue Präsident Petro Porošenko löste *Berkut* auf und brachte Reformer in die Regierung. Das Jahr 2015 markierte den eigentlichen Beginn der Polizeireform. Im Frühjahr 2015 wurde eine neue Streifenpolizei (*Patrul'na policija*) eingeführt, welche die als besonders korrupt geltende Verkehrspolizei (*DAI*) bis Ende 2016 ersetzen soll. Die neuen Streifenpolizisten sollen möglichst oft zu Fuß patrouillieren und Ansprechpartner für Bürger sein, um so bürgernahe Polizeiarbeit zu demonstrieren. Seit Sommer 2015 wurde die Einheit zunächst in Kiew und dann in anderen Städten eingesetzt. Anders als bei der Verkehrspolizei werden bei der Streifenpolizei Bewerber auf ihre charakterliche Integrität und körperliche Fitness getestet. Die Ausbildung erfolgt auf der Basis eines Lehrplans, der den Dienst am Bürger und den Schutz von Menschenrechten betont.⁶

Ein Meilenstein der Reformen war das neue Polizeigesetz. Am 2. Juli 2015 wurde das Gesetz von der *Verchovna Rada* angenommen und am 7. August vom Präsidenten unterzeichnet; am 7. November 2015 trat es in Kraft.⁷ Das Gesetz begründete die Nationale Polizei der Ukraine (*Nacional'na policija Ukraïny*). Diese soll bis Ende 2016 die alte Miliz mit ihren rund 172 000 Mitarbeitern ablösen. Ehemalige Milizionäre bleiben vorläufig Mitglieder der Nationalen Polizei und sollen sukzessive auf ihre Integrität und Professionalität geprüft werden – ein Prozess, der bis Mitte 2016 abgeschlossen sein soll.

Das neue Polizeigesetz betont den Schutz der Menschenrechte, Bürgernähe und Transparenz (vor allem Art. 6–12). Dies liegt auch an der Beteiligung der ukrainischen Zivilgesellschaft und internationaler Akteure. So haben die OSZE und die *EU Advisory Mission for Civilian Security Sector Reform Ukraine* (EUAM) während der Arbeit an

³ Oksana Markeyeva: Urgent Problems in Reformation of the Internal Affairs Entities in Ukraine's Security Sector Reform, in: Joseph L. Derdzinski, Valeriya Klymenko (Hg.): *Almanac on Security Sector Governance in Ukraine 2012*. Geneva, Kyiv 2013, S. 93–104, hier S. 103.

⁴ National Security & Defence, 2–3/2015, <www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/zhrnl_Melnyk_militsiya_2_5_2015_ENG_N5_site.compressed.pdf>, S. 24–25.

⁵ Ebd., S. 26.

⁶ Kurs pervynnoi profesijnoi pidgotovky (specializacij) pracivnykiv pidrozdiliv patrol'noi sluzby. Ohne Datum und Ort (wohl Frühling 2015, im Besitz des Autors).

⁷ Zakon Ukraïny: Pro Nacional'nu policiju, Vidomosti Verchovnoi Rady (VVR), 40–41/2015, S. 379, <<http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/580-19>>.

dem Gesetz in den Jahren 2014 und 2015 die Gesetzentwürfe auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsnormen geprüft.⁸ Das Gesetz gibt unter anderem vor, wie sich Polizisten im Umgang mit Bürgern persönlich identifizieren müssen (Art. 20). Es definiert Bedingungen für den Umgang mit Zwangsmaßnahmen wie dem Gebrauch von Handschellen, Schusswaffen und anderen Mitteln wie Wasserwerfern (deren Einsatz ist nur bei einer Außentemperatur von mehr als zehn Grad Celsius erlaubt, Art. 43–46), und es schreibt Transparenz vor, etwa durch die Veröffentlichung von Gesetzen im Internet (Art. 9 und 86).

Auch gibt es nach dem neuen Gesetz keine Personalunion von Innenminister und Polizeichef mehr, nicht zuletzt um der Vereinnahmung der Polizei zu politischen Zwecken vorzubeugen. Der Polizeichef leitet die Polizei nun auf operativer Ebene (Art. 21). Im November 2015 gab das Innenministerium bekannt, dass bei der Evaluation von Polizisten künftig deren Dienst am Bürger im Vordergrund stehen werde und leitende Polizisten ein erneutes Bewerbungsverfahren durchlaufen sollen.⁹ In der Tat hat die Zivilgesellschaft in der Ukraine nach dem neuen Polizeigesetz in vielen Punkten umfangreiche Kompetenzen. So sollen nach Art. 51 des Polizeigesetzes Vertreter der Zivilgesellschaft in Gremien vertreten sein, die über die Einstellung und Beförderung von Polizisten entscheiden. Etwas Vergleichbares haben selbst die stärksten externen Kontrollgremien anderer Staaten wie die unabhängige Kommission für die Polizei in Nordirland nicht.¹⁰

Zwar enthielt auch das alte Milizgesetz Bekenntnisse zu Menschenrechten, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit (Art. 3–5 und 12).¹¹ Es hatte aber auch Schwächen. Eine ukrainische Menschenrechtsorganisation kritisierte 2011, dass Experten und die Öffentlichkeit am neuen Gesetzentwurf nur unzureichend beteiligt gewesen waren, dass der Text die Pflichten der Polizei zum Schutz von Bürgerrechten oder die Bedingungen für den Einsatz von polizeilichen Spezialkräften nicht genau definiere, dass die Informationspflicht der Polizei gegenüber den Bürgern unpräzise sei, sowie dass der Text beliebig auslegbare Klauseln enthalte wie das Verbot, die Arbeit der Polizei zu behindern.¹² Insgesamt spiegelte das Milizgesetz eher die Priorisierung staatlicher vor individueller Sicherheit und einen Fokus auf Kriminalitätsbekämpfung statt Dienst am Bürger wider.¹³ Bereits in Art. 1 war die Rede vom Schutz der Interessen von Gesellschaft und Staat.

Das neue Polizeigesetz und organisatorische Veränderungen wie die Abschaffung von *Berkut* sind allerdings keine Garantie für die Implementierung von Reformen. Entscheidend ist, ob formale Innovationen die Arbeit von Polizisten auf operativer Ebene (Polizeiführer auf der Ebene des Zentralstaates und der Gebiete) sowie auf taktischer

⁸ Philipp Fluri; Valentin Badrack (Hg.): *Anti-Corruption Measures in Ukraine after the Revolution of Dignity: Key Legislative Aspects*. Kyiv, Geneva 2016, S. 14–15. – EUAM welcomes the new law on police, <www.euam-ukraine.eu/en/public_information/news/802/>.

⁹ Ministerstvo vnutrišnich sprav Ukraïny: *Koncepcija „100 dniv jakosti Nacional'noï policij Ukraïny“*, <www.npu.gov.ua/uk/publish/printable_article/1714126>.

¹⁰ United Nations Office on Drugs and Crime: *Handbook on Police Accountability, Oversight and Integrity*. Vienna 2011, S. 61–62.

¹¹ *Zakon Ukraïny: Pro miliciju*, Vidomosti Verchovnoï Rady (VVR), 4/1991, S. 20, <<http://zakon0.rada.gov.ua/laws/show/565-12/page>>.

¹² Charkivs'ka pravozachysna grupa: *Proekt Zakonu Ukraïny „Pro Miliciju“: trojanskyj kin' dlja gromads'kosti*, 13.2.2011, <www.khpg.org/en/index.php?id=1297616337>.

¹³ Telefoninterview mit einem ukrainischen Polizeiexperten, 12.5.2016.

Ebene (durch Polizisten in Polizeistationen und im Einsatz draußen) verändern. Demokratische Ideale spiegeln sich schon in vielen ukrainischen Gesetzen und polizeilichen Verordnungen nach der Unabhängigkeit wider. Anspruch und polizeiliche Praxis klappten jedoch auseinander.¹⁴

Es ist noch zu früh, die Implementierung des Gesetzes – und den Ausgang der Reformen – zu beurteilen. Aus drei Gründen dürfte die Implementierung der Reformen nicht einfach sein. Diese hängen mit dem historischen Erbe, den Rahmenbedingungen und den internationalen Akteuren zusammen.

Das historische Erbe

Die Ukraine ist nur einer der vielen Staaten, die seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ihre Polizei reformieren, um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle zu stärken. Der Erfolg derartiger Reformen, die Polizei und andere staatliche Institutionen legitimer und effektiver machen sollen, hängt von vielen Bedingungen ab. Eine ist die Unterstützung „von oben“, durch Staats- und Regierungschefs, Innenminister und Polizeichefs. Wenn sie die Reformen anstoßen und auf Umsetzung drängen, haben die Reformen eine Chance. Ebenso kann Reformdruck „von unten“, etwa durch die Zivilgesellschaft, Veränderungen bewirken.

In der Ukraine hat die Revolution im Winter 2013/2014 Personen in Spitzenämter gebracht, die Reformen vorantreiben. Unter Innenminister Arsen Avakov wurden zwei gebürtige Georgierinnen Galionsfiguren der Polizeireform: die frühere georgische Innenministerin Eka Zguladze als Vize-Innenministerin der Ukraine ab Dezember 2014, und ab November 2015 die ehemalige georgische Bildungsministerin Khatia Dekanoidze als Chefin der ukrainischen Polizei. Darüber hinaus wurde die ukrainische Zivilgesellschaft nach dem Euromajdan zu einem Motor der Reformen – anders als in Russland, wo zivilgesellschaftliche Gruppen je nach ihrer Ausrichtung kooptiert oder bedrängt werden und die Zivilgesellschaft nur marginal an Initiativen zur Polizeireform beteiligt war.¹⁵

Doch Unterstützung „von oben“ und „von unten“ sind keine hinreichenden Bedingungen für Erfolg. Historische Hinterlassenschaften können die Implementierung von Reformen erschweren, indem der zu reformierende Apparat Reformen nicht oder nur teilweise unterstützt. Dies hilft zu erklären, warum die globale Bilanz von Polizeireformen, die auf eine bessere Einhaltung von Menschenrechtsnormen zielen, ernüchternd ist.¹⁶ Selbst in stabilen Demokratien gibt es polizeiliche Gewalt und Korruption. Selbst hier stehen Polizeireformer vor Problemen. Die Schwierigkeiten, Rassismus innerhalb der Polizei der USA oder Australiens zu bekämpfen, illustrieren die Reformresistenz innerhalb der

¹⁴ Adrian Beck, Alexei Povolotskiy Alexander Yarmysh: Reform of the Militia in Ukraine, in: Marina Caparini, Otwin Marenin (Hg.): Transforming Police in Central and Eastern Europe. Geneva, Vienna 2004, S. 278–292, S. 286.

¹⁵ Susan Stewart: Zivilgesellschaft in Russland und der Ukraine: Divergierende Kontexte und ihre Implikationen. Berlin 2016 [= SWP-Studie, 4/2016], S. 20. – Brian Taylor: Police Reform in Russia: The Policy Process in a Hybrid Regime, in: Post-Soviet Affairs, 2–3/2014, S. 226–255.

¹⁶ David Bayley: Human Rights in Policing: A Global Assessment, in: Policing and Society, 5/2015, S. 540–547.

Polizei.¹⁷ Neben Organisationskulturen können auch materielle Interessen Reformen untergraben. Wenn die Einstellung, Beschäftigung und Beförderung von Polizisten nicht mehr von persönlichen Beziehungen, sondern von Leistung abhängt, entstehen den Betroffenen wirtschaftliche Nachteile: Sie verlieren ihre Posten oder die Möglichkeiten, Freunde und Verwandte zu begünstigen. Wirksame Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung führen zum Verlust illegaler Einkommen und stoßen deshalb auf Widerstand. Das historische Erbe wiegt auch in der Ukraine schwer. Das sowjetische Polizeimodell war ein autoritäres, das die Sicherheit des Staates vor individuelle Sicherheit stellte. In der Polizei gab es militärische Ränge und Befehlsstrukturen. Auch standen Polizei und Justiz im Dienste des Regimes und waren auf dessen kommunistische Ideologie verpflichtet, wodurch Strafverfolgung in vielen Fällen politisch motiviert war.¹⁸ Auf der anderen Seite war die Gewaltkriminalität in der Sowjetunion niedriger als in vielen westlichen Staaten.¹⁹

Diese autoritäre Tradition prägte auch die Polizeiarbeit in der Ukraine seit der Unabhängigkeit. Allerdings wurde die Polizei für Bürger nun noch gefährlicher, da Netzwerke aus Politikern, Oligarchen und Kriminellen die Polizei für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke instrumentalisierten.²⁰ Hinzu kamen bürokratische Anreize, die bürgerfreundlicher Polizeiarbeit in etlichen sowjetischen Nachfolgestaaten entgegenstanden.²¹ Ukrainische Polizisten mussten zentral festgelegte Quoten bei der Ermittlung und Aufklärung von Straftaten erfüllen.²² Dies schuf Anreize, Gewalt gegen Zeugen und Verdächtige auszuüben und sich eher auf leicht zu beweisende Vergehen zu konzentrieren als etwa auf Wirtschaftskriminalität. Auch war das Innenministerium eine aufgeblähte Behörde, der nicht nur die Polizei unterstand, sondern die auch eine Fülle regulativer Aufgaben wie die Registrierung von Fahrzeugen und Firmen oder die Überprüfung von Brandschutzbestimmungen hatte, was die Korruption förderte.

Diese historischen Hinterlassenschaften beeinträchtigen die Unterstützung der Reformen durch das ukrainische Innenministerium und die (alte) Polizei. Im Mai 2016 trat Eka Zguladze als stellvertretende Innenministerin zurück. Unter Bezugnahme auf die Polizeireform sprach sie von einem „Ozean aus Nihilismus, Korruption und Bürokratie“.²³ Ihre eigene Behörde habe die Polizeireform blockiert. Tatsächlich stehen viele Mitarbeiter des Innenministeriums und der Polizei Reformen skeptisch oder ablehnend gegenüber.

¹⁷ Janet Chan: *Changing Police Culture: Policing in a Multicultural Society*. Cambridge 1998.

¹⁸ Louise Shelley: *Policing Soviet Society: The Evolution of State Control*. London 1996.

¹⁹ William E. Butler: *Crime in the Soviet Union*, in: *British Journal of Criminology*, 2/1992, S. 144–159. Die Daten lassen keinen genauen Vergleich zu. Wahrscheinlich ist, dass die Gewaltkriminalität zu Beginn und am Ende der Sowjetunion höher als in der Chrusčev- und Brežnev-Periode war.

²⁰ Taras Kuzio: *Crime, Politics, and Business in 1990s Ukraine*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 2/2014, S. 195–210.

²¹ Olga B. Semukhina, Kenneth Michael Reynolds: *Understanding the Modern Russian Police*. Boca Raton 2013. – Stephan Hensell: *The Patrimonial Logic of the Police in Eastern Europe*, in: *Europe-Asia Studies*, 5/2012, S. 811–833.

²² *National Security & Defence* [Fn. 4], S. 28 und 114. – Zu Russland: Asmik Novikova: *Sistema upravlenija v miliciji: konstruivovanie virtual'noj real'nosti s real'nymi postradavšimi*, in: *Vestnik obščestvennogo mnenija*, 2/2011, S. 38–46.

²³ Oleg Sukhov: *Georgian-Born Deputy Minister Quits As Police Reform Is Blocked*. Kyiv Post, 11.5.2016, <www.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/georgian-born-deputy-minister-quits-as-police-reform-is-blocked-413535.html>.

Umfragen aus dem Jahr 2015 zeigen, dass 90 Prozent der Polizisten (und 31 Prozent der Bürger) die Befugnisse der Polizei ausweiten wollen. Dagegen lehnen 62 Prozent der Polizisten die Einrichtung unabhängiger externer Kontrollgremien zur Überprüfung von Vorwürfen gegen die Polizei ab, im Gegensatz zu 85 Prozent der Bürger, die dies befürworten.²⁴ Ende 2015 monierten Menschenrechtler, dass das Innenministerium Anfragen zur Aufklärung polizeilicher Gewalt während des Euromajdan zunehmend ignoriere.²⁵

Eine Kultur der Intransparenz führt auch zu Widerstand gegen technische Innovationen. Nach Ansicht eines Polizeiexperten wehrten sich Kader des Innenministeriums auch deshalb gegen elektronische Datensysteme, weil diese die Hierarchie nivellieren würden. In derartigen Systemen können potentiell mehr Personen auf die Daten zugreifen als bei Papiersystemen. Auch würde hier die Transparenz zunehmen. Zum einen sei der Öffentlichkeit leichter Zugriff auf Dokumente zu gewähren, zum anderen sei leichter zu rekonstruieren, wer wann welche Dokumente erhalten hat.²⁶

Der Widerstand gegen einen Paradigmenwechsel bei der Polizeiarbeit – hin zum Schutz des Individuums vor Kriminalität und staatlichen Eingriffen – zeigt sich auch an den Schwächen des Polizeigesetzes. Kritiker bemängeln ungenaue Bestimmungen zur Konfiskation von Eigentum, zum Betreten von Privaträumen und zur Überprüfung der Dokumente von Personen sowie ungenaue Angaben über die Speicherung personenbezogener Daten sowie die Beibehaltung von Polizeiuniversitäten, die Polizeioffiziere eher theoretische Kenntnisse statt Einblicke in die Praxis vermitteln.²⁷

Besonders starken Widerstand erzeugt der Austausch „alter“ durch „neue“ Polizisten. Bis Februar 2016 haben 80 Prozent der hochrangigen Polizisten in Kiew die neuen Eignungstests nicht bestanden.²⁸ Aber noch immer sind die hohen Ränge (General und Oberst) sehr viel stärker besetzt als zu Sowjetzeiten. Gleiches gilt für Stellen in der Öffentlichkeitsarbeit und im Beraterstab. Beides eignet sich zur Versorgung von Freunden und Verwandten mit lukrativen Posten. Seit den 1990er Jahren sind diese beiden Bereiche überbesetzt.²⁹ Gerade die Inhaber dieser Stellen sind politisch oft gut vernetzt. Ein Indikator dafür ist, dass auch das neue Polizeigesetz den Rang des Polizeigenerals kennt (Art. 80), obwohl diese Kontinuität dem Prinzip widerspricht, eine entmilitarisierte Polizei zu schaffen. 2016 schieden manche Mitglieder aus Eignungsprüfungsgremien aus, weil diese Gremien zunehmend durch Personen mit kontroverser Vergangenheit und durch Vertreter des Innenministeriums dominiert wurden, welche die alten Garden in ihren Ämtern belassen wollten.³⁰

²⁴ National Security & Defence [Fn. 4], S. 35.

²⁵ Halya Coynash: Political PR & Sabotage Instead of Real Investigation on Eve of 2nd Maidan Anniversary, in: Kharkiv Human Rights Protection Group, 10.11.2015, <<http://khhpg.org/en/index.php?id=1447070299>>.

²⁶ Interview, Kiew, 12. Oktober 2015.

²⁷ Aleksandr Bančuk: Novyj zakon o policii: Kak ograničivajut prava ukraincev, in: Novoe vremja, 2.9.2015, <<http://nv.ua/opinion/banchuk/novyj-zakon-o-politsii-kak-ogranichivajut-prava-ukraintsev-66668.html>>. – Fluri, Badrack, Anti-Corruption Measures in Ukraine [Fn. 8], S. 16.

²⁸ Majority of senior police officers in Kyiv fail re-certification. Ukraine Today, 15.2.2016.

²⁹ National Security & Defence [Fn. 4], S. 19.

³⁰ Sukhov, Georgian-Born Deputy Minister Quits [Fn. 23].

Hinzu kommt, dass es in der subjektiven Wahrnehmung des einzelnen Polizisten risikoreich sein kann, Reformen zu unterstützen. In einem politischen System wie dem der Ukraine, in dem Ministerwechsel bislang mit dem Austausch von Polizisten bis auf die lokale Ebene einhergegangen sind, ist es rational, sich auf einen möglichen neuen politischen Wetterumschwung vorzubereiten.³¹ 2015 überraschte die Leitung des Innenministeriums mit Minister Arsen Avakov an der Spitze selbst hochrangige Mitarbeiter wie Abteilungsleiter mit immer neuen Umstrukturierungen.³²

Doch auch niedrige Ränge wehren sich gegen eine Verkleinerung des Personalbestandes. Von Januar bis Anfang Dezember 2015 entließ das ukrainische Innenministerium rund 47 000 Polizisten.³³ Es gab schon Demonstrationen ehemaliger Milizionäre gegen die Reformen. Auch zogen viele jener, die bei den neu eingeführten Eignungstests durchgefallen waren, vor Gericht und verlangten ihre Weiterbeschäftigung. Bis Mai 2016 hatten rund 900 Polizisten solche Verfahren angestrengt.³⁴

Mit der Personalkontinuität ist ein Dilemma verbunden: Die alte Miliz gilt als kompromittiert, wird aber zumindest übergangsweise gebraucht. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, wie gefährlich die Abschaffung einer Organisation ohne Ersatz ist. So entließen die USA nach der Irak-Invasion im Frühjahr 2003 im Rahmen der Ent-Baathifizierung des Regimes neben irakischen Soldaten auch 285 000 Mitarbeiter des Innenministeriums. Gleichzeitig ignorierte das US-Militär den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Dies trug wesentlich zum Ausbruch des Bürgerkrieges bei.³⁵ Die Ukraine hat nach dem Euromajdan Pragmatismus bewiesen: Die neue Polizei soll die Miliz schrittweise ersetzen. Dies ist aber ein langsamer und schwieriger Prozess.

Neu eingestellten Polizisten, die vorher nicht in der Miliz gedient haben, fehlt die Erfahrung. Die Polizisten der Streifenpolizei werden nach nur zehn Wochen Ausbildung auf die Straßen geschickt, wo manche Aufgaben sie überfordern. Freilich können sie sich die Expertise für relativ einfache Aufgaben wie die Regelung des Verkehrs schnell aneignen. Jahre dauert es aber, bis ein Polizist zu einem Experten für Wirtschaftskriminalität oder Computerforensik geworden ist. Anfang 2016 äußerten Polizisten die Besorgnis, dass Verbrecher vom Weggang erfahrener Ermittler der Miliz profitierten.³⁶ Problematisch ist auch die Schnittstelle zwischen „neuen“ und „alten“ Polizisten: Wenn Streifenpolizisten Personen auf die Polizeiwachen mitnehmen, sitzen dort altgediente Milizionäre.³⁷ Diese sind der Streifenpolizei nicht unbedingt wohlgesonnen, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Gehälter. Das Einstiegsgehalt eines neuen Streifenpolizisten mit dem niedrigsten Rang beträgt ohne Zulagen (Stand Mitte Mai 2016) 6000 UAH. Das entspricht etwa 208 Euro. Ein gestandener Ermittler der früheren Miliz

³¹ Serhiy Akulov: Ukraine's Law-Enforcement Bodies: Reserves and Limitations of Reforms, in: Derdzinski, Almanac [Fn. 3], S. 113–120, hier S. 116.

³² Interview mit EUAM-Mitarbeitern, Kiew, Dezember 2015.

³³ Arsen Avakov otčitalsja o gode raboty na postu glavy MVD, 8.12.2015, <www.pl.npu.gov.ua/mvs/control/main/ru/publish/article/1743744>.

³⁴ Sukhov, Georgian-Born Deputy Minister Quits [Fn. 23].

³⁵ Thomas E. Ricks: Fiasco: The American Military Adventure in Iraq. New York 2006, S. 162.

³⁶ Reforma policii: zarplaty vyrosli ne u vsech, a byvsich zovut v bandity i ochranniki, in: Segodnya.ua, 29.2.2016, <www.segodnya.ua/ukraine/reforma-policii-zarplaty-vyrosli-ne-u-vseh-a-byvshih-zovut-v-bandity-i-ohranniki-686637.html>.

³⁷ Neil MacFarquhar: Ukraine Pins Hopes for Change on Fresh-Faced Police Recruits. International New York Times, 6.11.2015.

in einer Polizeistation im Range eines Hauptmanns mit neun Jahren Berufserfahrung und einem abgeschlossenen Jurastudium hat lediglich ein Grundgehalt von 5100 UAH (etwa 176 Euro).³⁸ Zwar ist das Grundgehalt der ehemaligen Milizionäre nach den neuen Gehaltstabellen nun höher als früher, als es mit nur rund 80 Euro knapp über dem Existenzminimum lag.³⁹ Auch bekommen Polizisten Zusatzzahlungen etwa für gute Leistungen oder Zusatzqualifikationen, die das Grundgehalt wesentlich aufstocken. Allerdings können Vorgesetzte weiterhin, wie schon in der alten Miliz, nach eigenem Ermessen über die Zulagen entscheiden. Weder das Polizeigesetz noch sonstige Gesetzesakte und Verordnungen definieren die Höhe und die Bedingungen für Zusatzzahlungen.⁴⁰ Dies führt zu Abhängigkeit und Willkür.

Der langsame Übergang von der alten zur neuen Polizei ist aus einem weiteren Grund problematisch. Polizeiliche Grundeinstellungen verändern sich nicht schnell. Dies zeigte sich etwa im Februar 2016, als der oberste Drogenfahnder der Ukraine, Il'ja Kiva, außerlegale Bestrafungen befürwortete, falls das Gesetz Lücken habe.⁴¹ Im Mai ging eine bereitschaftspolizeiliche Einheit brutal gegen eine Gruppe vor, die in L'viv ein Denkmal aus sowjetischer Zeit zerstören wollte.⁴² Milizionäre können sich für einen Posten in der neuen Polizei bewerben. Selbst Ex-Angehörige der Spezialeinheit *Berkut* haben das Aufnahmeverfahren in die neue Streifenpolizei bestanden.⁴³ Auch auf der Leitungsebene gibt es Kontinuitäten und damit das Risiko einer Fortführung diskreditierter polizeilicher Methoden. Im November 2015 musste der stellvertretende Leiter der neuen Polizei Vasył' Paskal, dem unter Janukovyč die Kriminalpolizei unterstellt gewesen war, nach Demonstrationen gegen ihn von seinem Posten zurücktreten.

Deutschland ist ein Beispiel für die Pfadabhängigkeit polizeilicher Einstellungen und Praktiken. Obwohl die Westalliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für eine zivile Polizei plädierten, dauerte es Jahrzehnte, bis die deutsche Polizei ihre militärische Tradition ablegte und bürgernaher wurde – und es brauchte Katalysatoren wie die 68er Bewegung, die gesellschaftliche Normen und damit auch die Polizei veränderten.⁴⁴

³⁸ EUAM: Analysis of the Remuneration of Police Officers. Nicht-publizierte Analyse, November 2015 (im Besitz des Autors).

³⁹ National Security & Defence [Fn. 4], S. 17 und 75. – Interview mit einem ukrainischen Polizeiexperten, Kiew, 3. April 2015.

⁴⁰ Art. 94 Polizeigesetz. Kabinet Ministriv Ukraïny: Tekst dokumenta: Pro grošove zabezpečennja policejs'kich Nacional'noï policii, Nr. 988 – redakcija vid, 11.11.2015, <www.kmu.gov.ua/control/uk/cardnpd?docid=248668490>. – Information eines ukrainischen Polizeiexperten an den Autor, 14.5.2016.

⁴¹ Predstavitel' Nacional'noj policii dopuskaet vnesudebnoe nakazanie, esli ne dejstvuet zakon UNIAN, 2.2.2016, <www.unian.net/society/1252362-predstavitel-natsionalnoy-politsii-dopuskaet-vnesudebnoe-nakazanie-esli-ne-deystvuet-zakon.html>.

⁴² Aufzeichnung: Sutyčky u L'vovi z pravoochoroncjamy na 9 travnja, <www.youtube.com/watch?v=FRniPd7tavQ>.

⁴³ Unpunished for Maidan Pacification. Berkut Militia Becomes Ukraine's New Police. Euro-maidan Press, 29.12.2015, <<http://euromaidanpress.com/2015/12/29/how-yanukovychs-berkut-militia-becomes-new-national-police/>>.

⁴⁴ Reinhard Scholzen: Der BGS: Geschichte der Bundespolizei. Stuttgart 2006, S. 10–103.

Rahmenbedingungen der Polizeireform

Ob die Polizei effektiv und legitim ist, hängt nicht nur von der Polizei ab, sondern von anderen staatlichen Institutionen eines Landes. Sie kann kaum besser sein als der Staat insgesamt. Die Polizeireform mag ein Leuchtturm der Reformen in der Ukraine sein. Reformen anderer Institutionen hinken aber hinterher. Die Justiz gilt als ineffektiv, insbesondere die Staatsanwaltschaft als Instrument politischer Eliten. Das Kabinett und viele Parlamentsabgeordnete wollen die Einrichtung unabhängiger, mit weitreichenden Kompetenzen ausgestatteter Korruptionsbekämpfungsbehörden verhindern.⁴⁵ Reformen wie Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius und der stellvertretende Generalstaatsanwalt Vitalij Kasko traten beide im Februar 2016 zurück. Sie waren frustriert über die Blockadepolitik von Präsident Porošenko und Ministerpräsident Jacenjuk, der im April 2016 selbst zurücktreten sollte, sowie über Antireform-Kräfte unter den Abgeordneten der *Verchovna Rada*.⁴⁶ Die Erfahrung aus anderen Staaten zeigt, welche Bedeutung Patronage-Netzwerke bei der Blockade von Reformen haben. Das war in Kirgistan der Fall, wo derartige Netzwerke die Polizeireform hintertrieben. In Russland fehlte es am politischen Willen der Regierung, Reformen durchzusetzen.⁴⁷

Der bereits erwähnte Rücktritt von Eka Zguladze oder Grigory Grigalashvili, der als Abteilungsleiter in der Nationalen Polizei arbeitete, erfolgte aus Frustration über Reformblockaden.⁴⁸ Insbesondere die Justiz sorgt für Unmut.⁴⁹ Ein früheres Mitglied eines Polizeikontrollgremiums berichtete im Mai 2016 von Fällen, in denen Gerichte ehemaligen Milizionären Recht gaben, die sich erfolglos um ihre Weiterbeschäftigung in der neuen Polizei beworben hatten und die Ablehnungsbescheide angefochten hatten. Einige dieser Polizisten sollen im Rahmen des Bewerbungsverfahrens illegale Tätigkeiten eingestanden haben.⁵⁰ Gerichte hoben die Entlassung selbst von hochumstrittenen Angehörigen der *Berkut*-Sondereinheit auf.⁵¹ Die Staatsanwaltschaft soll – wie auch das Innenministerium – Ermittlungen über Verbrechen während des Euromajdan blockiert haben, weil einige der Personen, gegen die ermittelt wurde, weiter in Behörden arbeiteten.⁵²

⁴⁵ Alya Shandra: Behind the Scenes of Civic Society's Battle with Corruption in Ukraine. Euro-aidan Press, 17.3.2016, <<http://euromaidanpress.com/2016/03/17/behind-the-scenes-of-civic-societys-battle-with-corruption-in-ukraine/#arvlbdata>>.

⁴⁶ Matthias Benz: Schlag für Kiews Reformkräfte. Neue Zürcher Zeitung, 3.2.2016.

⁴⁷ Kornely Kakachia, Liam O'Shea: Why does police reform appear to have been more successful in Georgia than in Kyrgyzstan or Russia? In: The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies, 13/2012, <<https://pipss.revues.org/3964>>.

⁴⁸ Nicholas Waller: Georgian-born Zguladze Out as Ukrainian Government Purges Reformists. Georgia Today, 12.5.2016, <<http://georgiatoday.ge/news/3753/Georgian-born-Zguladze-Out-as-Ukrainian-Government-Purges-Reformists>>.

⁴⁹ Susan Stewart: Die heutige Ukraine und der Rechtsstaat. Weitgehendes Eliteversagen stellt Reformen in Frage. SWP-Aktuell, 3/2016, S. 6–8.

⁵⁰ Sukhov, Georgian-Born Deputy Minister Quits [Fn. 23].

⁵¹ Halya Coynash: Suspected Euromaidan Crimes No Impediment for Current Ukrainian Police Job. Kharkiv Human Rights Protection Group, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1461800914>>.

⁵² Coynash, Political PR & Sabotage [Fn. 25].

Auch die schwierige Wirtschaftslage belastet die gesamte Polizeiarbeit wie auch den Aufbau der neuen Polizei.⁵³ Die finanziellen Engpässe der Vergangenheit und die damit verbundene mangelhafte Ausstattung der Polizei lassen sich nicht einfach beseitigen. Von Verbesserungen profitiert bisher die neue Streifenpolizei; so erhielt sie etwa von der japanischen Regierung 2015 rund 1500 Hybridautos.⁵⁴ In ländlichen Regionen braucht die Polizei aber geländegängige Fahrzeuge. Die gibt es jedoch kaum; selbst an Benzin mangelt es.⁵⁵ Die Polizei kann so kaum bürgernah arbeiten, wenn die Bürger zu weit entfernt wohnen, und gegenüber bestens ausgestatteten kriminellen Banden ist sie im Nachteil. Doch woher das Geld für die dringende Verbesserung der polizeilichen Infrastruktur nehmen, wenn es auch für Krankenhäuser oder Schulen gebraucht wird? Ein weiteres Beispiel für mangelhafte Ausstattung (und den fehlenden Willen, Ressourcen anders zu verteilen) ist eine spezielle Ermittlergruppe, die für die Aufklärung polizeilicher Gewalt gegen Demonstranten während des Euromajdan eingesetzt wurde. Drei Ermittler waren Anfang 2016 für die Untersuchung der Vorfälle vom 18. bis zum 20. Februar 2014 zuständig, als über 100 Menschen getötet und knapp 500 verletzt worden waren. Dazu mussten rund tausend Zeugen befragt werden, aber neben Personal fehlte es der Ermittlergruppe an Computern, Software und selbst an Räumen für das Zeugenverhör.⁵⁶

Die hohe Gewaltbereitschaft ist ein weiteres Hindernis für Reformen. Man hofft, dass Polizisten, die nicht schwer bewaffnet und gepanzert sind, bürgerfreundlicher vorgehen. Unter der Bedingung eines hohen Maßes an Gewalt kann die Entmilitarisierung der Polizei aber die Fähigkeit der Polizei verringern, Bürger wirksam vor Gewaltkriminalität zu schützen. Länder wie Mexiko und Südafrika haben Reformen daher teilweise zurückgenommen und ihre Polizei remilitarisiert.⁵⁷ Unter den Bedingungen des anhaltenden Kriegs in der Ostukraine gleicht die Entmilitarisierung der Polizei der Reparatur eines Flugzeugs während des Fluges.

Der Krieg zwingt die Regierung, in Kampfverbände anstatt in die Ausbildung und Ausstattung der zivilen Polizei zu investieren. Ebenso behindert der Krieg die Entmilitarisierung der Polizei. In der Ukraine findet die Reform des Sicherheitssektors zu einem Zeitpunkt statt, da ein beträchtlicher Teil dieser Kräfte im Krieg gebunden ist. Neben regulären Soldaten und Freiwilligenverbänden kämpfen auch Nationalgardisten im Osten der Ukraine. Viele andere Staaten haben eine Nationalgarde und ähnliche Verbände. Diese sind aber oftmals, wie im Falle der US-Nationalgarde, dem Verteidigungsministerium zugeordnet. In der Ukraine ist die Nationalgarde Teil des Apparates des Innenministeriums, was die Schaffung eines Ministeriums erschwert, das sich auf zivile

⁵³ Es besteht die Hoffnung, dass ein beschlossenes umfangreiches internationales Hilfspaket im Jahr 2016 zu Wirtschaftswachstum führt und dass die Inflation zurückgeht; Joss Meakins: Balancing the Books: Plugging the Hole in Ukraine's Deficit, in: EuroMaidan Press, 11.5.2016, <<http://euromaidanpress.com/2016/05/11/balancing-the-books-plugging-the-hole-in-ukraines-deficit-uareforms/>>.

⁵⁴ Arsen Avakov: Proekt novoj patrol'noj policii uverenno prodvigaetsja v Ukraine, 2.7.2015, <www.npu.gov.ua/ru/publish/article/1544145>.

⁵⁵ Telefoninterview mit einem ukrainischen Polizeiexperten, 12.5.2016.

⁵⁶ Stanislav Kozliuk: 18 Months Is Not a Sentence But a Start, in: The Ukrainian Week, 1.2.2016, <<http://ukrainianweek.com/Politics/157231>>.

⁵⁷ Diane E. Davis: Undermining the rule of law: Democratization and the dark side of police reform in Mexico, in: Latin American Politics and Society, 1/2006, S. 55–86.

Sicherheit beschränkt. Schwierig wird es auch sein, einen zivilen Grenzschutz zu schaffen, solange die Kontrolle der Grenze zu Russland und der Separationslinie militärische Kapazitäten erfordert.

Weiterhin erschweren der Krieg im Osten und die anhaltende Gefahr zunehmend schwerer Straftaten wie terroristischer Anschläge in anderen Landesteilen die Arbeitsteilung der verschiedenen Sicherheitsbehörden. So haben neben der Polizei und den Antikorruptionsbehörden auch der ukrainische Geheimdienst SBU (Služba Bezpeky Ukraïny) vorgerichtliche Strafverfolgungskompetenzen. Zusätzlich schuf die ukrainische Regierung Anfang 2016 eine neue Staatliche Strafverfolgungsbehörde (Deržavne bjuro rozsliduvan³), die für die Aufdeckung von Verbrechen zuständig ist, für die bisher größtenteils die Generalstaatsanwaltschaft zuständig war, insbesondere organisierte Kriminalität, schwere Menschenrechtsverletzungen und Korruption in hohen Ämtern.⁵⁸ Diese Behörde, die dem US-amerikanischen FBI stark ähnelt, hat den Vorteil, dass sie der bisherigen Überlappung von Kompetenzen zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei entgegenwirkt. Darüber hinaus würde die Institution jene Lücken füllen, die im Falle einer Dezentralisierung der ukrainischen Polizei entstünden.⁵⁹

Gleichzeitig bringt die Schaffung neuer Institutionen aber auch neue Risiken mit sich. Die Kompetenzverteilung zwischen dem Geheimdienst, der neuen Strafverfolgungsbehörde, den Antikorruptionseinrichtungen und der Polizei dürfte nicht einfach werden, trotz eines Gesetzes vom November 2015, das eine solche Arbeitsteilung sicherstellen soll.⁶⁰ Die Gemengelage aus Kompetenzen macht den Sicherheitssektor intransparent, ist ineffizient, weil oftmals mehrere Behörden denselben Fall bearbeiten oder Zuständigkeiten immer neu verhandeln müssen, und sie birgt das Risiko einer Instrumentalisierung von Sicherheitsbehörden für Partikularzwecke.

Herausforderungen für internationale Polizeireformer

Internationale Akteure spielen bei Polizeireformen je nach Raum und Zeit eine unterschiedliche Rolle. In manchen Fällen bestimmten sie direkt die Reformen. So setzten die West-Alliierten für die Bundesrepublik Deutschland 1949 die Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten durch, um eine Wiederholung politisch motivierter Strafverfolgung wie im Nationalsozialismus zu verhindern.⁶¹ Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten die Mitglieder multinationaler Polizeimissionen in einigen Konflikt- und Postkonfliktstaaten, wie etwa in Ost-Timor und Kosovo, exekutive Strafverfolgungskompetenzen. Solche Missionen sind aber die Ausnahme; in den meisten Fällen – wie in der Ukraine – unterstützen multinationale Missionen, wie auch bilaterale Polizeihilfeprogramme, fragile Staaten durch Beratung, Ausbildung und Materialhilfe.

⁵⁸ Kabmin sozdał Gosudarstvennoe bjuro rassledovanij Ukrainiy. Segodnja.ua, 29.2.2016, <www.segodnja.ua/politics/pnews/kabmin-sozdał-gosudarstvennoe-byuro-rassledovanij-ukrainy-695678.html>. – Fluri, *Anti-Corruption Measures in Ukraine* [Fn. 8], S. 13.

⁵⁹ Telefoninterview mit einem ukrainischen Polizeiexperten, 4.5.2016.

⁶⁰ Das Gesetz trägt die Nummer 771-VIII und wurde von Petro Porošenko am 10.11.2015 unterschrieben, <<http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/771-19>>.

⁶¹ Schreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz („Polizei-Brief“) vom 14. April 1949, <www.verfassungen.de/de/de49/grundgesetz-schreiben49-3.htm>.

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wurden einige ausländische Hilfsprogramme für die Polizei aufgelegt. Ziel war es zunächst, Kriminalitätsformen wie Menschen- und Drogenhandel zu bekämpfen, von deren Auswirkungen die Gebirgsländer selbst betroffen waren. Eine bessere öffentliche Kontrolle der ukrainischen Polizei wurde dagegen vernachlässigt – so trugen EU-Hilfen zur Abwehr von Migranten indirekt zu Menschenrechtsverletzungen bei.⁶² Zudem gingen viele Ausbildungsprogramme an den Bedürfnissen der ukrainischen Polizei und Gesellschaft vorbei.⁶³

Seit dem Majdan hat die internationale Unterstützung für die ukrainische Polizei stark zugenommen. Einer der wichtigsten externen Akteure bei der Polizeireform in der Ukraine sind die USA. Sie haben nach dem Majdan in einem ersten Schritt rund 15 Millionen US-Dollar in die neue Streifenpolizei investiert. Diese Initiative wurde größtenteils vom US-Außenministerium finanziert und von einer Agentur des US-Justizministeriums umgesetzt (International Criminal Investigative Training Assistance Program, ICITAP). Die USA sehen die Streifenpolizei als einen Multiplikator, als ersten Schritt zur Reform des ukrainischen Polizeiapparats.⁶⁴ US-Polizisten bildeten die Streifenpolizei auch in Taktiken aus. So zeigten sie ukrainischen Ausbildern der Streifenpolizei, die aus der alten Miliz rekrutiert worden waren, wie die Polizei in den USA einen geschlossenen Raum sichert.⁶⁵ Die USA arbeiten eng mit gebürtigen Georgiern zusammen, die unter der Regierung Saakashvili die georgische Polizei reformiert und nach dem Euromajdan die ukrainische Staatsbürgerschaft erhalten hatten.

Auch die EU zeigt sich aktiv in der Ukraine. Im Juli 2014 rief der Rat der EU die EUAM ins Leben. Diese Mission operiert im Rahmen des Partnerschafts- und Assoziierungsabkommens und ist mit über 200 internationalen und ukrainischen Mitarbeitern eine der größten EU-Missionen zur Reform des Sicherheitssektors.⁶⁶ Hinzu kommen viele bilaterale Unterstützungsprogramme. Insgesamt gibt es rund 250 international finanzierte Projekte zur Reform des ukrainischen Sicherheitssektors, von denen viele die Arbeit der Polizei betreffen.⁶⁷

Internationale Akteure sind ein wichtiger Motor für Reformen. Doch von außen ist es besonders schwierig, eine effektive Zusammenarbeit aufzubauen und konkrete Ergebnisse zu erzielen. Vor allem die EUAM hatte lange Schwierigkeiten, nachhaltige Wirkung zu erzeugen. Erst ein Jahr nach dem Brüsseler Beschluss vom Juli 2014, die EUAM zu schaffen, war die Mission einsatzbereit. Zudem war ihr ursprüngliches Mandat auf Beratung beschränkt. Trotz dieser Einschränkung entwickelte EUAM im Sommer 2015 ein bürgernahes Polizeikonzept, das zunächst auf die westukrainische Stadt Sambir im Gebiet L'viv begrenzt war und bis Mai 2016 auf neun Bezirke in drei Gebieten ausgedehnt wurde. Das Projekt ähnelt der Streifenpolizei und soll insbesondere die Reaktionszeit der Polizei bei Bürgeranrufen verbessern. Im Gegensatz zur US-finanzierten Streifenpolizei ist das Projekt aus dem ukrainischen Budget finanziert und wird

⁶² Maximilian Popp: Europas Türsteher, in: *Der Spiegel*, 8/2015, S. 38–40.

⁶³ Dennis Jay Kenney: Training the Police in Ukraine, in: *Police Quarterly*, 4/2002, S. 470–492.

⁶⁴ Interview mit US-Diplomat, Botschaft der USA, Kiew, März 2015.

⁶⁵ Beobachtung des Autors, Ausbildungsstätte bei Boryspil, 9.4.2015.

⁶⁶ Zu EUAM, <www.euam-ukraine.eu/en/about_euam/our-mission>.

⁶⁷ Måns Hanssen: *International Support to Security Sector Reform in Ukraine: A Mapping of SSR Projects*. Stockholm 2016, S. 10.

nicht durch neueingestellte Polizisten, sondern in der neuen Polizei verbliebene (ehemalige) Milizionäre getragen.⁶⁸

Dieses Projekt und weitere kleinere Projekte konnten aber nichts daran ändern, dass das ukrainische Innenministerium kaum Material und Ausbildung von der EUAM erhielt; diese hatte daher nur geringen Einfluss, mit Ausnahmen in Bereichen wie dem Personalmanagement.⁶⁹ Zudem war die Zentrale der Mission weit vom Innenministerium entfernt. Die Mitarbeiter der Mission teilten sich auch nicht das Büro mit ihren ukrainischen Partnern. Dies wäre auch schwierig gewesen, weil nur wenige Missionsmitglieder Ukrainisch oder Russisch sprachen. Wo aber Dolmetscher nötig sind, um miteinander zu kommunizieren, ist es kaum möglich, ein transnationales polizeiliches Netzwerk aufzubauen, das auf Vertrauen basiert.

Die Schwierigkeit, positive Wirkung zu erzielen, hatten schon die EU-Polizeimissionen in Bosnien und Herzegowina sowie in Afghanistan erlebt. Erst als die dortigen Missionen in die Bedeutungslosigkeit zu versinken drohten, gab es Verbesserungen.⁷⁰ So auch in der Ukraine: Seit Anfang 2016 arbeiten Missionsmitarbeiter auch außerhalb von Kiew (zunächst in L'viv und Charkiv) und setzten konkrete Projekte um: Sie bildeten ukrainische Polizisten für Einsätze bei Demonstrationen aus.

Die Wirkung der US-Polizeihilfe – mit der Streifenpolizei als Leuchtturmprojekt – war sichtbarer als die der EUAM. Allerdings birgt die US-Polizeihilfe Risiken. In vielen anderen Staaten haben sich die USA auf Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe auf taktischer Ebene konzentriert; eine bessere demokratische Kontrolle der Polizei genoss keine Priorität.⁷¹ Auch in der Ukraine ist die Tendenz sichtbar, Sicherheitskräfte durch technische Unterstützung zu stärken. Die Unterstützung etwa für bessere demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte durch das ukrainische Parlament und unabhängige Kontrollinstitutionen kommt dagegen zu kurz.⁷² Risikoreich ist insbesondere die Unterstützung der USA für robuste Polizeieinheiten. Die US-Polizei hat starke paramilitärische Elemente.⁷³ Auch haben die USA in vielen Empfängerstaaten repressive (Un-)Sicherheitskräfte ausgebildet.⁷⁴ Insofern ist das nach der Streifenpolizei nächste große US-Projekt in der Ukraine, nämlich die Schaffung von Elitepolizeieinheiten für Hochrisikoeinsätze (sogenannte SWAT-Teams), bedenklich.⁷⁵

⁶⁸ Telefoninterview mit einem ukrainischen Polizeiexperten, der an dem Projekt beteiligt war, 12.5.2016.

⁶⁹ Kateryna Zarembo: EUAM's First Year: Ambitions Versus Reality. Policy Brief 2015, <http://pasos.org/wp-content/uploads/2015/11/policy_brief_EUAM_eng_2.pdf>, S. 5 und 8.

⁷⁰ Susan E. Penksa: Policing Bosnia and Herzegovina (2003–2005). Issues of Mandates and Management in ESDP Missions. Brussels 2006 [= CEPS Working Document 255]. – Edward Burke: Game Over? The EU's Legacy in Afghanistan. Madrid 2014, S. 14–16.

⁷¹ Cornelius Friesendorf: Paramilitarization and Security Sector Reform: The Afghan National Police, in: *International Peacekeeping*, 1/2011, S. 79–95.

⁷² Hanssen, *International Support* [Fn. 67], S. 18–19.

⁷³ Peter B. Kraska: Militarization and Policing. Its Relevance to 21st Century Police, in: *Policing*, 4/2007, S. 501–513.

⁷⁴ Während die polizeiliche Unterstützung durch die USA zur Zeit des Ost-West-Konflikts im Zeichen des Kampfes gegen den Kommunismus stand, rückten danach Interessen wie die Drogenbekämpfung in den Vordergrund; Cornelius Friesendorf: *US Foreign Policy and the War on Drugs: Displacing the Cocaine and Heroin Industry*. London, New York 2007.

⁷⁵ Erica Marat: The Problem with Ukrainian Police Reform, in: *Foreign Policy*, 29.12.2015, <<http://foreignpolicy.com/2015/12/29/the-problem-with-ukrainian-police-reform-ukraine/>>.

Weiterhin wirft der Export von Praktiken aus Georgien in die Ukraine Fragen auf. Reformen aus Georgien und den USA sehen Georgien als Modell für eine erfolgreiche Polizeireform. Allerdings lässt sich die georgische Erfahrung allein schon wegen der geringeren Größe des Landes und des Polizeiapparats nicht 1:1 auf die Ukraine übertragen. Zudem war auch die georgische Polizeireform nur zum Teil erfolgreich. Zwar ersetzte die Regierung Saakashvili die korrupte Straßenpolizei durch neue Polizisten und stärkte Transparenz durch werbewirksame Aktionen wie den Bau von Polizeistationen mit Glasfassaden. Allerdings beteiligte die Regierung zivilgesellschaftliche Gruppen und das Parlament nicht an den Reformen, und in der Justiz gab es überhaupt nur in Ansätzen eine Reform. Das georgische Innenministerium als zentraler Machtapparat diente der Unterdrückung der politischen Opposition. Der Skandal um die Folter in einem Gefängnis, der im Herbst 2012 Georgien erschütterte, brachte zutage, wie oberflächlich die Reformen waren.⁷⁶

Auch die Koordination internationaler Geber untereinander sowie mit den nationalen Polizeireformern ist eine Herausforderung. Schlecht stand es 2015 um die Beziehungen zwischen EUAM und anderen Institutionen, insbesondere den US-amerikanischen und den Reformern in der ukrainischen Verwaltung und dem Polizeiapparat.⁷⁷ Von institutionellen Reibereien abgesehen spielen unterschiedliche Vorstellungen von erfolgreicher Polizeiarbeit eine Rolle. Es gibt kein einheitliches Modell demokratisch legitimierter Polizeiarbeit. Die Polizeistrukturen von Geberstaaten unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe (relativ zur Einwohnerzahl), ihres Grades an Zentralisierung und Militarisierung, ihrer Ausbildungspraktiken, ihrer Zusammenarbeit mit der Justiz, ihres Rechtsrahmens, der externen und internen Kontrolle, der Polizisten unterworfen sind, und schließlich im Hinblick auf ihr taktisches Vorgehen etwa bei der Anwendung von Zwang.⁷⁸ Vertreter von EUAM kritisieren zum Beispiel das US-Verständnis von Proportionalität beim Einsatz polizeilicher Gewalt.⁷⁹

Polizeimodelle und -praktiken variieren jedoch auch innerhalb der EU. So distanzierte sich Deutschland 2015 in Brüsseler Gremien von bereitschaftspolizeilichen Konzepten, auf deren Basis die European Gendarmerie Force Anfang 2016 begann, die ukrainische Polizei auszubilden.⁸⁰ Eine solche Distanzierung hatte es schon in früheren Missionen gegeben, etwa in Afghanistan, wo Deutschland eine paramilitärische Ausbildung der afghanischen Polizei abgelehnt hatte, auf die sich die italienischen Carabinieri und die französische Gendarmerie Nationale spezialisiert hatten.⁸¹ Diese Divergenzen erhöhen das Risiko, dass ukrainische Polizisten auf die internationalen Angebote mit Verwirrung und Ablehnung reagieren. Dass die EU kein einheitlicher Akteur ist, zeigt sich auch an Rivalitäten zwischen EUAM und der EU-Kommissionsvertretung in der Ukraine.⁸²

⁷⁶ Erica Marat, Deborah Sutton: Reforming Georgia's Police in the Post-Saakashvili Era. The Central Asia-Caucasus Analyst, 6.4.2014, <www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/12987-reforming-georgias-police-in-the-post-saakashvili-era.html>.

⁷⁷ Interviews mit Vertretern von EUAM und ukrainischen Polizeixperten, Kiew, 12.10.2015 und Dezember 2015.

⁷⁸ Cornelius Friesendorf: Police Assistance as Foreign Policy: Explaining Donor Practices, in: Review of International Studies, 2/2016, S. 377–400, hier S. 386.

⁷⁹ Interview mit EUAM-Mitarbeitern, Kiew, 12.10.2015.

⁸⁰ Interviews mit EUAM-Mitarbeitern, Kiew, Oktober 2015. – Ukrainian Police Complete Public Order Training with EUAM and European Gendarmerie Force Support, European Union External Action, 11 February 2016, <www.euam-ukraine.eu/en/public_information/news/92/>

⁸¹ Friesendorf, Police Assistance [Fn. 78].

⁸² Interviews mit Mitarbeitern von EUAM und Anti-Korruptionsexperten, Kiew, Oktober 2015.

Fazit

Die Polizeireform nach dem Euromajdan ist nicht die erste. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine hat es einige gegeben, von denen viele nur Stückwerk waren oder ganz scheiterten.⁸³ Die aktuelle Reform ist umfangreicher und erfährt mehr politische und gesellschaftliche Unterstützung. Die Implementierung wird aufgrund der geschilderten Bedingungen aber schwierig bleiben. Trotzdem sind Verbesserungen möglich.

Was historische Hinterlassenschaften angeht, so sollten Polizisten und Mitarbeitern des Innenministeriums, für welche die Reformen eine Gefahr darstellen, Anreize geboten werden, die Reformen zumindest nicht zu torpedieren, etwa durch die Einrichtung eines internationalen Rentenfonds für ausgemusterte Polizisten. Allerdings sollte die Abfederung der Reform nicht so weit gehen, dass stark belastete hochrangige Polizisten weiterarbeiten, weil sie gebraucht werden. Stattdessen sollten Polizeireformer in die Ausbildung zukünftiger Kader investieren. Dies erfordert unter anderem eine weniger theoretische Ausbildung – in der Ukraine erhalten angehende Polizeioffiziere in den Polizeischulen zu wenig Einblick in die Praxis. Die Ukraine könnte das deutsche System übernehmen, in dem Beamte des höheren Dienstes (mit wenigen Ausnahmen) zunächst auf unterer Ebene Erfahrung gesammelt haben. So könnte auch die zu große Zahl an Polizeioffizieren und Ausbildungsstätten reduziert werden.

An manchen Rahmenbedingungen der Polizeireform, etwa an der schlechten Wirtschaftslage oder am Krieg, können Reformer wenig ändern. Doch auch hier sind Verbesserungen möglich. Wichtig ist die Verkoppelung von Polizeireform mit Reformen in anderen Sektoren wie der Justiz und dem Strafvollzug. Weiterhin sollten Planer die Folgen bedenken, wenn sie neue Institutionen (wie das ukrainische Pendant zum FBI) schaffen, weil die alten (wie die Miliz) schwer zu reformieren sind. Die Proliferation von Organisationen schafft ein Kompetenzwirrwarr, das Konkurrenz erzeugt und Rechenschaft unterhöhlt, da Institutionen die Verantwortung für staatliches Versagen aufeinander abschieben können.

Was die internationalen Reformer angeht, so lassen sich die Probleme, nachhaltige Wirkung zu erzeugen und sich besser zu koordinieren, nicht völlig aus dem Weg räumen. Die Wirkung der Polizeireform hängt auch von Faktoren aus dem politischen und gesellschaftlichen Umfeld ab, etwa davon, welche Präferenzen Patronagenetzwerke in der Ukraine haben oder wie sich die russländische Außenpolitik entwickelt. Darauf haben die Reformer kaum Einfluss. Mangelnde Koordination ist teilweise unterschiedlichen Mandaten und Anforderungen der Projektfinanzierung durch die Geber (in Washington, Brüssel, Berlin etc.) geschuldet. Dazu kommt, dass Konkurrenz unvermeidlich ist, wenn sich internationale Akteure um Mittel aus denselben Töpfen bewerben.

Doch auch kleine Verbesserungen können etwas bewirken. Internationale Experten sollten zusammen mit ihren ukrainischen Partnern arbeiten – permanent (nicht nur besuchsweise) in denselben Büros und in derselben Sprache. Bevor ein Projekt wie etwa

⁸³ Adrian Beck: Reflections on Policing in Post Soviet Ukraine. A Case Study of Continuity, in: *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, 2/2005, S. 4. – Anatolij Maruschak, Hrihorij Usatij: Reform of Law Enforcement Authorities in Ukraine, in: Philipp Fluri, V.G. Radetskiy (Hg.): *Security Sector Reform in Ukraine: Quo Vadis*. Kyiv, Geneva 2010, S. 75–86.

die Ausbildung polizeilicher Spezialkräfte begonnen wird, sollten nicht-intendierte Nebenwirkungen untersucht werden. Internationale Akteure in der Ukraine sollten auf ihre Zentralen einwirken, nicht in kurzfristigen Projektzyklen zu denken und zu finanzieren. Wichtig ist die Finanzierung des Grundbudgets zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zur Kontrolle der Polizei beitragen, damit sich diese Organisationen auf die eigentliche Arbeit anstatt auf immer neue Projektanträge konzentrieren können.

Ein Kontextfaktor ist von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Polizeireform in der Ukraine – und hier liegt die Entscheidung bei einem westlichen Akteur (wenn auch keinem homogenen): Eine glaubwürdige Aussicht der Ukraine auf eine EU-Mitgliedschaft dürfte die Reformen beschleunigen. Der Zwang, den *acquis communautaire* zu implementieren, wie auch Sozialisationseffekte durch die EU-Mitgliedschaft und die Entstehung einer neuen Generation technokratisch-pragmatischer Politiker haben in Ostmittel- und Südosteuropa Reformen der staatlichen Institutionen vorangetrieben.⁸⁴ Selbst in Bosnien und Herzegowina, das mit Korruption, politischer Fragmentierung und den Folgen des Krieges konfrontiert ist, war die EU-Anwartschaft ein Katalysator für die Polizeireformen.⁸⁵ Einer der Schlüssel für die mittel- und langfristige Schaffung einer effektiven und demokratischen ukrainischen Polizei liegt damit in Brüssel und in den Hauptstädten der EU-Mitgliedsländer.



Neuer Look: Ukrainische Streifenpolizei im US-outfit

⁸⁴ Jan-Hinrik Meyer-Sahling, Christian van Stolk: A Case of Partial Convergence: The Europeanization of Central Government in Central and Eastern Europe, in: *Public Administration*, 1/2015, S. 230–247. – Frank Schimmelpfennig: EU Political Accession Conditionality After the 2004 Enlargement: Consistency and Effectiveness, in: *Journal of European Public Policy*, 5/2008, S. 918–937.

⁸⁵ Roy H. Ginsberg, Susan E. Penksa: *The European Union in Global Security: The Politics of Impact*. Houndmills 2012, chapter 3.

Felix Ackermann

Aktualisierte Gewalterfahrung

Litauens Geschichtspolitik und Russlands Ukrainekrieg

Die litauische Gesellschaft verfolgte den Euromajdan in der Ukraine nicht aus der Ferne, sie sah sich unmittelbar betroffen. Russlands Annexion der Krim und der Interventionskrieg in der Ostukraine setzten Ängste vor einer ähnlichen Aggression Russlands im Baltikum frei. Der Krieg verändert auch die litauische Selbstverständigung über die eigene Geschichte. In der Debatte über die deutsche und die sowjetische Herrschaft findet eine Zuspitzung und Relativierung der Positionen statt. Geschichte und Erinnerung werden zur Projektionsfläche für die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart mit Russland.

Litauen hatte im zweiten Halbjahr 2013 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Höhepunkt sollte ein Gipfel in Vilnius werden, auf dem die EU mit der Ukraine ein Assoziationsabkommen unterzeichnen wollte. Doch dazu kam es nicht. Der ukrainische Präsident Viktor Janukovyč entschied unerwartet, das unter seiner Präsidentschaft ausgehandelte Abkommen nicht zu unterzeichnen. Dies löste in der Ukraine die größte Protestbewegung in Osteuropa seit der Streikbewegung der *Solidarność* in Polen aus. Der Euromajdan und die Moskauer Reaktion auf diese „Revolution der Würde“ veränderten die Öffentlichkeit in Litauen grundlegend. Russlands Annexion der Krim, der kaum kaschierte Interventionskrieg im Donbass sowie Russlands hybride Kriegsführung verstärkten die ohnehin ausgeprägte Bedrohungswahrnehmung der Litauer.

Zur hybriden Kriegsführung gehört auch Propaganda, die sich nicht nur an die russischsprachigen Einwohner des Baltikums richtet. In Litauen belebt sie die geschichtspolitischen Debatten über das 20. Jahrhundert.¹ Insbesondere die deutsche und sowjetische Besatzung sind in Litauen wie in der Ukraine Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen, bei denen es um weit mehr als um die Interpretation historischer Begebenheiten geht.²

Felix Ackermann (1978), Dr. phil., Kulturwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau, von 2011 bis 2016 DAAD-Langzeitdozent an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius, Gastdozent an der Historischen Fakultät der Universität Vilnius

¹ Felix Ackermann: Repercussions of the Grand Duchy of Lithuania? The public perception of the Ukrainian War in Lithuania, in: The Ukrainian Crisis in the European Media and the Public Sphere. Cultures of History Forum, Lithuania, 27.6.2014, <www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/index.php?id=596&l=0>. – Felix Ackermann: Der Krieg vor der Haustür. Litauen und die Ukraine-Krise, in: Merkur, 798/2015, S. 81–86.

² Audrius Bačiulis: Kovo 11 protestas prieš valdžios nutautintą šventę, 20.3.2013, <www.veidas.lt/kovo-11-aja-%E2%80%93-protestas-pries-valdžios-nutautinta-svente>.

Öffentliche Repräsentation staatlicher Geschichtspolitik

Seit der Unabhängigkeitsbewegung *Sajūdis* in den 1980er Jahren greifen litauische Politiker immer wieder auf die Geschichte des Großfürstentums Litauen zurück, um die Unabhängigkeit des eigenen Staates zu legitimieren. Sie diene stets dazu, Litauen als einen historisch großen und bedeutenden Staat darzustellen.³ Um an dieses Litauen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer zu erinnern, wurde seit 2002 in Vilnius zwischen der Kathedrale und dem Burgberg sogar das Großfürstenpalais wiedererrichtet. Das Projekt löste Kontroversen sowie Proteste gegen die hohen Kosten aus. Zwar wurde das *Valdovų Rūmai* über archäologisch gesicherten Fundamenten errichtet, architektonisch orientiert sich der Neubau jedoch nur an wenigen Aquarellen aus dem 18. Jahrhundert. Die Ruinen des Palais, das bereits vor den Teilungen der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik verfallen war, wurden unter russländischer Herrschaft abgetragen.

Politiker hatten den Neubau stets auch als Akt symbolischer Gegenwehr gegen russländische Herrschaft gedeutet, obwohl man die Ruinen auch als Sinnbild für die zunehmende Schwäche der Adelsrepublik deuten könnte. Der Kunsthistoriker Vidas Poškus beklagte die mangelnde Authentizität des architektonischen Entwurfs und warf der Regierung den Schutz eines falschen Kulturerbes vor. Die Denkmalqualität des Neubaus sei mit der des Betonsarkophags von Tschernobyl vergleichbar.⁴ Der Architekt Augis Gučas verteidigte dagegen den Wiederaufbau des Palais als ein Symbol gegen die russische Herrschaft. Man müsse die Langzeitfolgen der Diktatur offensiv bekämpfen.⁵ In der kulturpolitischen Diskussion über den Sinn von historisierenden Schlossneubauten, die auch der Berliner Republik bekannt sind, kritisierten andere Publizisten die Zentralisierung der staatlichen Kulturpolitik.

Die Entscheidung, den Neubau in der Hauptstadt und nicht authentische Relikte des Großfürstentums in der Peripherie zu fördern, lässt sich als Versuch erklären, die eigene als peripher empfundene Lage in Europa im Allgemeinen und in der EU im Besonderen symbolisch zu überwinden. Bei der Eröffnung des Großfürstenpalais im Juni 2013 während der litauischen EU-Ratspräsidentschaft unterstrich die Zeitung *Kauno Diena* die Bedeutung des Baus als neues Symbol litauischer Staatlichkeit.⁶ Der Neorenaissancebau ist auch ein architektonischer Versuch, die in EU- und NATO-Mitgliedschaft verankerte Westbindung zu unterstreichen.⁷

³ Barbara Christophe: Staat versus Identität. Zur Konstruktion von „Nation“ und „nationalem Interesse“ in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995. Köln 1997.

⁴ Vidas Poškus: Pietinis fasadas. Mintys apie valdovo rūmų „atkūrimą“. *Spyntos menos dienos*, 9.2.2007, <www.culture.lt/7md/?leid_id=742&kas=straipsnis&st_id=6816>.

⁵ Augis Gučas: Kita nuomonė apie Valdovų rūmus, in: *Kultūros barai*, 7–8/2009, <http://v1.valdovurumai.lt/Apie_mus/Gucas_Kita_nuomone_apie_Valdovu_rumus.lt.htm>.

⁶ Laima Žemulienė: Atidaryti trečdali milijardo litų kainavę Valdovų rūmai, 8.7.2013, in: <<http://kauno.diena.lt/naujienos/lietuva/atidaryti-trecdali-milijardo-litu-kainave-valdovurumai-402317>>.

⁷ Evas Nekrašas: Litauen: Auf der Suche nach einer regionalen Identität, in: Paulius Subačius (Hg.): Fortsetzung folgt. Essays über Litauen und Europa. Frankfurt/Main 2002, S. 197–216.



Geschichtspolitik oder Stadtentwicklung? Das Großfürstenpalais (Valdovų Rūmai) in Vilnius, oben während der Bauphase 2006

In der Dauerausstellung im Großfürstenpalais tritt das Großfürstentum Litauen vor allem im Mittelalter und Neuzeit als europäische Großmacht in Erscheinung. Der Staat erstreckte sich damals tatsächlich über ein beträchtlich größeres Territorium als heute, allerdings wird durch die Verwendung schraffierter Karten mit festumrissenen Grenzen der Eindruck erweckt, dass es sich schon damals um eine politische Ordnung analog zum modernen Staat gehandelt habe, der das Monopol physischer Gewaltsamkeit über ein spezifisches Territorium ausübt. Diese Darstellung hat die gleiche Funktion wie das Großfürstenpalais: Sie projiziert ein starkes, großes und einflussreiches Litauen aus der Vergangenheit in die Gegenwart und die nahe Zukunft. Deshalb wurde das Palais mit Hochdruck fertiggestellt, damit es zumindest als Kulisse für den geplanten EU-Gipfel unter litauischer Ratspräsidentschaft dienen konnte, obwohl Teile des Gebäudes noch im Rohbau waren.

Dasselbe Prinzip der kartographischen Nationalstaatsbildung wurde auch im Zusammenhang mit der Renovierung des Parlamentsgebäudes und seiner Umgebung angewandt. Das Gebäude, das erst 1980 nach Plänen der Architekten Vytautas und Algimantas Nasvytis errichtet worden war, ist in Litauen neben dem Fernsehturm in Vilnius Symbol für die Unabhängigkeitsbewegung und die im Januar 1991 bekräftigte Entscheidung des Volkes, sich friedlich von der Sowjetunion zu lösen.⁸ Der Seimas wurde renoviert, gleichzeitig wurden 28 Fahnenstangen für die Flaggen der EU-Mitglieder vorbereitet. Während die im spätsowjetischen Expressionismus gehaltenen Fahnenmasten saniert wurden, reichte das Geld nicht für die Erneuerung des dazugehörigen pyramidenförmigen Springbrunnens und seiner aufwendigen Stahlkonstruktion.⁹ Im Rahmen eines Kunstprojekts wurde er im Sommer 2013 kurzerhand mit Plastikplanen verhüllt, auf denen die Ausdehnung des Großfürstentums Litauen in verschiedenen Epochen zu sehen war. Im Unterschied zur Dauerausstellung im *Valdovų Rūmai* wurde hier nicht nur die Darstellung moderner Staaten aus dem 20. Jahrhundert ins 14. Jahrhundert übertragen, sondern diese scharfen Umrisse auf eine politische Karte Europas im 21. Jahrhundert projiziert.¹⁰

Durch die Darstellung des historischen Litauen in schwarzer Farbe auf grauem Grund wurde das Großfürstentum symbolisch deutlich über die Grenzen des heutigen Staates hinaus in die Territorien der Republik Belarus und der Ukraine verschoben. Obwohl Legenden die Karten zu erklären versuchten, löste diese Darstellung Proteste bei belarussischen Bloggern aus, die das Großfürstentum als protobelarussischen Staat und gemeinsames litauisch-belarussisches Erbe sehen.¹¹

Schließlich wurde die Nationale Kunstgalerie, die seit 2009 in einem Gebäude untergebracht ist, das bis 1991 das Revolutionsmuseum beherbergte, zum Pressezentrum des

⁸ Das Parlamentsgebäude gilt als ein herausragendes Werk der Brüder Nasvytis: Mirė garsus architektas, Parlamento ir kitus žymius pastatus suprojektavęs V. Nasvytis, 8.1.2016, <www.delfi.lt/veidai/kultura/mire-garsus-architektas-parlamento-ir-kitus-zymius-pastatus-suprojektavęs-v-nasvytis.d?id=70060504>.

⁹ Die Architekten deuteten das als Missachtung ihres Werkes und protestierten: Seimo fontano bėdas palaidojo po skalda ir juodžemiu, 24.5.2013, <<http://lietuvsdiena.lrytas.lt/aktualijos/seimo-fontano-bedas-palaidojo-po-skalda-ir-juodzemiu-201305241805.htm>>.

¹⁰ Seimo fontano vietoje – kontroversišku žemėlapiu puošta piramidė, 1.7.2013, <www.tv3.lt/naujiena/740928/seimo-fontano-vietoje-kontroversisku-zemelapiu-puosta-piramide>.

¹¹ Arūnas Dumalakas: Seimo fontano žemėlapiai kliūva baltarusiams, 14.7.2013, <<http://lietuvsdiena.lrytas.lt/aktualijos/seimo-fontano-zemelapiai-kliuva-baltarusiams.htm>>.

EU-Gipfels umgewidmet. Das am rechten Ufer der Neris liegende Gebäude wird gesäumt von einem Park zur Erinnerung an den japanischen Generalkonsul in Kaunas. Chiune Sugihara hatte – einer anders lautenden Anweisung seiner Regierung zum Trotz – Hunderte Visa für litauische Juden ausgestellt, die so den Krieg und Holocaust überlebten.¹² An diese Heldentat erinnert heute ein Garten mit japanischen Kirschbäumen, der jedes Frühjahr Tausende Besucher anzieht.¹³



Reichstagsverhüllung auf Litauisch: Der Springbrunnen vor dem Parlament, oben: Sowjetlitauen, unten Großfürstentum Litauen

¹² Linas Venclauskas: Chiune Sugihara. Visas for life. Vilnius 2009.

¹³ Michael Mustillo: Japan's Schindler: The spy who became a lifesaver, 27.1.2016, <www.baltictimes.com/japan_s_schindler_the_spy_who_became_a_lifesaver>.

Die europäische Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand

Nachdem die Kulisse aus Seimas, Nationalgalerie und Großfürstenpalais aufgebaut war, konnte die Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2013 beginnen. Politik und Medien in Litauen begriffen sie als Chance, die als peripher empfundene Lage Litauens für einen historischen Moment zu überwinden. Das wichtigste Anliegen der Ratspräsidentschaft war es, die EU-Außenpolitik gegenüber den Staaten zwischen Russland und der EU, also Belarus, Ukraine, Moldova sowie den südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien neu zu justieren und zu stärken. Denn nur durch deren engere Anbindung an die EU – so die Hoffnung – werde Litauen stärker ins Zentrum der Union rücken und nur so ließe sich ein stärkeres Ausgreifen Russlands auf das „Nahe Ausland“ abwehren. Da eine gemeinsame Außenpolitik der EU gegenüber diesen Staaten fehlte und der „Arabische Frühling“ ab 2011 die Wahrnehmung der Westeuropäer absorbierte, hatte die EU Belarus, der Ukraine und Moldova nicht viel zu bieten.¹⁴

Die litauische Öffentlichkeit verfolgte die Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU genau. Das Feilschen um das Assoziierungsabkommen ließ den Gipfel in Vilnius Ende November 2013 noch wichtiger erscheinen. Doch als sich der ukrainische Präsident Viktor Janukovyč im November 2013 entschied, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, zeigte dies auch die Grenzen der EU-Nachbarschaftspolitik, der litauischen Ratspräsidentschaft und der symbolischen Beschwörung des historischen Erbes des Großfürstentums. In den kommenden Monaten sollte sich zeigen, dass die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU in der Region begrenzt ist, während Russlands Führung bereit war, zur Durchsetzung der eigenen Interessen das Territorium eines souveränen Staates zu annektieren und einen Interventionskrieg zu führen.¹⁵

Aus litauischer Perspektive ging es bei dem Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine nicht nur um die Neuordnung des Verhältnisses von Peripherie und Zentrum oder um eine Integrationskonkurrenz zwischen Russland und der EU. Vielmehr stand in Litauen von Anfang an die Selbstbestimmung und Souveränität der Ukraine im Zentrum der Aufmerksamkeit. Als die Proteste auf dem Majdan mit Gewalt unterdrückt werden sollten, war nahezu die gesamte litauische Gesellschaft alarmiert. Diese Sensibilität speist sich aus der spezifischen historischen Erfahrung, welche die Litauer mit den anderen Balten und den Polen teilen. Sie alle waren 1939 Opfer des Hitler-Stalin-Pakts geworden. Aus Sicht der Litauer, die erst 1991 ihre Unabhängigkeit erkämpften, ging es in der Ukraine um die Verteidigung des Gutes, das auch in Litauen als Grundlage der Demokratie gilt: die Souveränität des Landes. Darüber herrscht in Litauen ein gesellschaftlicher Konsens über alle politischen Lager hinweg. So beschwor Vytautas Landsbergis, Anführer von *Sąjūdis*, das Selbstbestimmungsrecht der ukrainischen Gesellschaft unter Verweis auf die eigene Unabhängigkeitsbewegung: „Wir haben damals als kleines Land nicht nur unsere eigene Freiheit erkämpft, sondern auch die Freiheit der anderen Völker in der Sowjetunion.“¹⁶

¹⁴ Ein Überblick der Argumente in Bezug auf Belarus findet sich in: Belarus-Analysen, 15/2013, <www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen15.pdf>.

¹⁵ Thomas Vogel: Überforderung und Desinteresse. Die EU, die Nachbarschaft und die Ukraine, in: Gefährliche Unschärfe. Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass. Berlin 2014 [= OSTEUROPA, 9–10/2014], S. 51–65.

¹⁶ Felix Ackermann: Der Majdan von Vilnius. Zeit-Online, 13.1.2016, <www.zeit.de/kultur/2016-01/blutsonntag-vilnius-litauen-unabhaengigkeit>.

Die Überzeugung, dass die ukrainische Gesellschaft über die Entwicklung ihres Landes selbst entscheiden sollte, hatte für die Litauer oberste Priorität. In Janukovyčs Weigerung, das Assoziationsabkommen der Ukraine mit der EU zu unterzeichnen, sahen die Litauer den Druck aus Moskau und die Bedrohung der ukrainischen Autonomie. Das betrachteten sie als mittelbare Bedrohung ihrer eigenen Existenz. Diese Wahrnehmung baut auf dem Schicksal der Litauer von 1939 auf, das längst aus dem kommunikativen Gedächtnis der einzelnen Familien in das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft übergegangen ist.¹⁷

Der Euromajdan aus litauischer Perspektive

Nach der abrupten politischen Wende in Kiew konnten der Gipfel in Vilnius und das gleichzeitig stattfindende Civil Society Forum der Östlichen Partnerschaft kein Erfolg mehr werden.¹⁸ Doch die Bemühungen der litauischen Ratspräsidentschaft, die Assoziierung der Ukraine zu einem gesamteuropäischen Anliegen zu machen, blieben nicht folgenlos. Den Euromajdan initiierten Studentinnen und Studenten, die ihr Recht auf Selbstbestimmung einforderten. Der brutale Polizeiübergriff auf die Demonstranten aktivierte breite Schichten der ukrainischen Gesellschaft, und die Proteste dehnten sich spürbar aus. Nun nahmen die Ukrainer ihre Geschicke selbst in die Hand – so die litauische Perspektive. Schon vor der Eskalation der Gewalt im Februar 2014 war der Majdan im litauischen Alltag omnipräsent. Im Inforadio *Žinių Radijas* wurde jeden Morgen stundenlang die Lage in der Ukraine diskutiert. Die Zeitungen analysierten die potentiellen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politische Situation in Litauen. An der Historischen Fakultät der Universität Vilnius tauchte in dieser Zeit eine „Putler“-Karikatur von Vladimir Putin mit Gesichtszügen von Adolf Hitler auf. Auf den Rechnern am Arbeitsplatz vieler Litauer lief im Hintergrund eine Liveübertragung vom Majdan. Aus den öffentlichen und privaten Diskussionen wurde deutlich: Auf dem Majdan in Kiew geht es auch um uns. Denn dort widersetzte sich eine Gesellschaft nicht nur ihrem Herrscher (den sie selbst gewählt hatte), sondern sie stellte sich auch gegen die Einmischung aus Russland. Die Übertragung vom Majdan wurde in vielen öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalten zum neuen Hintergrundrauschen.¹⁹ Der Majdan war eine Life-Revolution, die Politiker, Philosophen und Historiker in Echtzeit kommentierten und im Internet diskutierten. Noch im Dezember 2013 verteilte der litauische Außenminister Linas Linkevičius 400 Paar Handschuhe an Protestierende auf dem Majdan. Auf dem Internet-Portal *Delfi* erschienen täglich mehrere Texte über die Ukraine sowie die Bedrohung aus Russland. Mitunter hinterließen Hunderte von Lesern Kommentare. Der Philosoph Gintautas Mažeikis sprach im Januar 2014 von der Gefahr eines syrischen Szenarios in der Ukraine.²⁰ Der damalige Europaabgeordnete Leonidas Donskis forderte im März 2014 einen Prozess für Viktor Janukovyč vor dem

¹⁷ Ekaterina Makhotina: Die Unsrigen. Die Holocaustdebatte in Litauen, 26.2.2016, <<https://erinnerung.hypotheses.org/671>>.

¹⁸ EaP Civil Society Forum at the Civil Society Conference in Vilnius: Political Challenges and Future agenda of the Eastern Partnership, 10.12.2013, <<http://eap-csf.eu/en/news-events/news/eap-civil-society-forum-at-the-civil-society-conference-in-vilnius-political-challenges-and-future>>.

¹⁹ Šturmuotas Maidanas atsilaiškė, yra žuvusiųjų (tiesioginė transliacija, video), 18.2.2014, <<http://alkas.lt/2014/02/18/sturmuojamas-maidanas-yra-zuvusiųjų-tiesioginė-transliacija/>>.

²⁰ Gintautas Mažeikis: G. Mažeikis apie įvykius Ukrainoje: kol kas dar taikus, bet jau į Siriją panašus scenarijus, 24.1.2014, <www.delfi.lt/video/aktualijos/g-mazeikis-apie-ivykius-ukrainoje-kol-kas-dar-taikus-bet-jau-i-sirija-panasus-scenarijus.d?id=63840698>.

UN-Tribunal in Den Haag, sollte Russland einen offenen Krieg in der Ukraine beginnen.²¹ Tausende Litauer hatten längst ihre Profilbilder in den sozialen Netzwerken in das Gelb und Blau der ukrainischen Flagge eingefärbt. Über Facebook verbreiteten viele Litauer Neuigkeiten aus Kiew schneller als die Medien es taten, obwohl diese dem Euromajdan große Aufmerksamkeit schenkten. Die meisten Litauer solidarisierten sich mit den Demonstranten auf dem Majdan, weil sie sich sicher waren, dass es dort auch um ihre Zukunft ging. Die Eskalation der Gewalt mit über 100 Toten auf dem Majdan weckte bei vielen Litauern Erinnerungen an den „Blutsonntag“ im Januar 1991. Damals kamen in Vilnius 14 Menschen ums Leben, als die sowjetische Führung Truppen einsetzte, um die litauische Unabhängigkeitsbewegung niederzuschlagen. So reagierten viele Litauer auf das Blutbad in Kiew mit symbolischen Aktionen: Vor dem Präsidentspalast wurden zwei litauische Flaggen durch eine litauische, eine EU-Fahne und eine NATO-Flagge ersetzt. Auf der Grünen Brücke im Zentrum von Vilnius wurde die Kopfpuppe der so-wjetischen Figuren mit litauischen Staatssymbolen sowie NATO-Flaggen abgedeckt. Auf dem Lukiškės-Platz wurde eine große rote Flagge mit dem litauischen Staatssymbol, dem Reiter Vytis, gehisst. Und an vielen öffentlichen und privaten Gebäuden in Vilnius wurden Staatsflaggen auf Halbmast gesetzt – noch bevor offiziell Staatstrauer angeordnet war. Selbst jene Bürgerinnen und Bürger, die die Ereignisse in Kiew nicht verfolgten, konnten an diesen Zeichen im öffentlichen Raum erkennen, dass sich etwas Grundlegendes verändert hatte.



Von Angesicht zu Angesicht: Historischer Reiter, sowjetische Bauern. Die Skulpturengruppe „Landwirtschaft“ des Bildhauers Bernardas Bučas auf der Grünen Brücke 2014

²¹ Nemira Pumprickaitė: Leonidas Donskis: „Viktoro Janukovyčiaus byla Hagoje jau pradedama“, <www.15min.lt/naujiena/aktualu/interviu/leonidas-donskis-viktoro-janukovyčiaus-byla-hagoje-jau-pradedama-599-409316>.

Reaktionen auf den Krieg in der Ostukraine

Auch die Annexion der Krim und der kaum kaschierte russländische Interventionskrieg im Osten der Ukraine lösten in Litauen eine andere Reaktion aus als etwa in Deutschland. Im Radio wurde die Lage in der Ukraine immer im Hinblick auf die sicherheitspolitische Situation und militärische Lage Litauens diskutiert.²² Die Zahl der Panzer, Kampffjets und anderer Waffen im Kaliningrader Gebiet, in Belarus sowie im Baltikum wurde dokumentiert, um zu belegen, dass es eine konkrete Bedrohung gibt, die über die symbolische Einschränkung der Autonomierechte des Einzelnen und der Souveränität der ganzen Gesellschaft hinausgeht. Das Verteidigungsministerium bereitete ein Handbuch für den Krisenfall vor.²³ Über dem Baltikum wurde das sogenannte Airpolicing durch NATO-Truppen wieder verstärkt, nachdem russländische Langstreckenbomber anfangen, parallel zum Krieg in der Ukraine den Luftraum anderer europäischer Staaten zu verletzen. Die Kenntnisse über die begrenzte Einsatzfähigkeit der Eurofighter der Bundeswehr waren in Litauen fundierter als in Deutschland. Amerikanische NATO-Einheiten wurden gebeten, Truppenübungen in der Nähe des Kaliningrader Gebiets zu organisieren – als symbolische Geste gegenüber Russland, aber auch zur Beruhigung der eigenen Bevölkerung.²⁴ Und Spaßvögel befestigten an ihren Grundstücksgrenzen „Einfahrt verboten!“-Schilder für Panzer.

Einerseits scheint Litauen durch die Mitgliedschaft in der EU und vor allem in der NATO besser geschützt als etwa die Ukraine, andererseits befeuerte die zögerliche Reaktion des Westens nach der Annexion der Krim in Litauen die Diskussion darüber, ob die Schutzverpflichtung der NATO-Mitglieder aus Artikel 5 im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Atommacht Russland überhaupt eingehalten werden würde. Die historische Erfahrung aus der Teilung Polen-Litauens im 18. Jahrhundert sowie die Nichtwirksamkeit von Schutzverpflichtungen vor dem Zweiten Weltkrieg trugen zu dieser Wahrnehmung bei. Im Kern zeigte sich in Litauen deutlich, dass es bei Bedrohung und Sicherheit primär um Perzeptionen geht, die auf subjektivem Empfinden gründen.

Der russländische Krieg in der Ukraine zur Schaffung und Unterstützung der selbsternannten „Volksrepubliken“ in den Gebieten Donec’k und Luhans’k wurde in Litauen viel stärker als heißer Krieg wahrgenommen als in Westeuropa. Dort blieb er für weite Kreise der Öffentlichkeit allenfalls ein „hybrider Krieg“, der zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Ost- und West führen könnte, womit wiederum die Gefahr eines Dritten Weltkriegs verbunden wurde. In Litauen war die Aufmerksamkeit viel stärker dem traditionellen Krieg gewidmet, in dem sich Freiwillige und Soldaten mit schweren Waffen bekämpften. Nicht zufällig bemühte sich die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė stärker als andere Staatsoberhäupter um reguläre Waffenlieferungen an

²² Vor allem im Radio *Žinių radijas*: *Žinių radijas Karas Ukrainoje: žudomos šeimos, dvasininkai, politikai*, 14.5.2014, <www.15min.lt/naujiena/aktualu/pasaulis/karas-ukrainoje-zudomos-seimos-dvasininkai-politikai-57-426629>.

²³ Jürgen Streihammer, Thomas Vieregge: *Die Angst der Balten vor dem „großen Bruder“ Russland*, 26.2.2015, <<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4672875/Die-Angst-der-Balten-vor-dem-grossen-Bruder-Russland>>.

²⁴ NATO oro policijos misiją Baltijos šalyse perėmė Vengrija, 31.8.2015, <<http://lietuvsdiena.lrytas.lt/aktualijos/nato-oro-policijos-misija-baltijos-salyse-pereme-vengrija.htm>>.

die Ukraine. Für viele Litauer war dieser Krieg im Osten der Ukraine ein existentielles Anliegen. Der Unterschied zwischen der Position der Litauer und jener der Beobachter aus anderen EU-Staaten besteht darin, dass jene die Ukraine eher als metaphorischen Kampfplatz denn als realen Kriegsschauplatz betrachten. Offene Kampfhandlungen stehen seltener im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Das hat weniger mit der realen Bedrohung zu tun als auch wieder mit den unterschiedlichen historischen Erfahrungen. Diese haben dazu geführt, dass sich in einigen Ländern Westeuropas seit dem Zweiten Weltkrieg postheroische Gesellschaften entwickelt haben, während die Gesellschaften im Osten Europas noch stärker heroisch geprägt sind.²⁵

Öffentliche Debatten über den Zweiten Weltkrieg

Obwohl grundlegende Teile der in Minsk vereinbarten Bedingungen über einen Waffenstillstand in der Ostukraine nicht umgesetzt wurden und bis heute militärische Scharmützel stattfinden, die auf beiden Seiten Tote fordern, trat der eigentliche Krieg im Laufe des Jahres 2015 in der öffentlichen Wahrnehmung auch in Litauen zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen durchdringt seitdem der Geist des Krieges alle öffentlichen Debatten, seien es politische, seien es historische. Alles wird von der Annexion der Krim überlagert. Das ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits handelt es sich um eine Schutzreaktion der litauischen Gesellschaft, die im Moment der symbolischen und realen Bedrohung die Reihen schließt und Kritik – komme sie von innen oder außen – noch vehementer ablehnt, als sie dies ohnehin tut.²⁶

Andererseits führt Russlands Desinformationskampagne als Teil des Krieges dazu, dass es in Litauen keine öffentliche Debatte mehr gibt, in der nicht auf russländische Einflussnahme verwiesen würde. Verschwörungstheoretisches Denken, das in den Gesellschaften Russlands und der Ukraine weit verbreitet ist, bricht sich nun auch in Ländern Bahn, die Russland aus politischen Erwägungen schwächen will. Dass sich dafür ethnische Minderheiten bestens instrumentalisieren lassen und die in der Ukraine erprobten Techniken nicht nur in Lettland oder in Estland gut funktionieren, wo es besonders große russischsprachige Gruppen gibt, hat in Deutschland Anfang 2016 der „Fall Lisa“ gezeigt.²⁷

Nach ähnlichem Muster verliefen mehrere öffentliche Debatten in Litauen. Dabei zeigte sich, dass es unter der Bedingung verschwörungstheoretischen Denkens zunehmend schwierig ist, die Wahrheit öffentlich durchzusetzen, zumal der Eindruck existiert, dass es mehrere Wahrheiten gibt.²⁸ Die postmoderne Philosophie hat diese Vorstellung stark begünstigt. Deshalb haben sich Politik und Öffentlichkeit gerade im Westen schwerer getan, die mediale Funktionsweise des hybriden Kriegs zu erkennen.

²⁵ Herfried Münkler: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin 2015, S. 264ff.

²⁶ Christophe, *Staat versus Identität* [Fn. 3].

²⁷ Alice Bota: *Das missbrauchte Mädchen*. Zeit-Online, 21.1.2016, <www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/russland-propaganda-entfuhrung-maedchen-berlin>. – Viktor Funk: *So wurde der „Fall Lisa“ zum Politikum*. Frankfurter Rundschau, 28.1.2016, <www.fr-online.de/leitartikel/russlanddeutsche--so-wurde-der--fall-lisa--zum-politikum-,29607566,33633916.html>.

²⁸ Felix Ackermann: *Konkurrenz der Leidensgeschichten*. FAZ, 23.3.2016, S. 10.

Ein anderes Beispiel für den medial geführten Krieg im Krieg ist die Verwandlung des litauisch-schwedischen Filmemachers Jonas Ohman vom Historiker zum paramilitärischen Entwicklungshelfer und Nationalhelden an der Front im Donbass. Der seit den frühen 1990er Jahren in Litauen lebende Regisseur hatte sich zunächst für die litauische Umweltbewegung begeistert. Da diese eine Faszination für die litauische Nation transportierte, lernte er den Nationalismus als emanzipative Idee kennen, die auch im ausgehenden 20. Jahrhundert noch Kraft entfaltet.²⁹ In seinem Dokumentarfilm „Die unsichtbare Front“ projizierte Ohman diese Einsicht auf die historische Erzählung über die litauischen Partisanen, die nach dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1950er Jahre in den Wäldern Litauens lebten und kämpften, um sich der Sowjetisierung des Landes zu widersetzen.³⁰ Der Dokumentarfilm, der während des Krieges in der Ostukraine im November 2014 Premiere hatte, wurde in Litauen zum Kassenschlager. Ohman reiste mit dem Film in mehrere ukrainische Städte, um dort die Bevölkerung in ihrem Kampf „geschichtspolitisch“ zu unterstützen. Nach den Vorführungen in ukrainischen Kinos organisierte er Hilfslieferungen für ukrainische paramilitärische Einheiten.³¹ Dass es sich dabei auch um rechtsradikale Organisationen wie den *Rechten Sektor* handelte, irritierte ihn nicht, weil er sich durch die Arbeit an der Geschichtsfrente auf der Seite des Guten wähnte. Im großen Stil sammelte Ohman in Litauen Spenden, um Ausrüstung für die ukrainischen Freiwilligenverbände im Kriegsgebiet anzuschaffen. Er brachte sie eigenhändig an die Front bzw. an die Demarkationslinie.³² In Litauen wurde er so zum Nationalhelden.

Interessant ist auch der Fall des Historikers Alvydas Nikžentaitis. Dieser hat sich viele Jahre wissenschaftlich mit nationaler, regionaler und urbaner Erinnerung beschäftigt. Seit 2014 zielen seine akademischen Aktivitäten darauf, die Einheit des ehemaligen Territoriums des Großfürstentums Litauen zumindest symbolisch wiederherzustellen.³³ Mit Unterstützung der polnischen und der litauischen Regierung hat er das „Giedroyc-Forum“ ins Leben gerufen, das sich zunächst der Verbesserung der litauisch-polnischen Beziehungen widmen sollte. Nach der Annexion der Krim erweiterte Nikžentaitis den Fokus und konzentriert sich nun auf das Phantom-Großfürstentum, den sogenannten ULB-Raum Ukraine, Litauen und Belarus. Im Interview mit Delfi erklärte Nikžentaitis:

Wir können nicht behaupten, dass das Großfürstentum Litauen ein rein litauischer Staat war. Zu einem ähnlichen Teil handelte es sich um einen belarussischen und ukrainischen Staat. Das ist unser gemeinsames Kulturerbe, das wir als starkes Instrument in der Außenpolitik einsetzen können, aber auch zur Integration in Litauen selbst.³⁴

²⁹ Jonas Ohman: Lithuania's historical fate could have been different, 8.1.2014, <www.Lithuaniantribune.com/60500/jonas-ohman-lithuanias-historical-fate-could-have-been-different-201460500/>.

³⁰ The Invisible Front 2014, <www.imdb.com/title/tt2073679/>.

³¹ Filmo „Nematomas frontas“ kūrėjas dabar pats yra nematomo fronto karys Ukrainoje, 10.3.2015, <www.lrt.lt/naujienos/kultura/26/95353>.

³² Jonas Ohman: By helping Ukraine, Lithuania helps itself, 28.8.2014, <www.delfi.lt/video/laidos/zinios-anglu-kalba/jonas-ohman-by-helping-ukraine-lithuania-helps-itself.d?id=65694460>.

³³ Alvydas Nikžentaitis, Michal Kopczynski: Atminties kultūrų dialogai Ukrainos, Lietuvos, Baltarusijos (ULB) erdveje. Vilnius 2015.

³⁴ Delfi.lt, 18.5.2015, <www.delfi.lt/news/daily/lithuania/a-nikzentaitis-ir-vis-delto-mums-ldk-reikia.d?id=67975538>.

Der Journalist Vytautas Bruverys, der Nikžentaitis in die Ukraine begleitete, bringt in der Zeitung *Lietuvos Rytas* auf den Punkt, worum es dem Giedroyc-Forum nun geht:

Die Ukrainer brauchen litauische und polnische Unterstützung vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Militär. Außerdem benötigen die Ukrainer auch die nicht minder wichtige Zusammenarbeit mit Intellektuellen und Kulturschaffenden aus der Europäischen Union und der westlichen Zivilisation, denn das ist nicht nur ein ökonomischer und materieller, sondern auch ein geistiger und kultureller Raum.

So trage das Forum zur gemeinsamen Verständigung über die geteilte Geschichte bei. Die Diskussion stelle einen wichtigen Beitrag gegen Russlands hybriden Krieg dar. Und der Ex-Dissident Adam Michnik, Gründer und heutiger Herausgeber der größten polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, der ebenfalls am Giedroyc-Forum in Kiew teilnahm, fasste seine Sicht so zusammen:

Früher oder später wird die Ukraine sich an Europa annähern. Russland tut derzeit alles, um den Lauf der Geschichte aufzuhalten, aber die Ukraine ist der Schlüssel zu Russland. Wenn die Ukraine erfolgreich sein wird, bedeutet das das Ende der Diktatur in Russland.³⁵

Totalitarismus und die Ideologie des doppelten Genozids

Moskaus Krieg in der Ostukraine gab der verbreiteten Gleichsetzung von „sowjetisch“ und „russisch“ neuen Auftrieb. In der Vorstellung vieler Litauer waren die Besatzung des Landes nach dem Hitler-Stalin-Pakt sowie die Deportationen im Winter und Sommer 1941 keine sowjetischen, sondern russische Verbrechen. Eine Beteiligung von Litauern ist damit ausgeschlossen. Dies gilt auch und besonders für die nationalsozialistische Besatzung, die als Totalitarismus mit der sowjetischen Besatzung gleichgesetzt wird. Der Krieg in der Ukraine hat die Tendenz, die Litauer als Opfer zweier Totalitarismen zu sehen, weiter verstärkt. Während die vier sowjetischen Figurengruppen aus dem Jahre 1952 von der Grünen Brücke in Vilnius entfernt wurden, blieben Gedenktafeln für litauische Kollaborateure mit den deutschen Besatzern erhalten. Als Reaktion auf die gewaltsame Eskalation auf dem Majdan waren die Figurengruppen im Stadtzentrum von Vilnius zunächst teilweise verhängt worden. Dann geriet die höchste Denkmalschutzbehörde unter Druck. In der Sowjetunion verfolgte und ihre Angehörigen erklärten, es handele sich um Relikte des Stalinismus und forderten, dass die Skulpturen aus dem öffentlichen Raum entfernt werden. Die Denkmalschützer – allesamt konservative Historiker und Kunsthistoriker – argumentierten, dass es sich um die letzten öffentlichen Zeugnisse dieser Epoche handele und man sie daher zum Zwecke der Abschreckung erhalten müsse. Als sie im

³⁵ Lietuvos rytas, 21.12.2015, <<http://pasaulis.lrytas.lt/rytai-vakarai/ukrainos-bilietas-tik-i-eu-ropa-bet-kaina-vis-auga-20151202120013.htm>>.

Juni 2015 gegen einen Antrag stimmten, mit dem die Figuren aus der Denkmalschutzliste gestrichen werden sollten,³⁶ löste der zuständige Minister die Kommission auf und besetzte sie im Einzelverfahren nach telefonischer Überprüfung der Loyalität der potentiellen Mitglieder neu.³⁷ Der neugewählte Bürgermeister von Vilnius Remigijus Šimašius ließ die Skulpturen zur Restaurierung abmontieren. Inzwischen hat die neue Denkmalschutzkommission der Figurengruppe den Denkmalstatus aberkannt. Kaum eine Rolle spielte in der Debatte die Tatsache, dass die Skulpturen von litauischen Architekten und Bildhauern entworfen und gefertigt worden waren und die Bauern, Bauarbeiter, Studenten und Soldaten den sowjetlitauischen Neuanfang in Vilnius symbolisierten.³⁸ Damit hat Litauen die Entfernung eines historischen Zeugnisses gefördert, das für die enge Verknüpfung von Litauisierung und Sowjetisierung Wilnas steht.³⁹



Seit 2015 *Personae non gratae*: „Industriearbeiter und Bauarbeiter“ von Bronius Pundzius und „Auf Friedenswache“ von Napoleonas Petrulis und Bronius Vyšniauskas

³⁶ www.15min.lt, 30.6.2015, <www.15min.lt/naujiena/aktualu/lietuva/seimas-atleido-ir-vel-prieme-grazina-dremaite-geles-leido-pasilikti-56-512930>. – zw.lt, 17.11.2015, <http://zw.lt/wilno-wilenszczyzna/punkt-widzenia-czy-trzeba-zachowac-sowieckie-dziedzictwo-wilna>.

³⁷ Seimas paskyrė E. Karalevičienę Valstybinės kultūros paveldo komisijos pirmininke, 23.12.2015, <www.15min.lt/naujiena/aktualu/lietuva/seimas-paskyre-e-karaleviciene-valstybines-kulturos-paveldo-komisijos-pirmininke-56-559197>.

³⁸ Rasa Čepaitienė: Tarybinės sostinės konstravimas J. Stalino epochoje: Minsko ir Vilniaus atvejai, in: Alvydas Nikžentaitis (Hg.): Nuo Basanavičiaus, Vytauto Didžiojo iki Molotovo ir Ribbentropo: atmintis ir atminimo kultūrų, transformacijos XX–XXI a. Vilnius 2011, S. 171–224.

³⁹ Theodore Weeks: Remembering and Forgetting: Creating a Soviet Lithuanian Capital. Vilnius 1944–1949, in: Journal of Baltic Studies, 4/2008, S. 517–533.

Die sogenannten Waldbrüder gelten für die Zeit ab 1944 uneingeschränkt als Helden, obwohl auch litauische Historiker darauf hinweisen, dass die „Waldbrüder“ sich gegenüber der Landbevölkerung höchst zweifelhaft verhielten. Auch waren einzelne paramilitärische Kämpfer im Sommer und Herbst 1941 an der Erschießung litauischer Juden beteiligt. Einiger dieser „Waldbrüder“, die an Ermordungen beteiligt waren, wird öffentlich gedacht.⁴⁰ Das prominenteste Beispiel ist Jonas Noreika, den eine Gedenktafel an der Bibliothek der „Akademie der Wissenschaften“ als „Widerstandskämpfer“ ehrt. Noreika hatte im Spätsommer 1941 die Ermordung der Juden von Žagarė organisiert und war an weiteren Erschießungen beteiligt.⁴¹ Dass diese Erschießungen auf deutschen Befehl erfolgten, ändert nichts an der Tatsache, dass Noreika an den Morden beteiligt war.

Litauische Intellektuelle wie Sergei Kanovič forderten einen kritischen Umgang mit Noreika und die Entfernung der Gedenktafel.⁴² Zwar gab es im Internet eine kontroverse Debatte, die sich im Kern um die Frage drehte, ob die litauische Gesellschaft eine moralische Verpflichtung hat, sich mit der Kooperation der damaligen Eliten mit dem nationalsozialistischen Deutschland kritisch auseinanderzusetzen.⁴³

Wer einen anderen erinnerungspolitischen Umgang mit der Geschichte der „Waldbrüder“ fordert, sieht sich nicht selten als Handlanger feindlicher Kräfte diffamiert.⁴⁴ Teile der litauischen Elite ziehen es vor, das Problem auszusitzen. Die Akademie der Wissenschaften hält dennoch an der Gedenktafel fest – ohne jeden Hinweis auf die Verwicklung Noreikas in den Genozid.⁴⁵ Dabei würde es gerade die Lebensgeschichte von Jonas Noreikas ermöglichen, sich mit den Zwängen, Nöten und Abgründen in der Zeit der doppelten Besetzung Litauens auseinanderzusetzen.⁴⁶

⁴⁰ Ellen Cassedy: *We are here. Memories of the Lithuanian Holocaust*. Lincoln 2012, S. 81ff.

⁴¹ Boleslovas Baranauskas (Hg.): *Masinės žudynės Lietuvoje 1941–1944. Dokumentų rinkinys*. 2 dalis. Vilnius 1973, Bd. 2, S. 225–231.

⁴² Geoffrey P. Megargee: *The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghettos 1933–1945. Early Camps, Youth Camps, and Concentration Camps and subcamps under the SS-Business Administration Main Office (WVHA)*. Bloomington 2009, S. 1154.

⁴³ Ähnlich wie in Polen geht es um das Verhältnis zu den Juden in der Zwischenkriegszeit sowie um die Radikalisierung bis zum Ausbruch von Gewalt nach Beginn der sowjetischen und deutschen Besetzung. Bis heute entschuldigen in Litauen viele die Gewalt gegen Juden mit dem Verweis, diese hätten mit den sowjetischen Stellen zusammengearbeitet; Alfonsas Eidintas: *Das Stereotyp des „jüdischen Kommunisten“ in Litauen 1940–41*, in: Vincas Bartusevičius, Joachim Tauber, Wolfram Wette (Hg.): *Holocaust in Litauen*. Köln 2003, S. 13–25.

⁴⁴ Insbesondere Carl Schmitts Figur des Partisanen wird zur Legitimation und Heroisierung der „Waldbrüder“ verwendet: Bernardas Gailius: *Partizanų diktatūra*, in: *Politologija*, 2/2011, S. 74–93. – Laurynas Peluritis: *Ilgal (ne)lauktas priešas?* In: *Knygų Aidai*, 1/2015, S. 5–10. – Linas Jokubaitis: *Carl Schmitt and the Future of Europe*. Telescope, 18.2.2104, <www.telospress.com/carl-schmitt-and-the-future-of-europe/>.

⁴⁵ Ackermann, Konkurrenz [Fn. 28].

⁴⁶ Der 1910 geborene Noreika hatte nach der Besetzung Litauens durch das Deutsche Reich zunächst mit NS-Stellen kooperiert, fiel dann aber in Ungnade und wurde 1943 in das Konzentrationslager Stutthof gebracht. Nach der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee kehrte Noreika nach Wilna zurück und arbeitete dort ab Ende 1945 in der Rechtsabteilung der sowjetischen Litauischen Akademie der Wissenschaften. Im November 1946 deckte der sowjetische Geheimdienst den von Noreika mitgegründeten Litauischen Volksrat *Lietuvos Tautinė Taryba* auf, der verschiedene Untergrundorganisationen vereinigen sollte. Mit anderen Mitgliedern des Volksrats wurde Noreika 1947 hingerichtet; *Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras* (Hg.): *Pragaro vartai – Štuthofas*. Vilnius 1998, S. 223. – J. Tumelis (Hg.): *Visuotinė lietuvių enciklopedija*. Vilnius 2009, Bd. Naha-Omuta, S. 494. – Siehe auch den Eintrag Jonas Noreika <https://lt.wikipedia.org/wiki/Jonas_Noreika>.



„In diesem Gebäude arbeitete von 1945–1946 der bekannte Widerstandskämpfer des litauischen Volksrats und Organisator und Führer der litauischen bewaffneten Kräfte Jonas Noreika. Errichtet am 26.2.1947“. Tafel an einem Gebäude der Litauischen Akademie der Wissenschaften

Holocaust-Debatten im Schatten des hybriden Kriegs

Nach einem anderen Muster verläuft die Diskussion über das Buch „Die Unsrigen“, das die Journalistin Rūta Vanagaitė Anfang 2016 mit Unterstützung des Leiters des Simon-Wiesenthal-Centers, Efraim Zuroff, veröffentlichte.⁴⁷ Bereits in den 1990er Jahren hatte es wichtige Debatten über die Verwicklung von Litauern in den Völkermord an den Juden gegeben. Dieser ist inzwischen wissenschaftlich breit erforscht.⁴⁸ Nun hat Vanagaitė erneut die direkte und indirekte Beteiligung von Litauern an der Ermordung von fast 200 000 Menschen behandelt und eine erbitterte öffentliche Auseinandersetzung ausgelöst.⁴⁹ Die Autorin schildert sehr detailliert, wie Hunderte Litauer nach dem Ende sowjetischer Herrschaft im Sommer 1941 als Freiwillige bereit waren, Juden zusammenzutreiben, zu quälen und unter deutschem Befehl zu erschießen. Sie illustriert das mit einigen der wenigen erhaltenen historischen Fotos. Vanagaitė beschreibt, dass Litauer nicht nur mit der Kleidung der Opfer regen Handel trieben, sondern auch deren Häuser und Mobiliar übernahmen. Als Aufhänger dient Rūta Vanagaitė ihre Reise durch 13 litauische Städte, für die sie das Geschehen in den ersten Wochen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion rekapituliert. Sie lässt Einwohner der Orte zu Wort kommen, die sich noch an den Sommer 1941 erinnern, als die ersten Massenerschießungen am Rande der Ortschaften erfolgten.

Das Buch zeigt, dass bis heute in vielen Orten ein lokales Wissen existiert, wer die Mittäter waren und was aus dem jüdischen Eigentum wurde. Anders als die meisten Historiker und Geschichtsdidaktiker vor ihr hat Vanagaitė das Material so geordnet, dass es in weiten Kreisen der litauischen Öffentlichkeit höchst emotionale Reaktionen auslöste. Am deutlichsten zeigt sich ihre Arbeitsweise an den historischen Fotos, die Leichen jüdischer Opfer zeigen. Vanagaitė verwendet diese Fotos oft, ohne sie einzuordnen. So erfährt der Leser oft nicht, dass die Bilder von einem anderen Ort stammen oder nicht genau zugeordnet werden können. Kritiker monieren, gerade der Umgang mit den Fotos und die Aufmachung des Buches zeigten, dass es die Autorin nur auf den Skandal zur Steigerung des Verkaufs des Buches angelegt und nicht die öffentliche Debatte im Blick gehabt habe.⁵⁰

Kaum ein Buch der vergangenen Jahre hat eine solche Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt. Das liegt aber nicht allein an der Aufmachung des Buches. Selbst hier spielt die Dynamik des hybriden Krieges Russlands eine indirekte Rolle. Eine der vehement vertretenen Behauptungen vieler Gegner der Publikation lautet, das Buch sei indirekt aus Moskau gefördert worden. Efraim Zuroff erhalte Geld aus Russland. Ziel sei es, durch die Förderung seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Nazijäger Russlands Gegner von heute in Ostmittel- und Osteuropa zu diskreditieren, um die Gesellschaften als „faschistische Tätervölker“ zu brandmarken – ganz so, wie es mit der Stigmatisierung der

⁴⁷ Rūta Vanagaitė: *Mūsiškiai*. Vilnius 2016.

⁴⁸ Liudas Truska: Litauische Historiographie über den Holocaust in Litauen, in: Vincas Bartusevičius u.a.: *Holocaust in Litauen*. Köln 2003, S. 262–276.

⁴⁹ Klaus Richter: Der Holocaust in der litauischen Historiographie nach 1991, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 56/2008, S. 389–416. – Christoph Dieckmann: *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*. Göttingen 2011.

⁵⁰ Arūnas Brazauskas: „Mūsiškiai“ ir trolė Rūta Vanagaitė, 16.1.2016, <www.delfi.lt/news/daily/lithuania/musiskiai-ir-trole-ruta-vanagaite.d?id=70412692>.

Ukrainer als „Bandera-Anhänger“ gelungen sei.⁵¹ Dass es sich dabei um eine unbelegte Behauptung handelt, die Teil eines größeren verschwörungstheoretischen Komplexes ist, liegt in der Natur des hybriden Kriegs.

Es ist nicht relevant, ob die Arbeit direkt oder indirekt aus Russland (mit)finanziert wurde. Allein die öffentliche Unterstellung, dass es eine solche Förderung gegeben habe, lenkt die Diskussion um das Buch in das diskursive Feld des Kriegs, der Annexion der Krim und der spezifisch litauischen Wahrnehmung, nach der es sich um einen Angriff auf die Souveränität aller postsowjetischen Staaten handelt. Damit ist ohne direktes mediales Eingreifen von Russland die Auseinandersetzung der litauischen Gesellschaft mit ihrer eigenen Vergangenheit empfindlich gestört. Schnell erschienen erste russischsprachige Texte im Internet, in denen Litauen in ähnlicher Weise als „protofaschistische Herrschaft“ dargestellt wurde wie die Ukraine seit dem Euromajdan.⁵² Rūta Vanagaitė weigerte sich daraufhin, russischen Journalisten Interviews zu geben. In Litauen wurde sie weiterhin öffentlich als „russische Agentin“ angegriffen.

Trotzdem tritt die Autorin in ganz Litauen zu Lesungen auf. Auch im Schatten des Krieges in der Ukraine findet in Litauen eine Debatte über Geschichte und Erinnerung statt. An den Universitäten entstehen Abschlussarbeiten über sowjetische Strafprozesse gegen Litauer in der Nachkriegszeit. Milda Jakulytė, Autorin eines Holocaust-Atlas, den das staatliche „Jüdische Museum“ herausgab, baut eine Gedenkstätte für die einstige jüdische Gemeinde von Šeduva auf.⁵³ Den Grundstein legte Premierminister Algirdas Butkevičius. Milda Jakulytė erforscht litauische Holocausterinnerung in Amsterdam. Violeta Davoliūtė untersuchte kürzlich die Erinnerung der litauisch-jüdischen Opfer der sowjetischen Deportationen 1941 und erweiterte damit das Wissen über die Opfer der sowjetischen Besatzung und wie sie unter sowjetischer Herrschaft überlebten.⁵⁴ Ein Großteil dieser Initiativen geht von Vilnius und Kaunas aus und wird von dort in andere Orte getragen.

Es bedurfte nicht des Buches „Die Unsrigen“, um diese Entwicklungen anzustoßen. Der hybride Krieg Russlands hat eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch nicht gänzlich unmöglich gemacht. Er hat die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema stark erhöht und vor allem den Kreis der in die Diskussion verwickelten Personen vergrößert.

⁵¹ Nerijus Šepetys: „Būti žydu“ Lietuvoje: Šoa atminimo stiprinimas, pilietinio sąmoningumo ugdymas, o gal . . . naudingų idiotų šou?, 30.5.2015, <www.15min.lt/naujiena/aktualu/istorija/buti-zydu-lietuvoje-soa-atminimo-stiprinimas-pilietinio-samoningumo-ugdymas-o-gal-naudingu-idiotu-sou-582-506253>.

⁵² Mindaugas Jackevičius: Po R. Vanagaitės knygos – puolimas iš Rusijos, 28.1.2016, <www.delfi.lt/news/daily/lithuania/po-r-vanagaites-knygos-puolimas-is-rusijos.d?id=70244218>.

⁵³ Holocaust Atlas of Lithuania: <www.holocaustatlas.lt/EN/>.

⁵⁴ Die Notwendigkeit, diesen Aspekt zu untersuchen, ergab sich aus vorherigen Projekten: Violeta Davoliūtė, Tomas Balkelis: Maps of Memory: Trauma, Identity and Exile in Deportation Memoirs from the Baltic States. Vilnius 2012. – Violeta Davoliūtė: Deportee Memoirs and Lithuanian History: The Double Testimony of Dalia Grinkevičiūtė, in: Journal of Baltic Studies, 1/2005, S. 51–68.

Zuspitzung und Relativierung historischer Argumentationen

Die Verbindung der Ukraine, Belarus und Litauens durch eine staatlich geförderte Erinnerung an das Großfürstentum Litauen herzustellen, war bis 2013 ein symbolischer politischer Akt. Infolge des Euromajdan, der russländischen Annexion der Krim sowie des von Russland initiierten Krieges in der Ostukraine rückte an Stelle der virtuellen Vorstellung von einem gemeinsamen Interesse der Gesellschaften zwischen Ostsee und Schwarzem Meer in Litauen zunehmend die konkrete mediale, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die ukrainische Gesellschaft. Die wachsende Wahrnehmung, dass Russland eine akute Bedrohung darstellt, aktualisierte nicht nur historische Erfahrungen, die im kommunikativen Gedächtnis der litauischen Gesellschaft gespeichert waren. Sie führte auch zu einer Veränderung des öffentlichen Diskursfeldes. Seit 2014 nehmen viele Litauer ihr Land auch als Schauplatz des hybriden Kriegs wahr. Durch den konsequenten Verweis auf die in der Ukraine konkret erfahrbare Bedrohung durch Russland ist es kaum mehr möglich, eine verbindliche gesellschaftliche Wahrheit in einem nachvollziehbaren öffentlichen Verfahren zu suchen, in dem sich Argument und Gegenargument aufeinander beziehen.

Der Verweis auf „Russland“ genügt zur Diskreditierung. Allein die öffentliche Unterstellung, dass eine geschichtspolitische Position Unterstützung aus Russland erhalten habe, lenkt die Debatte in das diskursive Feld des Krieges. Ob es tatsächlich Unterstützung oder Förderung gegeben hat, ist für diese Wirkung irrelevant. Das zeigt der Umgang mit dem Buch „Die Unsrigen“.

Damit ist auch ohne direktes Eingreifen russländischer Medien die litauische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit des 20. Jahrhunderts empfindlich gestört. Statt eine kritische Auseinandersetzung mit den Bruchstellen der eigenen Geschichte zu fördern, verstärkt die Überführung von Geschichtsdebatten in das Feld des hybriden Krieges Tendenzen, die bereits zuvor zu beobachten waren: das politische Denken in Freund-Feind-Kategorien sowie den Versuch, Kontroversen zwar prinzipiell zuzulassen, sie aber nicht auszutragen.

Wie die Entfernung der sowjetischen Figurengruppe von der Grünen Brücke in Vilnius zeigt, erscheint es unter diesen Bedingungen leichter, den Stein des Anstoßes aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, als die Auseinandersetzung über die eigene Verstrickung in die Sowjetisierung der litauischen Hauptstadt öffentlich auszutragen. Der Umgang mit der Gedenktafel für Jonas Noreika zeigt hingegen, dass sehr wohl kontroverse Positionen in Bezug auf das 20. Jahrhundert öffentlich vertreten werden können.

Der Krieg im Osten der Ukraine und die starke litauische Position gegen Russlands Aggression haben dazu beigetragen, dass die Stimmen, die die Verwendung der Totalitarismus-Theorie als ideologisches Fundament litauischer Staatlichkeit kritisieren, weiter marginalisiert werden. Besonders deutlich zeigt sich dies an Rūta Vanagaitė und ihrem Buch. Einerseits hat sie eine breite mediale Diskussion über die litauische Beteiligung am Holocaust ausgelöst. Andererseits wurde die Legitimität dieser Debatte mit dem Verweis auf eine russische Unterstützung der Finanzierung des Buchs öffentlich in Frage gestellt. Damit wird erreicht, dass in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gleichzeitig die Zuspitzung und die Relativierung von Positionen erfolgen. Die Interpretation des 20. Jahrhunderts und insbesondere der deutschen und sowjetischen Herrschaft in Litauen, sind dabei nicht die Ursache, sondern allein die Projektionsfläche für die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Ana Lena Werner

Antiamerikanismus in Aktion

Linke, Rechte und „Querfront“ zur Ukraine

Deutsche Medien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums erklären die USA zu Hauptverantwortlichen für den Krieg in der Ukraine. Die *Junge Welt*, die *Junge Freiheit* und die „Querfront“-Publikation *Compact* unterscheiden dabei kaum zwischen politischer und finanzieller Unterstützung für die neue Regierung und militärischer Intervention. Sie bedienen klassische antiamerikanische Klischees. Während die *Junge Welt* antiimperialistisch und die *Junge Freiheit* geopolitisch argumentiert, folgt *Compact* den in Russland verbreiteten Verschwörungstheorien.

Knapp ein Fünftel der Deutschen gab bei einer Meinungsumfrage im März 2015 den USA die Hauptschuld an dem Krieg in der Ukraine.¹ Dies ist erstaunlich, eskalierte der Konflikt doch, als der Präsident der Ukraine Viktor Janukovyč ein unter seiner Präsidentschaft ausgehandeltes Assoziierungsabkommen mit der EU kurz vor der Unterzeichnung überraschend verwarf und eine Protestbewegung nach Polizeigewalt und Gegengewalt den Sturz Janukovyčs erreichte. Daraufhin besetzte und annektierte Russland die Krim, und Gegner der neuen Regierung in Kiew ergriffen in den Gebieten Donec'k und Luhans'k mit Unterstützung Russlands gewaltsam die Macht. Mit den USA hatte all dies wenig zu tun. Doch in Krisenzeiten haben Ressentiments Hochkonjunktur, und für die stereotypen Deutungsmuster des Antiamerikanismus, die auf einem „meist negativen, oft auch ambivalenten, aber stets vorgefertigten Bild von Amerika“ beruhen, gilt dies offensichtlich in besonderem Maß.²

In Deutschland greifen namentlich die politische Linke, aber auch die Rechte häufig auf diese Deutungsmuster zurück.³ Einschlägige Beispiele sind die Zeitungen *Junge Freiheit*, *Junge Welt* und *Compact*: In ihrer Darstellung und Bewertung der Rolle der USA bei den Ereignissen in der Ukraine seit Anfang 2014 hat sich der antiamerikanische Diskurs besonders verdichtet.

• **Ana Lena Werner** (1986), B.A., Politikwissenschaftlerin, Master-Studierende am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
Der Text ist im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts an der Humboldt-Universität unter der Leitung von Prof. Dr. Silvia Steinsdorff entstanden.

¹ Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom 18. März 2015. Die Grenzen der Propaganda. FAZ, 18.3.2015.

² Tobias Jäcker: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien. Frankfurt/Main 2014, S. 13–21, hier S. 20, 56–58.

³ Axel Birkenkämper: Gegen Bush oder Amerika? Zur Anfälligkeit der Deutschen für Antiamerikanismus. Bonn 2006, S. 95.

Die 1986 gegründete Wochenzeitung *Junge Freiheit* verortet sich rechts,⁴ die aus dem Zentralorgan der FDJ hervorgegangene Tageszeitung *Junge Welt* versteht sich als dezidiert links.⁵ Das Monatsmagazin *Compact*⁶ wird vor allem im Umfeld einer politischen Bewegung gelesen, die rechte und linke Positionen vereinen will.⁷ Diese neue „Querfront“ trat unter anderem bei den ab März 2014 abgehaltenen „Mahnwachen für den Frieden“ vehement gegen jedes westliche Engagement in der Ukraine ein und kritisiert die USA ebenso heftig wie oft irrational.⁸

Eine besonders hohe Dichte an einschlägigen Artikeln findet sich zur Zeit der Annexion der Krim durch Russland im Frühjahr 2014. Für die folgende Analyse wurden insgesamt 33 Artikel aus dem Zeitraum von Februar bis April 2014 ausgewertet, darunter je acht aus der *Jungen Freiheit* und *Compact* sowie 17 aus der *Jungen Welt*. Untersucht wurden nur Kommentare der jeweiligen Online-Ausgabe ohne grafische Darstellungen.⁹ Alle Medien folgen bekannten antiamerikanischen Deutungsmustern und interpretieren das Engagement der USA in der Ukraine als militärische und ökonomische Expansion, die im Widerspruch zu völkerrechtlichen und demokratischen Normen stehe. Je nach ihrer politischen Verortung heben sie allerdings unterschiedliche Aspekte dieses behaupteten Zusammenhangs hervor.

„Der eigentliche Grund der USA“ – Krieg und Ökonomie

Militärische Interventionen der USA werden aus antiamerikanischer Sicht zuvorderst so gedeutet, dass sie einzig der Stärkung der US-Wirtschaft dienen sollen. Demokratische oder menschenrechtliche Motive gelten prinzipiell als vorgeschoben.¹⁰ Besonders deutlich zeigt dies die Parole „Kein Blut für Öl“, die vor allem während der von den USA geführten Militärintervention gegen den Irak 1991 und während des Irakkriegs

⁴ Die Auflage der *Jungen Freiheit* (im Folgenden: JF) beträgt laut Angaben der Informationsgesellschaft zur Verbreitung von Werbeträgern e.V. 25 868 verkaufte Exemplare, <www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/8020>. – Zur Einordnung der Publikation: Klaus Kornxel: Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift *Junge Freiheit*. München 2008.

⁵ Die verkaufte Auflage der *Jungen Welt* (im Folgenden: JW) betrug im Mai 2015 laut Eigenangaben rund 19 000 Exemplare, <www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2015/05-30/033.php>. – Zur Einordnung siehe Norman Bock: Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „Junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus. Baden-Baden 2014, S. 92 und 104.

⁶ Die verkaufte Auflage von *Compact* beträgt laut Eigenangaben rund 41 000 verkaufte Exemplare; Werben in *Compact*, <www.compact-online.de/werben-in-compact>. – Zum Verhältnis zwischen *Compact* und den „Mahnwachen für den Frieden“: Die ganz eigene Welt der Montagsdemonstranten. *Zeit Online*, 22.4.2014.

⁷ Priska Daphi et al.: Montagsmahnwachen für den Frieden. Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 3/2014, S. 24–31, hier S. 26f.

⁸ Laura-Luise Hammel: Antisemitische und antiamerikanische Verschwörungstheorien. Eine Diskursanalyse im Umfeld der „Mahnwachen für den Frieden“ im Frühjahr 2014. Mainz 2015 (Magisterarbeit), S. 40 und 105.

⁹ Zur besonderen Funktion von Kommentaren Albrecht Lüter: Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen. Wiesbaden 2008, S. 11–26. – Für die Untersuchung, die im Sinn einer kritischen Diskursanalyse verfährt, wurden gezielt Artikel ausgewählt, welche die Vorkommnisse in der Ukraine mit den USA in Verbindung bringen.

¹⁰ Birkenkämper, Gegen Bush oder Amerika? [Fn. 3], S. 110–112.



Kompaktes Weltbild: Compact-Ausgaben vom April und August 2014

und der Besetzung des Irak durch die USA von 2003–2011 Verbreitung fand.¹¹ Dieses Muster wird auch auf die Ukraine angewendet, obwohl es hier – anders als im Irak – keine militärische Intervention der USA gab. Stattdessen gab es sowohl vor dem Beginn der Krise als auch danach eine ökonomische Zusammenarbeit insbesondere der EU und der Ukraine.¹² Dennoch verbuchten 17 der 33 analysierten Artikel die militärische Eskalation im Osten der Ukraine auf das Konto der USA.

Für die *Junge Freiheit* ist die Situation klar: „Es geht in der Ukraine tatsächlich nicht um Öl, es geht diesmal um Gas“ – gemeint ist Erdgas-Fracking. Man habe es hier mit einer ökonomischen Expansion der USA zu tun: „Es liegt der Verdacht nahe, dass jenseits aller demokratischen Rhetorik die USA in der Ukraine-Krise fest die wirtschaftspolitischen Interessen ihrer expandierenden Energiekonzerne im Auge haben“, nämlich die Ausbeutung von Schiefergaslagern in der Ukraine, an denen besagte Konzerne sich die Rechte gesichert hätten.¹³ „Die Herauslösung der Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands und ihre Anbindung an Westeuropa sollen auch der politischen Absicherung dieser Verträge dienen.“¹⁴ Allerdings sieht der zitierte Artikel auch in Russland vor allem ökonomische Interessen am Werk.

¹¹ Ebd., S. 92.

¹² Veronika Movčan: Aus dem Zwischenraum. Ukraine: Handelsverflechtungen und Außenpolitik, in: OSTEUROPA, 1–2/2015, S. 159–169.

¹³ Milliardenpoker um Kiew. JF, 21.3.2014. – Zum Potential der Schiefergasförderung und den Bedenken ukrainischer NGOs: Robert Sperfeld: Schiefergas in der Ukraine, 23.10.2013, <www.boell.de/de/2013/10/23/schiefergasfoerderung-der-ukraine>.

¹⁴ Milliardenpoker um Kiew [Fn. 13].

Für die Autoren von *Compact* ist der Zusammenhang von politischen Umwälzungen in der Ukraine und ökonomischen Interessen der USA ebenfalls offensichtlich: „Die Ukraine soll Teil der NATO werden, um Moskau immer weiter zu schwächen und die gesamte Region wieder unter die Kontrolle derer zu bringen, die im internationalen Öl- und Gasgeschäft sind und dann nur gegen Dollar verkaufen“, schreibt Ken Jebsen am 4. März 2014. Nachdem Russland und China diese Bindung zu lockern versucht hätten, stehe nun die Hegemonie der USA auf dem Spiel – deshalb werde in der Ukraine, analog zum „Krieg um Öl“ im Irak ein Krieg um Gas geführt („Wer versucht, sich beim Ölhandel vom Dollar zu trennen, bekommt Besuch. Das war der eigentliche Grund der USA, den Irak platt zu machen“).

Insbesondere im Konflikt um die Krim wird die amerikanische Seite als Aggressor dargestellt: „In Washington wünscht man sich nichts mehr, als dass die Krim und damit der wichtigste russische Marinestützpunkt Sewastopol an den Westen fällt. Hier würde nach dem Verlust für Russland bald die US-Navy ihre Schiffe parken.“¹⁵ Jebsen schreibt dies zu einem Zeitpunkt, als die Nutzung des zur Ukraine gehörigen Marinestützpunkts Sewastopol durch Russland auf einem Vertrag basierte, den, so die Befürchtung in Russland, die neuen Machthaber in Kiew kündigen könnten. Dennoch unterstellt Jebsen ökonomische und zynisch-machtpolitische Motive allein den „wünschenden“ USA, nicht dem militärisch agierenden Russland. Damit liegt er auf der Linie der Mehrheit der *Compact*-Artikel zum Thema. Im Hintergrund der destruktiven Aktivitäten der USA, so Jebsen, stünden die „beiden großen Menschenrechtsorganisationen ExxonMobile und Chevron“, zwei Energiekonzerne.¹⁶ Auch die *Junge Welt* erwähnt Fracking-Interessen der USA, allerdings weniger prominent als die beiden anderen Medien. Eine Ausweitung der Technologie auf den europäischen Markt würde zwar die europäischen Staaten zwingen nachzuziehen, diese fügten sich allerdings gern den Wünschen Washingtons – zum Nachteil der russischen Energiewirtschaft.¹⁷

„Völkerrechtsnihilismus“ – Recht und Demokratie

Ein zweiter zentraler Topos neben den rein ökonomischen Interessen der USA, die am Ursprung zahlreicher internationaler Konflikte stünden, ist der Vorwurf, die USA pflegten ein falsches bzw. heuchlerisches (Völker-)Rechts- und Demokratieverständnis. Die untersuchten Zeitungen setzten die Krise in der Ukraine wiederholt mit vorangegangenen militärischen Interventionen der USA in Beziehung, die sie als völkerrechtswidrig verstehen. War die deutsche Sicht auf das amerikanische Demokratie- und Rechtsverständnis schon zuvor nicht frei von negativen Stereotypen und Ressentiments – die

¹⁵ Merkel entdeckt ihr Herz für das Völkerrecht! In: *Compact*, 4.3.2014.

¹⁶ Schwer-KRIM-minelle, in: *Compact*, 27.3.2014, <<https://www.compact-magazin.com/schwer-krim-minelle/>>. – *Chevron* und der zunächst ebenfalls involvierte Konzern *Shell* haben sich aus den Explorationsvorhaben in der Ukraine inzwischen zurückgezogen – wegen deutlich gesunkener Ausbeuteerwartungen und ausbleibender Zusagen von Steuervergünstigungen; *Chevron* zieht sich aus Schiefergas-Deal mit der Ukraine zurück, 2.1.2015, <www.chemietechnik.de/chevron-zieht-sich-aus-schiefergas-deal-mit-der-ukraine-zurueck>. – Siehe auch: Shell to withdraw from shale gas exploration in eastern Ukraine, in: *Financial Times*, 11.6.2015, <www.ft.com/intl/cms/s/0/0c66011e-104a-11e5-bd70-00144feabdc0.html#axzz49TT31Dmk>.

¹⁷ *Gunst der Stunde*. *JW*, 22.3.2014.

USA, so eine häufige Behauptung, agierten scheinheilig und willkürlich oder pflegten gar einen „demokratischen Faschismus“¹⁸ –, so steigert sich diese Voreingenommenheit im Frühjahr 2014 noch. Mehr als die Hälfte der untersuchten Artikel erhebt entsprechende Vorwürfe auch in Bezug auf die Unterstützung der USA für die Protestierenden auf dem Majdan sowie die Übergangsregierung der Ukraine. Diese Unterstützung wird auf dieselbe Ebene gestellt wie eine militärische „Intervention“ und damit sowohl aus (völker-)rechtlicher als auch aus politischer Perspektive abgelehnt. Der Vorwurf des Völkerrechtsbruchs richtet sich zum allergrößten Teil einseitig gegen die USA, nicht jedoch gegen Russland.

Die *Junge Welt* geht davon aus, dass die vorgeblichen Investitionen der USA in die Stärkung der Demokratie in der Ukraine die Gründung einer „Bürgerkriegsarmee“ ermöglicht habe. Konkret, so die auffallend sarkastische Formulierung, gingen die Zuwendungen an „die Putschisten“, die „um weitere Förderung der Demokratie gebeten“ hätten, „d.h. um Waffen, Munition und die Übermittlung von Geheimdienstinformationen“.¹⁹ Schließlich sei die Übergangsregierung „maßgeblich von rechtsextremen Gruppierungen beherrscht“.²⁰ USA und NATO betrieben „in den Konflikten der letzten 15 Jahre – von Jugoslawien über Afghanistan und den Irak bis zu Libyen“ eine Politik des „Völkerrechtsnihilismus“, so zitiert Reinhard Lauterbach zustimmend Vladimir Putins Rede zur Eingliederung der Krim in die Russländische Föderation vom März 2014.²¹ Diese Konstante amerikanischer Politik zeige sich auch in der Ukraine, denn „es waren die USA, das nordatlantische Bündnis und die EU, die dadurch [nämlich durch die Anerkennung der Übergangsregierung in Kiew] faktisch einen Teil der Ukraine unter ihren Einfluss unter Bruch des Völkerrechts und der ukrainischen Verfassung brachten. Die ‚Übergangsregierung‘ in Kiew wurde von niemandem gewählt, sondern mit ungesetzlichen, gewalttätigen Mitteln an die Stelle der alten Staatsführung gesetzt“.²² In der Invektive „Fuck the EU“, einem Zitat aus einem abgehörten Telefonat von Victoria Nuland, der für Europa und Eurasien zuständigen Assistant Secretary of State, mit dem amerikanischen Botschafter in der Ukraine, sieht die *Junge Welt* den „Schlachtruf der US-Anlagestrategie“.²³

Was den Majdan betrifft, ist sich Ken Jebsen in *Compact* sicher, dass die USA „rund fünf Milliarden in die Destabilisierung der Ukraine investiert“ hätten.²⁴ „Diese Summe wurde von der US-Diplomatin Victoria Nuland zugegeben. Geld für einen Staatsstreich. Hinter den Marionetten, dem Boxer Klitschko aus Deutschland und dem Banker Jazenjuk aus Kiew, stecken die USA.“²⁵ Auch die *Junge Freiheit* sieht in der Ukraine ein Beispiel dafür, „wie wenig sie [die USA] sich um das Völkerrecht oder den Grundsatz der ‚Unverletzlichkeit der Grenzen‘ scheren“: Allein durch ihre Unterstützung der Übergangsregierung hätten sie bereits die ukrainische Verfassung außer Kraft gesetzt und den

¹⁸ Jäcker, Hass, Neid, Wahn [Fn. 2], S. 68 und 78.

¹⁹ Bewaffnete Nachbarn. JW, 15.3.2014.

²⁰ Argumentationsfalle. JW, 8.3.2014.

²¹ Putins rote Linie. JW, 19.3.2014.

²² Der Aggressor heißt NATO. JW, 7.4.2014.

²³ Bewaffnete Nachbarn [Fn. 19].

²⁴ Eine Aufschlüsselung dieser Zahl, die die zwischen 1991 und 2014 geflossene Unterstützung beziffert, bieten etwa Alice Bota, Kerstin Kohlenberg: Haben die Amis den Maidan gekauft? Die Zeit, 13.5. 2015, <www.zeit.de/2015/20/ukraine-usa-maidan-finanzierung/seite-2>.

²⁵ Schwer-KRIM-minelle [Fn. 16].

Krim-Konflikt angestoßen.²⁶ Insgesamt spielt der Vorwurf des Völkerrechtsbruchs in der Argumentation der *Jungen Freiheit* allerdings eine geringere Rolle als bei *Junger Welt* und *Compact*.

„Washingtons Spiel“ – Eigen- und Fremdwahrnehmung

Drei Viertel der untersuchten Artikel konstatieren einen bedrohlichen Machtausbau der USA, der vor allem auf zwei Wegen funktioniert: militärisch mittels der von den USA dominierten NATO, ökonomisch durch die Globalisierung, die als rein US-amerikanisches Projekt verstanden wird.²⁷ Immer wieder taucht dabei die Metapher des „Spiels“ in unterschiedlichen Varianten auf: Sie bestimmt maßgeblich die Rollenverteilung zwischen Eigen- und Fremdgruppe. Zum einen charakterisiert sie ein leichtsinniges, unverantwortliches politisches Agieren der USA, das im Widerspruch stehe zu einer ernsten, gefährlichen Realität. Zum anderen ist „Washingtons Spiel“ auch als Schauspiel zu verstehen, in dem den Nordamerikanern die Rolle des Regisseurs zukommt, den deutschen bzw. (ost-)europäischen Akteuren dagegen nur die der Schauspieler oder gar Marionetten.

Anti-amerikanische Deutungsmuster sind, wie andere Ressentiments auch, eine einfache Orientierungshilfe in einer komplexen, widersprüchlichen Realität, die den Einzelnen mit Unbehagen erfüllt: Schuldige werden gefunden, eindeutige Projektionen auf Andere helfen, den eigenen Anteil an dieser Realität zu leugnen.²⁸ Stereotypen helfen, die Welt zu erklären, sie strukturieren Eigen- und Fremdwahrnehmung.²⁹ Speziell im Zusammenhang mit dem Topos des „Machtspiels“ und der amerikanischen Übermacht wird diese Funktion im Diskurs der drei untersuchten Zeitungen besonders deutlich. In ihrer Berichterstattung über die Rolle der USA in der Ukraine verbinden sich Motive des Strebens nach Weltherrschaft und des Meinungskartells.³⁰ Den negativen Attributen, mit denen die USA bedacht werden, steht die positive Selbsteinschätzung der jeweiligen Medien und ihrer Leserschaft gegenüber. Alle drei sehen sich in Opposition zu den angeblich von den USA beeinflussten „Mainstream-Medien“ und sehen in dieser vermeintlichen amerikanischen Übermacht eine Gefahr, weil sie die Friedfertigkeit von Europäern im Allgemeinen und von Deutschen und Russen im Besonderen unterdrücke.³¹ Anders als noch in der Debatte um die militärische Intervention im Irak sind es heute allerdings nicht mehr Deutschland oder Europa insgesamt, denen

²⁶ Der Kalte Krieg geht weiter. JF, 4.4.2014.

²⁷ Vergleiche dazu auch Kornexel, Das Weltbild der Intellektuellen Rechten [Fn. 4], S. 422f. – Jäcker, Hass, Neid, Wahn [Fn. 2], S. 130–134.

²⁸ Jäcker, Hass, Neid, Wahn [Fn. 2], S. 364 und 373.

²⁹ Ebd., S. 29.

³⁰ Dass die verschwörungstheoretisch grundierte Darstellung sowohl der US-Medienlandschaft als auch der deutschen Medien nicht erst 2014 einsetzt, zeigt Britta Schellenberg: Lügenpresse? „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ in den Medien, in: Wolfgang Frindte et al. (Hg.): Rechts-Extremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden 2016, S. 309–339, hier S. 309f. – John David Seidler: Die Verschwörung der Massenmedien. Eine Kulturgeschichte vom Buchhändler-Komplott bis zur Lügenpresse. Bielefeld 2016, S. 10f. – Jäcker, Hass, Neid, Wahn [Fn. 2], S. 69f.

³¹ In den Debatten um die militärische Intervention im Irak war dies ein wesentliches Element der europäischen Identitätsbildung; Barbara Fried: Anti-amerikanismus als Kulturalisierende Praxis. Von „Europäischer Identität“ und „Amerikanischen Verhältnissen“. Münster 2014, S. 150–155.



Nachrichten von der Querfront. Compact-Magazin vom März 2015

diese moralische Überlegenheit zugeschrieben wird, sondern nur die „Opposition zum Mainstream“, in der die drei Zeitungen sich gemeinsam mit Russland sehen. Die Geringschätzung dieser „Mainstream-Presse“ schärft und stärkt zugleich das Selbstbild der jeweiligen Zeitung und ihrer Leserschaft.

Die *Junge Freiheit* stellt die Ereignisse in der Ukraine in den Kontext größerer machtpolitischer Fragen: Die Politik der USA verfolge „nach wie vor das gleiche Ziel: Russland zu schwächen und einzukreisen, indem seine Nachbarn destabilisiert oder aber unter NATO-Kontrolle gebracht werden“.³² Sie laufe „auf die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten und Lebensformen sowie auf die weltweite Durchsetzung des American way of life hinaus“; dies geschehe schlimmstenfalls durch Interventionskriege.³³ In Überschriften wie „Milliardenpoker um Kiew“ unterstreicht die Zeitung gleichzeitig den „gefährlichen Leichtsinn“ des US-amerikanischen Vorgehens.³⁴ Die deutsche Rechte sieht sie demgegenüber als ernsthafte Kämpferin gegen die „Weltherrschaft der USA“,³⁵ deren drohende Verwirklichung sie als „Alptraum“³⁶ bewertet. Die „Mainstream-Presse“ wird in der *Jungen Freiheit* als Befehlsempfängerin der NATO und des Pentagon abqualifiziert, trotz der „geschätzten 80 Prozent Andersdenkenden“. Ziel sei es, gegen Putin zu hetzen, um die Bevölkerung „opferbereit“ zu stimmen.³⁷

Als Gegenstrategie schlägt die *Junge Freiheit* eine Kooperation der europäischen Staaten mit Russland vor, in der keine Seite in der Lage wäre, „die andere zu dominieren“, beide gemeinsam aber „den amerikanischen Druck [. . .] neutralisieren“ könnten.³⁸ Die Zeitung sieht Russland als realpolitisches Gegengewicht zu den USA und zeigt Verständnis für russischen Patriotismus und Machtpolitik. Einige wenige Artikel stehen jedoch dem russischen Zugriff auf den souveränen Nationalstaat Ukraine auch skeptisch gegenüber.

Nach Überzeugung der Autoren der *Jungen Welt* sehen die USA in der Ukraine ein „Krisenpotential“, das Washington „hoch- oder runterfahren kann, falls Russland dem US-Hegemon bei der Durchsetzung seiner Weltordnungspläne weiterhin Schwierigkeiten macht“.³⁹ Militärische Intervention sei eines der Mittel, mit denen diese Pläne durchgesetzt würden.⁴⁰ Die USA seien dabei, mit „imperialistischem Appetit“ den Kalten Krieg fortzusetzen. Wenn sie die Ukraine nicht ganz übernehmen könnten, wollten sie sie zumindest „langfristig [. . .] und permanent“ destabilisieren.⁴¹ Das Ziel sei eine „Wiederaufwertung der Allianz“⁴² (also der NATO). Damit „wären die USA in der europäischen Sicherheitspolitik und somit auch in Wirtschaft und Politik des Kontinents erneut für viele Jahre dominant“.⁴³ Unter der Überschrift „NATO-Doping. Washingtons Spiel in der Ukraine“ wird der ukrainische Ministerpräsident Jacenjuk als „Marionette

³² Der Kalte Krieg geht weiter [Fn. 26].

³³ Den Druck neutralisieren. JF, 21.3.2014.

³⁴ Milliardenpoker um Kiew [Fn. 13].

³⁵ Der Kalte Krieg geht weiter [Fn. 26].

³⁶ Den Druck neutralisieren [Fn. 33].

³⁷ Der Zorn wächst. JF, 4.4.2014.

³⁸ Den Druck neutralisieren [Fn. 33].

³⁹ Viel Konfliktstoff. JW, 28.2.2014.

⁴⁰ Der Aggressor heißt NATO [Fn. 22].

⁴¹ Bewaffnete Nachbarn [Fn. 19].

⁴² NATO-Doping. JW, 9.4.2014.

⁴³ Ebd.

der USA“ bezeichnet.⁴⁴ Auch die *Junge Welt* moniert die „Doppelzüngigkeit westlicher Hetzmedien“, welche die russische Politik in der Ukraine diffamierten, und auch sie schlägt ein Zusammengehen mit Russland vor: „Die einzige Chance zur Verteidigung des Friedens besteht in der Annäherung an Russland. Die Russische Föderation ist die Schutzmacht des Friedens in Europa“.⁴⁵ Deutschland, Europa und der Westen werden allerdings auch wegen ihrer imperialistischen Politik gegenüber Osteuropa und Russland kritisiert.

Das Monatsmagazin *Compact* geißelt die nordamerikanische Dominanz in noch drastischerer Form: Europa erscheint hier als „EU-nuch“ unter US-Herrschaft.⁴⁶ Treibende Kraft hinter der aggressiven Politik der USA sei das amerikanische Federal Reserve System (FED), das „auch während der beiden großen Weltkriege mit die Strippen zog“.⁴⁷ *Compact* charakterisiert sämtliche Medien und Politiker mit Ausnahme der eigenen Gesinnungsgenossen als Marionetten der USA⁴⁸ und insinuiert noch direkter als die anderen beiden Zeitungen ein auswärtiges „Spiel“ der USA auf dem europäischen Kontinent, das in die Katastrophe zu führen drohe. Schließlich seien „Energiekonzerne [. . .] der Boss am Set“.⁴⁹ Das Ziel der USA ist auch hier klar ökonomischer Natur: „Und das alles, damit die Ukraine als neues NATO-Land direkt vor den Toren Russlands aufgebaut werden kann. Und in Zukunft Moskau ausgeschlossen sein wird vom europäischen Gasmarkt.“⁵⁰ Als Fazit bleibt:

Europa kann auf Krieg verzichten. Wir spielen alle im selben Team. Und zu diesem Team gehört auf jeden Fall auch Russland und die Russische Föderation. Russland ist unser Nachbar. [. . .] Wir können Moskau oder Kiew über den Landweg erreichen. Beide Städte sind uns viel näher als D.C. oder Hollywood.⁵¹

Fazit

Die einzelnen Aspekte der Negativcharakteristik der USA, die in den untersuchten Zeitungen im Zusammenhang mit der Ukraine auftauchen, sind allesamt nicht neu. Sie sind im Wesentlichen identisch mit den antiamerikanischen und verschwörungstheoretischen Stereotypen der russländischen Propaganda.⁵² Das ist insofern nicht erstaunlich, als die Zeitungen sich vielfach auch explizit auf Russlands Seite stellen. Unabhängig davon kursieren dieselben Stereotypen aber auch in der deutschen politischen Debatte.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Der Aggressor heißt NATO [Fn. 22].

⁴⁶ EU-nuchen! In: *Compact*, 8.3.2014.

⁴⁷ „Sie sind klassische Schreibtischtäter, die Faulheit voneinander abschreiben“, in: *Compact*, 30.4.2014.

⁴⁸ Für Ken Jebsen etwa steht fest, dass amerikanische Energiekonzerne „Volksvertreter und Presse kaufen. Verdeckt natürlich.“ Siehe: Merkel entdeckt ihr Herz für das Völkerrecht! [Fn. 15].

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Grüne Maulkorb-Demokratie! In: *Compact*, 21.3.2014.

⁵¹ Merkel entdeckt ihr Herz für das Völkerrecht! [Fn. 15].

⁵² Lev Gudkov: Antiamerikanismus in Putins Russland. Schichten, Spezifika, Funktionen, in: *OSTEUROPA*, 4/2015, S. 73–97. – Il’ja Jablovkov: Feinde, Verräter, Fünfte Kolonnen. Verschwörungstheorien in Russland, in: *OSTEUROPA*, 4/2015, S. 99–114.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten und auffälliger personeller Überschneidungen⁵³ bleiben gewisse Unterschiede zwischen den drei Publikationen sichtbar: Die *Junge Freiheit* erklärt Konflikte vor allem als geopolitische Auseinandersetzungen und betont besonders die Bedrohung der nationalen Souveränität und Kultur der europäischen Staaten durch die USA. Die *Junge Welt* argumentiert stärker antiimperialistisch und kritisiert insbesondere die fortgesetzten Verstöße der USA gegen das Völkerrecht und ihr mangelhaftes Demokratieverständnis. *Compact* verbindet beide Ansätze zu einem verschwörungstheoretischen Konglomerat, in dem auch antisemitische Motive anklingen.⁵⁴ Die Kommunikationsformen des Internet haben einen beträchtlichen Raum für verschwörungstheoretische und ressentimentbehaftete Äußerungen geschaffen.⁵⁵ Im Umfeld der *Mahnwachen für den Frieden* und der *Pegida*-Bewegung hat dieser Raum sich unter dem Begriff der „Querfront“, der Offenheit nach rechts wie links signalisiert, auch auf die Straßen deutscher Städte ausgedehnt.⁵⁶ Diese Bewegungen richten sich nicht nur gegen den vermeintlich übermächtigen Einfluss der USA, sondern auch gegen die deutsche Regierung und das bestehende politische System.⁵⁷ Das Ressentiment, das sie artikulieren, entspringt, wie Tobias Jäcker treffend zum Antiamerikanismus bemerkt, häufig „einem tiefen Unbehagen an gesellschaftlichen Zuständen“ – die es letztlich aber nicht ändert, sondern „nur mystifiziert, reproduziert und damit zementiert.“⁵⁸

⁵³ So beispielsweise *Junge-Welt*-Autor Rainer Rupp, zweithäufigster JW-Autor des Samples, der auch für „Ken FM“ schreibt, ein dezidiertes Querfront-Medium, das von Ken Jebsen gegründet wurde. Von Jebsen wiederum stammt auch die Mehrzahl der *Compact*-Texte zur Ukraine.

⁵⁴ Dies zeigt sich insbesondere bei den Vorwürfen gegen die „Lügenpresse“ immer wieder; Hammel, Antisemitische und antiamerikanische Verschwörungstheorien [Fn. 8], S. 105.

⁵⁵ Seidler, Die Verschwörung der Massenmedien [Fn. 30], S. 10 und 20.

⁵⁶ Wolfgang Storz: „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. 2015, S. 10, <www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP18_Storz_2015_10_19.pdf>.

⁵⁷ Ist ein Galgen schlimmer als die Guillotine? Die Welt, 13.10.2015.

⁵⁸ Jäcker, Hass, Neid, Wahn [Fn. 2], S. 369.

Lisa Bührmann

Modifizierte Stereotypen

Russland und die Krim-Annexion in der Karikatur

Karikaturen zu Russlands Annexion der Krim in der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und dem *Tagesspiegel* zeichnen ein differenziertes Russlandbild. Einerseits kommen sie ohne historische Stereotypen nicht aus. Mitunter sind sie der Logik des Ost-West-Konflikts verhaftet. Andererseits arbeiten die Karikaturisten mit Mitteln, die die dargestellte Bedrohung durch Russland ironisch brechen.

Stereotypen, also Vorurteile oder Vorstellungen, denen keine eigene Erfahrung oder Verifizierung an der Realität, sondern sozial vermittelte Bilder vorausgehen, sind wichtige Elemente der Karikatur.¹ Die Karikatur arbeitet mit Übertreibung, Reduktion, Metaphern und Symbolen, um ein komplexes Thema zu visualisieren, damit es der Rezipient möglichst schnell erfassen kann. Dabei ist die Karikatur auf den Gebrauch von Stereotypen angewiesen, denn sie verleihen ihr den verallgemeinernden und komplexitätsreduzierenden Charakter.²

Das deutsche Russlandbild ist Ausdruck von ambivalenten und oft widersprüchlichen Stereotypen, die in den letzten beiden Jahrhunderten immer wieder in Erscheinung traten. Ein Element, das das deutsche Russlandbild beeinflusst, ist die unterschiedliche sozio-ökonomische Entwicklung des Landes. In Deutschland wird diese seit dem 18. Jahrhundert auf zwei unterschiedliche Weisen interpretiert: Die eine sieht Russland als ein rückständiges Land, das Deutschland wirtschaftlich, technologisch und zivilisatorisch unterlegen sei. Die Gesellschaft sei korrupt, die Wirtschaft ineffizient. Die andere begreift gerade diese Rückständigkeit als Chance, da Russland ein junges und unbeeinflusstes Land sei. Russlands Kultur und die Zivilisation bilden ein zweites, das deutsche Russlandbild prägendes Element: Russland sei ein barbarisches Land unter einer unge-sitteten Tyrannei, dessen Kultur-niveau niedrig sei. Gleichzeitig gelten „die Russen“ als gastfreundlich, gutmütig, gefühlsbetont, spirituell, tapfer und trinkfest. Zudem erfreuen sich die russische Literatur, Musik und Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts höchster Wertschätzung im Westen.

Lisa Bührmann (1991), B.A. Sozialwissenschaften, Master-Studierende am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
Der Text ist im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts an der Humboldt-Universität unter der Leitung von Prof. Dr. Silvia Steinsdorff entstanden.

¹ Walter Lippmann: Die öffentliche Meinung. München 1964, S. 61–65.

² Angelika Plum: Die Karikatur im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Eine ikonologische Untersuchung zu Feindbildern in Karikaturen. Aachen 1998, S. 99. – Haimo L. Handl: Stereotypie in der Massenkommunikation am Beispiel von Karikaturen. Angewandte Sozialforschung, 1–2/1990/91, S. 101–108, hier S. 101.

Schließlich stellt Russlands machtpolitische Überlegenheit eine weitere Facette des deutschen Russlandbildes dar. Die Größe, die militärische Stärke und die imperialen Bestrebungen Russlands erschienen beim Eintritt des Zarenreichs in die europäische Politik zu Beginn des 18. Jahrhunderts als eine direkte Bedrohung. Nach der Revolution 1917 kam die innenpolitische Angst vor dem sozialen Umsturz hinzu. Allerdings sahen, wenn auch nur wenige, preußische Konservative des 19. Jahrhunderts und kommunistische Linke des 20. Jahrhunderts das mächtige Russland als einen zuverlässigen Partner an.³

Die Annexion der Krim, die Inkorporation der Halbinsel in die Russländische Föderation am 18. März 2014 sowie Russlands Intervention in der Ostukraine lösten in der deutschen Öffentlichkeit kontroverse Diskussionen aus.⁴ Insbesondere die Annexion veranlasste die Karikaturisten, zur Feder zu greifen: Zwischen Februar und Mai 2014 erschienen in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ), der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und im *Tagesspiegel* insgesamt 47 Russland-Karikaturen.⁵ 21 und damit am meisten brachte der *Tagesspiegel*, 18 die SZ und acht die FAZ. In den drei Zeitungen erfüllen Karikaturen unterschiedliche Funktionen. Während Karikaturen in der FAZ hauptsächlich als Illustrationen eines Textes dienen und mit einem doppelten Sinn arbeiten, sind Karikaturen aus der SZ und dem *Tagesspiegel* in der Regel vom Text unabhängig. Dabei haben jene aus der SZ eher einen kommentierenden und jene aus dem *Tagesspiegel* einen humoristischen Charakter.

In auffallend vielen Karikaturen (33) fungiert Vladimir Putin als Personifizierung Russlands. Daneben wird in drei Karikaturen das Bild des Bären und in zwei Karikaturen das der Matroschka zur Charakterisierung Russlands herangezogen. Am häufigsten greifen die Karikaturisten zu militärischer Symbolik (20), zur Spielsymbolik (10) sowie Tiersymbolik (9). Damit bringen sie verschiedene Charakterbilder zum Ausdruck.

Schach dem Westen

In der Karikatur von Klaus Stuttmann,⁶ die der *Tagesspiegel* am 4. März 2014 brachte, verschmelzen die beiden häufigsten Kollektivsymboliken: die Militär- und die Spielsymbolik. Die Karikatur ist auch deswegen repräsentativ, da sie das am häufigsten dargestellte Charakterbild aufgreift: Vladimir Putin.

³ Hans-Henning Schröder: „Tiefste Barbarei“, „höchste Civilisation“. Stereotype im deutschen Russlandbild, in: OSTEUROPA, 10/2010, S. 83–100, hier S. 99.

⁴ Pavel Felgengauer: Operation „Russische Krim“: Wer zuerst schießt, verliert, in: OSTEUROPA, 1/2014, S. 3–5. – Otto Luchterhandt: Die Krim-Krise von 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 61–86, hier S. 61–62. – Volodymyr Motyl: Annexion der Krim und Anwendung militärischer Gewalt durch Russland gegen die Ukraine: Gibt es eine völkerrechtliche Rechtfertigung dafür? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 8/2015, S. 315–325, hier S. 316–317.

⁵ Diese Tageszeitungen wurden ausgewählt, da sie ein relativ breites Meinungsspektrum repräsentieren und regelmäßig Karikaturen veröffentlichen.

⁶ Klaus Stuttmann (1949) studierte Kunstgeschichte in Tübingen und Berlin. Zunächst arbeitete er als freischaffender politischer Karikaturist, Layouter, Illustrator und Plakatemacher. Seit 1990 ist er ausschließlich als tagespolitischer Karikaturist tätig, u.a. für die *taz*, die *Leipziger Volkszeitung*, den *Freitag* sowie seit 2003 täglich für den *Tagesspiegel*. Klaus Stuttmann, Karikaturist, <www.stuttmann-karikaturen.de/mich>.



Tagesspiegel, 4.3.2014

Die Karikatur zeigt Vladimir Putin und Barack Obama an einem Tisch mit einem Spielbrett und Spielfiguren, die aus Panzern und Schiffen der Marine bestehen. Putin betrachtet das Spielbrett und konzentriert sich gänzlich auf das Spiel, er ist am Zug. Putins Ausruf „Schach!“ zeigt, dass sein Zug erfolgreich war und er kurz davor ist, den Gegner matt zu setzen. Durch Putins Darstellung als fokussierter und erfolgreicher Spieler des landläufig als kompliziert geltenden Spiels, bei dem im Gegensatz zu Glücksspielen wie Mensch-ärgere-dich-nicht strategisches Denken im Vordergrund steht, wird er als intelligent, kalkulierend, ehrgeizig und taktisch gewieft charakterisiert. Überdies knüpft die Karikatur an das Stereotyp über die Russen an, dass sie ausgezeichnete Schachspieler seien. Tatsächlich dominierten russische und sowjetische Groß- und Weltmeister über weite Strecken des 20. Jahrhunderts und damit auch während des Ost-West-Konflikts das Schach.

Barack Obama hingegen wirkt in der Karikatur eher unkonzentriert, sogar leicht abgelenkt, da er den Blick nicht auf das Spielbrett richtet. Stattdessen scheint er von Putins Aktion überrascht zu sein, was sich zum einen an seinen weit aufgerissenen Augen, die Putin anstarren, zum anderen an seinem Ausruf „Schach?! Ich dachte, wir spielen Mensch-ärgere-dich-nicht?!“ zeigt. Die Kombinationen aus Fragezeichen und Ausrufezeichen in seinem Ausruf unterstreichen diese Wirkung. Obamas Annahme, dass beide Mensch-ärgere-dich-nicht spielen, obwohl die Anordnung und die Farben der Spielfiguren eindeutig auf Schach hinweisen, lässt ihn als begriffsstutzig und lächerlich erscheinen.

Das Schachbrett, das den Mittelpunkt der Karikatur bildet und Russland und die USA voneinander trennt, symbolisiert die Ukraine mit der Krim und dem angrenzenden Meer, wo – so die von manchen Beobachtern vertretene These – eine Westorientierung der Ukraine auch die Zukunft der Schwarzmeerflotte mit Sevastopol⁷ als Heimathafen bedroht hätte. Die Schachmetaphorik war zu Zeiten des Ost-West-Konflikts zur Darstellung der Sowjetunion und der USA weit verbreitet.⁷ Doch dieser Rückgriff auf ein historisches Russlandbild ist in einer Hinsicht überraschend: Der Karikaturist Klaus Stüttgen stellt die USA und nicht etwa die EU als Gegenüber Russlands dar, obwohl

⁷ Hans Holländer, Petra Rösger (Hg.): Zug um Zug. Schach, Gesellschaft, Politik. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1.11.2006 bis 11.2.2007. Bonn 2006. – Joachim Petzold: Schach. Eine Kulturgeschichte. Leipzig 1986.

die USA nicht direkt am Ukraine-Konflikt beteiligt waren. Konfliktpartei war die Europäische Union, deren Angebot an die Ukraine, ein Assoziationsabkommen zu unterzeichnen, in Moskau als Integrationskonkurrenz verstanden wurde. Die Rolle, welche die USA in dieser Karikatur spielt, weist einen starken Bezug zum Ost-West-Konflikt auf, als die USA und die Sowjetunion die zentralen Konfliktparteien waren. Auch die Verwendung der Sieger-Verlierer-Symbolik knüpft an das Freund-Feind-Denken aus dem Kalten Krieg an.

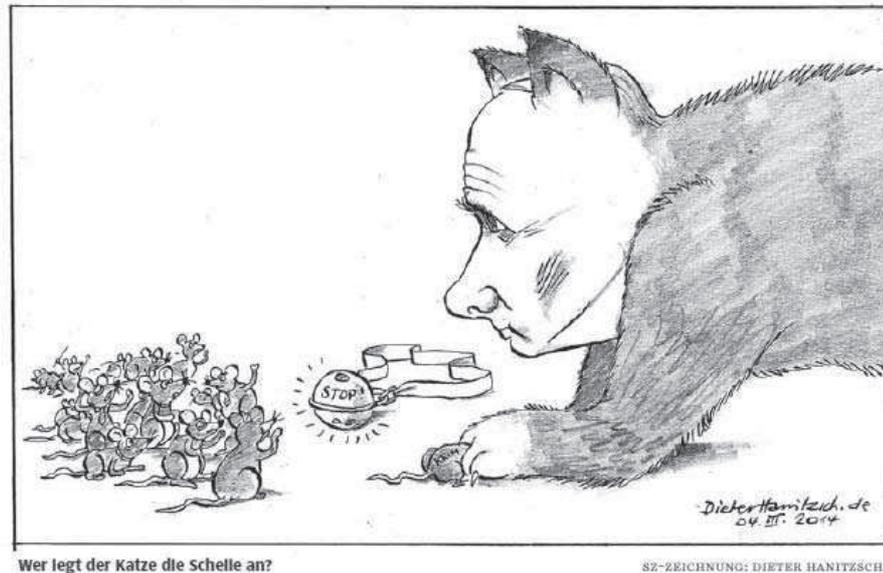
Putin wird als klug kalkulierender, rationaler und erfolgreicher Spieler dargestellt, der unter Einsatz militärischer Mittel die Ukraine gewinnt. Obama hingegen erscheint als begriffsstutzig, naiv sowie seinem Gegenüber taktisch und intellektuell unterlegen. Putin wird aber keineswegs als bedrohlich oder gefährlich charakterisiert, sondern als ein Akteur, der – da wir nichts über die eigentliche Stellung wissen – potentiell „in Schach gehalten werden kann“. Obamas Verhalten verhindert dies jedoch. Die Farbgebung der Karikatur verstärkt die Sieger-Verlierer-Zuschreibung. Putin zieht mit Schwarz, Obama mit Weiß. Somit kommt in dieser Karikatur auf der stilistischen und der inhaltlichen Ebene ein bipolares Denken zum Ausdruck, das starke Parallelen zu Darstellungen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts aufweist.

Russland als ein potentiell zu bändigendes (Raub-)Tier

Exemplarisch für die Tiersymbolik ist die Karikatur von Dieter Hanitzsch, die am 4. März 2014 in der *Süddeutschen Zeitung* erschien.⁸ Auch hier personifiziert Vladimir Putin Russland. Auf der linken Seite der Karikatur ist eine Ansammlung von Mäusen zu erkennen: Während ein Teil der Mäuse wütend protestiert, duckt sich ein anderer Teil verängstigt weg. Gegenüber lauert die Katze mit Gesichtszügen von Vladimir Putin. Die Katze scheint aber die Mäuse nicht zu beachten, da sie über diese hinweg blickt. In ihrer Tatze hält sie jedoch bereits eine Maus mit der Aufschrift „KRIM“ gefangen. Vermutlich symbolisieren die übrigen Mäuse andere Regionen oder Nachfolgestaaten der Sowjetunion, denen ein ähnliches Schicksal wie der Krim bevorstehen könnte. Zwischen den Mäusen und der Katze liegt eine Schelle mit der Beschriftung „STOP“. Die Leitfrage des Karikaturisten lautet: „Wer legt der Katze die Schelle an?“.

Hanitzsch definiert das Verhältnis von Russland zu den Gebieten und Staaten des post-sowjetischen Raums als eine Jäger-Beute-Beziehung. Zudem symbolisieren die ungleichen Größenverhältnisse die Machtlosigkeit der postsowjetischen Staaten und Gebiete sowie die von Russland ausgehende Gefahr: Die Katze nimmt etwa die Hälfte der Fläche der Karikatur ein, während die vielen Mäusen buchstäblich randständig sind.

⁸ Dieter Hanitzsch (1933) ist gelernter Bierbrauer, Diplom-Brauerei-Ingenieur und Diplomkaufmann. Schon während seiner Tätigkeit als Werbeleiter einer Münchner Großbrauerei und ab 1964 als Wirtschaftsredakteur für das Bayerische Fernsehen zeichnete er u.a. für die *Süddeutsche Zeitung* und die *Abendzeitung* politische Karikaturen. 1985 machte er sein Hobby zu seinem Hauptberuf und arbeitete zwölf Jahre als Chefkarikaturist bei der *QUICK*. Neben der Veröffentlichung von Karikaturenbüchern und dem Zeichnen einer animierten politischen Zeichenglosse für das Bayerische Fernsehen zeichnet er für die *Süddeutsche Zeitung*, <https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Hanitzsch>.



Wer legt der Katze die Schelle an?

SZ-ZEICHNUNG: DIETER HANITZSCH

Süddeutsche Zeitung, 4.3.2014

Auch die „STOP“-Schelle sowie die Bildunterschrift erlauben Rückschlüsse auf die Charakterisierung Russlands. Die Karikatur spielt auf eine Fabel an, in der die Mäuse beschließen, einer Katze eine Schelle umzulegen, damit die Mäuse, sobald sich die Katze nähert, diese rechtzeitig hören und fliehen können. Allerdings ist keine Maus bereit, den gefährlichen Auftrag auszuführen.⁹ Die Redewendung „Der Katze die Schelle umhängen“ steht für eine gefährliche und nahezu aussichtslose Aufgabe. Der Aufruf, die Katze zu bändigen, nachdem sie die Krim bereits in ihrer Tatze hat, ist eine explizite Kritik an Russlands Annexion der ukrainischen Halbinsel. Das ungleiche Größenverhältnis zwischen der Katze und den Mäusen illustriert allerdings, dass dieses Unterfangen höchst unrealistisch ist.

Auch diese Karikatur steht in der Kontinuität eines traditionellen Russlandbildes. Russland wird als territorial expansiv und machtorientiert gezeichnet – was angesichts der Annexion der Krim auf der Hand liegt. Bemerkenswerterweise wählt der Karikaturist Dieter Hanitzsch jedoch nicht den Bären als populärste Metapher Russlands. Bei der Katze handelt es sich eher um ein harmloses Haustier. Allerdings lässt sich die Katze anders als ein Hund nie ganz domestizieren. Um die von ihr – etwa für Singvögel – ausgehende Gefahr zu minimieren, ist die Schelle die einzige Möglichkeit. Wer aber die Rolle übernehmen könnte, dieses „Frühwarnsystem“ zu installieren, bleibt offen.

⁹ Fabeln aus Deutschland. Wer hängt der Katze die Schelle an?, <<http://gutenberg.spiegel.de/buch/fabeln-aus-deutschland-5261/38>>.

Russland als Bär

Doch auch das Bärenmotiv taucht natürlich in drei Karikaturen auf. Eine davon ist die Zeichnung des Karikaturistenduos Greser & Lenz,¹⁰ welche die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 15. Mai 2014 veröffentlichte. Der Bär gilt als das beliebteste Symbol für Russland und wurde bereits im 17. Jahrhundert als Symbol des Nordens zur Darstellung Russlands herangezogen. Damit verbunden war die Vorstellung von Kälte, Wildheit und Barbarei.¹¹ Eine der frühesten Verwendungen dieses Motivs erfolgte nach dem Scheitern von Napoleons Russlandfeldzug in einer englischen Zeitschrift, in der es hieß: „The Corsican bloodhound beset by the bears of Russia.“ Im Laufe des 19. Jahrhunderts gewann der Bär als Symbol Russlands in ganz Europa Popularität. In Deutschland griff die Kriegspropaganda während des Ersten Weltkriegs auf das Bild des Bären zurück, um die Aggressivität, Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit des Kriegsgegners Russland zu symbolisieren.¹²

Der Bär von Greser & Lenz hundert Jahre später wirkt dagegen nicht sonderlich aggressiv oder gar gefährlich, sondern eher friedlich und harmlos, wenn auch ein bisschen „unkultiviert“. Er pinkelt an einen Pfahl und blickt dabei träge in die Gegend. Der Pfahl in den ukrainischen Nationalfarben Gelb und Blau mitten im Nirgendwo markiert offensichtlich die Grenze zwischen Russland und der Ukraine.



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.5.2014

¹⁰ Achim Greser wurde 1961 in Lohr am Main, Heribert Lenz 1958 in Schweinfurt geboren. Sie lernten sich während des Grafikstudiums in Würzburg kennen und teilten die Begeisterung für Werke der „Neuen Frankfurter Schule“, bei der es sich um eine Gruppe von Autoren und Zeichnern handelt, die die bundesdeutsche Nachkriegssatire maßgeblich u.a. mit der Gründung des Satiremagazins *Titanic* beeinflusste. Danach entstanden erste gemeinsame humoristische Zeichnungen von Greser und Lenz, 1986/88 folgte die feste Mitarbeit in der Redaktion der *Titanic*. Seit 1996 zeichnen sie regelmäßig für die FAZ. Greser & Lenz, Biografie, <www.greser-lenz.de/biografie>.

¹¹ Antonina Zykova: Zaren, Bären und Barbaren. Das mediale deutsche Russlandbild am Anfang des 21. Jahrhunderts und seine historischen Wurzeln. Herne 2014, S. 83–84.

¹² Iryna Makulkina: Das metaphorische Russlandbild im deutschen Pressediskurs. Hamburg 2013, S. 146.

Dass der Bär an den ukrainischen Grenzpfahl uriniert, spielt natürlich auf das Revierverhalten zahlreicher Säugetiere an, die ihr Territorium auf diese Weise markieren. Die sich bildende Urinpfüte ergibt die Konturen der Ukraine. Das ist natürlich kein Zufall. Für diese Darstellung gibt es eine Interpretation, die sich in zwei Sprachcodes ausdrücken lässt: Die im erudierten Code lautet: Völkerrechtliche Vereinbarungen wie etwa die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975), die Charta von Paris (1990) oder das Budapester Memorandum (1994), die durch menschliche Übereinkunft festgelegt wurden und die territoriale Integrität der unterzeichnenden Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen oder das Gewaltverbot betreffen, haben für einen Bären keine Bedeutung. Für ihn gelten sie nicht. Er überschreitet die Grenze nach seinem Belieben, es liegt nicht in seiner Natur, Rücksicht auf Völkerrechtsnormen zu nehmen. Die Interpretation im drastischen, ordinären Code würde lauten: „Die Annexion der Krim zeigt, dass Russland auf die Unabhängigkeit der Ukraine scheißt!“

Dass Russland mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine die Souveränität der Ukraine missachtet und das Völkerrecht verletzt, ist auch die zentrale These, welche die Heidelberger Völkerrechtlerin in ihrem Artikel „Grenzwertig“ vertritt, den die Karikatur begleitet.¹³

Russland als eine mütterliche und friedliche Bedrohungsmaschine

Neben Vladimir Putin und dem Bären ist die Matrjoschka das dritthäufigste Motiv zur Symbolisierung Russlands. Die Karikatur von Ivan Steiger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 4. März 2014 ist repräsentativ,¹⁴ zumal Steiger zusätzlich noch militärische Symbolik zur Matrjoschka verwendet.

Bei einer Matrjoschka (*matrěška*) handelt es sich um eine Schachtelpuppe, die als ein beliebtes russisches Spielzeug und Souvenir gilt. Der Name der Puppe geht auf den Diminutiv *matrjona* des russischen Wortes *mat'* für Mutter – lateinisch *mater* – zurück. Daher stehen Matrjoschkas im traditionellen Sinne für Fruchtbarkeit, Mutterschaft und Familie und repräsentieren somit positiv konnotierte Werte.¹⁵ Die in der Karikatur dargestellte Matrjoschka weist im Vergleich zu einer traditionellen Matrjoschka allerdings Unterschiede auf: An ihr befinden sich verschiedene Gewehre, Raketen, Kampfbomber, und sie bewegt sich auf einem Kettenlaufwerk. Im Raketenwerfer auf ihrem Rücken steckt ein Palmzweig als Symbol des Friedens.

¹³ Anne Peters: Grenzwertig. FAZ, 15.5.2014. – Vgl. dazu auch ihre komparative Untersuchung: Anne Peters: Das Völkerrecht der Gebietsreferenden. Das Beispiel der Ukraine 1991–2014, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 101–133. Peters ist Direktorin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.

¹⁴ Ivan Steiger wurde 1939 in Prag geboren. Er studierte an der Filmakademie in Prag, schrieb währenddessen Erzählungen und später Drehbücher. Aufgrund der Erfahrungen mit der Diktatur wandte Steiger sich von der Sprache ab und ist seit den 1960er Jahren vorwiegend als Karikaturist, u.a. seit 1972 für die FAZ, tätig. Daneben drehte er als Autor, Regisseur und Produzent zahlreiche Dokumentar- und Kurzspielfilme und betreibt als leidenschaftlicher Spielzeugsammler zwei Spielzeugsammler in München und Prag, <www.ivansteiger.com/de/biographie>. – Zeichner Ivan Steiger. Der karikierende Blick auf den kranken Planeten, <www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst/zeichner-ivan-steiger-der-karikierende-blick-auf-den-kranken-planeten-1494225.html>.

¹⁵ Matrjoschka – die russische Schachtelpuppe, <www.russlandjournal.de/russland/matroschka/>.

Steiger schafft die ironische Spannung durch die Verwendung gegensätzlicher Elemente. Die mütterlich warme, zugewandte und gewinnend lächelnde Matrjoschka hat Böses im Sinne. Sie kaschiert das durch den Palmzweig, der für die Absicht Russlands steht, die Krim friedlich „nach Hause“ zurück zu holen. Doch das ist nur Maskerade für eine Intervention, für deren Durchführung es des militärischen Gewaltapparates bedarf. Und hier herrscht Kontinuität zwischen der Sowjetarmee und den aktuellen Truppen: Denn an der Uniform der Matrjoschka prangt das Symbol der Sowjetarmee, der Rote Stern. Die Ausrüstung erinnert an Soldaten im Sowjetisch-Finnischen Krieg oder im Kriegswinter 1941/42, doch statt mit Schneeschuhen bewegt sich die Matrjoschka auf dem Kettenlaufwerk. Die Kombination mit Militärsymbolen macht klar, dass Russland keine friedliche Absicht verfolgt. Die Mischung positiver und negativer Eigenschaften der Matrjoschka in dieser Karikatur schafft auf subtile Weise ein ambivalentes Russlandbild.



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.3.2014

Noch etwas unterscheidet die Zeichnung von den zuvor behandelten. Die Karikatur zeigt ausschließlich Russland. Die Matrjoschka blickt dem Betrachter direkt in die Augen und bezieht ihn so in die Handlung mit ein. So wird das weit entfernte Russland zu einem unmittelbaren bewaffneten Gegenüber, was ein Bedrohungsgefühl auslösen kann.

Fazit

Die grafische Darstellung Russlands in deutschen Tageszeitungen enthält Motive, die in der Kontinuität mit traditionellen historischen Russlandbildern stehen. Während ein Schachspiel ein häufiges Motiv aus dem Ost-West-Konflikt war, gilt der Bär bereits seit dem 17. Jahrhundert als ein russlandtypisches Charakterbild, die Matrjoschka seit dem 19. Jahrhundert. Doch diese Motive sind keineswegs dominant. Im Mittelpunkt

der Karikaturen steht Vladimir Putin. In 33 der 47 untersuchten Karikaturen dient er als Personifizierung Russlands. Putin wird nahezu mit Russland gleichgesetzt und fungiert als das Charakterbild für die russländische Politik.

Stereotype Deutungsmuster aus der Vergangenheit bestehen fort. So erfolgen die Zuschreibungen beispielsweise nach dem Muster von Gewinner-Verlierer-Interaktionen, ähnlich wie Freund-Feind-Bilder zur Zeit des Kalten Krieges, bei denen vor allem durch die Darstellung der USA als Gegner Russlands das bipolare Denken in Ost-West-Kategorien zum Ausdruck kommt. In Einklang mit dem historischen stereotypen Russlandbild tritt Russland in nahezu allen analysierten Karikaturen als eine expansive, machtorientierte, bedrohliche Großmacht auf.

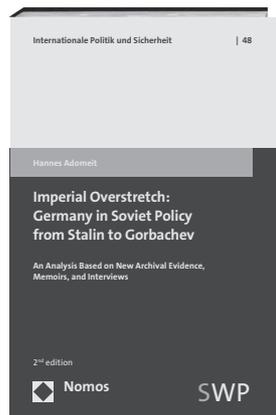
Insgesamt bieten die Karikaturen ein sehr differenziertes Russlandbild. Es steht in der Kontinuität des ambivalenten historischen Russlandbildes und spiegelt auch den aktuellen Russland-Diskurs wider.



Der 2. Konvoi mit russischen Konserven erreicht die Ukraine

Ohne Worte. Greser & Lenz, FAZ im September 2014

Russische Deutschlandpolitik von Stalin bis Putin



Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev

An Analysis Based on New Archival
Evidence, Memoirs, and Interviews

Von Prof. Dr. Hannes Adomeit

2. Auflage 2016, 756 S., geb., 139,- €

ISBN 978-3-8487-2452-9

eISBN 978-3-8452-6611-4

(Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 48)

nomos-shop.de/26045

Das Buch ist eine Analyse von Aufstieg und Fall des sowjetischen Herrschafts-
systems in dem Gebiet, das zur Zeit des Kalten Krieges „Osteuropa“ genannt
wurde, und der Rolle, die das Deutschlandproblem dabei gespielt hat.

» Of all of the analyses of the fall of the Soviet Union and reunification of
Germany, Hannes Adomeit's 1998 classic, »Imperial Overstretch«, has stood
the test of time. Its re-publication here by Nomos, with some modest updates
by the author, will be welcomed by scholars, students, the policy community,
and the informed public, as a trenchant interpretation of what happened to
the 'Soviet bloc', but also as an introduction to the assertive imperial politics
of Vladimir Putin and the Russian Federation.

Norman M. Naimark, Stanford University, November 2015 <<



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter:
www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Ewa Dąbrowska

Sanktionen und „patriotische“ Wende

Russlands Industrie- und Investitionspolitik

Die westlichen Sanktionen gegen Russland nach der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass wirken sich spürbar auf Russlands Wirtschaft aus. Sie führten aber nicht zu einer außenpolitischen Wende, sondern zur Stärkung des Nationalismus und der antiwestlichen Haltung. Auch Russlands Wirtschaftspolitik ist davon betroffen. Sie entfernt sich in der Industrie- und Investitionspolitik zunehmend vom liberalen Paradigma zugunsten eines Wirtschaftsnationalismus. Das zeigt eine Analyse des Nationalen Wohlfahrtsfonds, der Initiative zur *Deofšorizacija*, zur Kapitalamnestie und anderer industriepolitischer Maßnahmen.

Wenn auch für eine Reihe von europäischen Ländern der Nationalstolz ein längst vergessener Begriff und Souveränität allzu großer Luxus ist, ist für Russland die reale staatliche Souveränität eine absolut notwendige Bedingung seiner Existenz.

Vladimir Putin¹

Ideen, sofern äußere Umstände sie nicht begünstigen, haben in der Regel keine schnelle oder direkte Wirksamkeit in menschlichen Angelegenheiten.

John Stuart Mill²

Als Folge der Sanktionen der EU und der USA wurde für viele russländische Unternehmen der Zugang zu internationalen Finanzmärkten und zu westlichen Banken gesperrt. Das russländische Bankensystem bietet ihnen wesentlich teurere Kredite. Gleichzeitig ist Russlands Finanzmarkt relativ unterentwickelt. Nicht nur die individuellen Maßnahmen gegen Beamte und Oligarchen aus Putins Umfeld sowie die Sperrung der westlichen Finanzmärkte für kremlnahe Banken und Unternehmen erschwerten für Unternehmen den internationalen Zahlungsverkehr und verschlechterten die Finanzierungsbedingungen. Auch die nicht mit Sanktionen belegten Banken und Unternehmen kommen schwerer an ausländische Kredite, da potentielle Geldgeber detailliert prüfen,

Ewa Dąbrowska (1983), Sozialwissenschaftlerin, Projektgruppe „Politische Ökonomie und transnationale Governance“, Universität Amsterdam

Der Text ist bereits in OSTEUROPA, 11–12/2015 erschienen, dort allerdings aufgrund eines technischen Fehlers ohne Fußnoten. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

¹ Vladimir Putin: Poslanie prezidenta Federal'nomu Sobraniju, 4.12.2014, <<http://kremlin.ru/events/president/news/47173>>.

² John Stuart Mill, Claims of Labour, in: Edinburgh Review, 81/164 (1845), S. 503, zitiert in: Peter A. Hall: The Political Power of Economic Ideas. Princeton 1989, S. 390.

ob sie indirekte Verbindungen zu sanktionierten Strukturen aufweisen.³ Verbindungen zu Offshore-Standorten und Steueroasen wie Zypern oder den britischen Virgin-Islands ermöglichen es zwar vielen Firmen, die Sanktionen zu umgehen, jedoch ist die Finanzierung von Geschäften und Investitionen unter solchen Umständen wesentlich aufwendiger, als es vor den Sanktionen der Fall war.⁴ Der Einbruch des Ölpreises Ende 2014 beeinträchtigte die Finanzlage zahlreicher russländischer Unternehmen und des Staates noch zusätzlich.⁵ Es war zu erwarten, dass in einer solchen Situation der Staat interveniert und den klammen Unternehmen, besonders solchen, die für das Regime überlebenswichtig sind, zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt. Der Grad der Kapitalmobilisierung und die Instrumente, die dazu verwendet werden, deuten jedoch auf einen grundsätzlicheren Wandel hin.

Ein solcher Wandel könnte durch die konservative und „patriotische“ Wende von Russlands politischer Führung bedingt sein, die auf antiwestliches Ressentiment und Freund-Feind-Denken setzt. Putin leitete sie in seiner dritten Amtszeit ein, um die Legitimitätskrise seines Regimes abzuwenden. Nach der Krim-Annexion erfasste diese Wende weite Teile der Gesellschaft.⁶ Ist nun auch die russländische Wirtschaftspolitik von diesem Wandel betroffen?

Während der gesamten Amtszeit von Putin und Medvedev bestimmten zwei konkurrierende Paradigmen den wirtschaftspolitischen Diskurs in Russland: der (Neo-) Liberalismus und die russländische Art des Wirtschaftsnationalismus – die Doktrin, nach der der Staat eine überragende Rolle in der Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, darunter der Investitionen, spielen soll. Trotz des steigenden Anteils des Staatseigentums in der Wirtschaft blieb die Wirtschaftspolitik unter Putin und Medvedev weitgehend liberal. Das trifft insbesondere auf die makroökonomische Politik zu. Die Zentralbank, das Finanzministerium und teilweise das Wirtschaftsentwicklungsministerium wurden von Russlands besten (allesamt liberalen) Ökonomen verwaltet, die keine „heterodoxen“ Ideen zuließen. Aber auch Putin betonte wiederholt, wie wichtig makroökonomische Stabilität für die Souveränität des Staates sei.⁷ Obwohl der russländische Staat seit Mitte der 2000er Jahre seine Position in der Wirtschaft verstärkt hat, griff er zunächst kaum in Investitionen ein. Die 2006–2007 geschaffenen „Entwicklungsinstitutionen“ – darunter ist die Russländische Entwicklungsbank die wichtigste – spielten zunächst eine geringe Rolle in der Finanzierung von Investitionen. Dies änderte sich als Folge der Begrenzung des Zugangs der russländischen Unternehmen zu ausländischen Finanzmärkten durch die Sanktionen. Der russländische Staat sah sich gezwungen, alternative Geldquellen, insbesondere den Nationalen Wohlfahrtsfonds, anzuzapfen und seine industriepolitischen Mechanismen zu vielfältigen.⁸

³ Natalija Orlova: *Finansovye sankcii protiv Rossii. Vljanie na ekonomiku i ekonomičeskiju politiku*, in: *Voprosy ekonomiki*, 12/2014, S. 55.

⁴ Anastasia Nesvetailova: *The Offshore Nexus, Sanctions and the Russian Crisis*. Istituto Affari Internazionali Working Papers, 15/2015.

⁵ Susanne Oxenstierna, Per Olson: *The Economic Sanctions against Russia. Impact and Prospects of Success*. FOI-R 4097, September 2015, S. 51–52.

⁶ Leontij Byzov: *Konservativnyj trend v sovremennom rossijskom obščestve – istoki, soderžanie i perspektivy*, in: *Obščestvennye nauki i sovremennost'*, 4/2015, S. 26–40.

⁷ Vladimir Putin: *Poslanie Prezidenta Federal'nomu Sobraniju*, 3.12.2015, <<http://kremlin.ru/events/president/news/50864>>.

⁸ Popytka nesankcionirovannogo rosta. *Kommersant*, 30.4.2014, <www.Kommersant.ru/doc/2463890>. – Heli Simola: *Russia's international reserves and oil funds*, <www.suomenpankki.fi/bofit/tutkimus/tutkimusjulkaisut/policy_brief/Documents/2015/bpb0415.pdf>.

Die *Deofšorizacija*, eine 2014 ins Leben gerufene Initiative der russländischen Führung, Kapital (darunter auch das illegal geflüchtete Kapital) heimischer Firmen aus den Steueroasen zurück in die nationale Wirtschaft zu bringen, ist auch ein Versuch, zusätzliche Geldquellen zu mobilisieren.

Bedeutet eine derartige Verstärkung der Industrie- und Investitionspolitik, dass ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel stattfand, parallel zur antiwestlichen Orientierung in der Außen- und Innenpolitik? Stärkt die konservative Stimmung im Lande die „patriotischen“ Ideen und die antiwestliche Haltung auch in der Wirtschaftspolitik?

Nationalismus, antiwestliches Ressentiment und Wirtschaftspolitik

Das antiwestliche Ressentiment ist ein fester Bestandteil des russischen konservativen Nationalismus, der im Laufe des 19. Jahrhunderts immer radikaler wurde. Zu Sowjetzeiten knüpfte die Propaganda an diese Tradition an, indem sie Kapitalismus- und Westen-Klischees verbreitete. In der postsowjetischen Zeit manifestierten sich die ersten Anzeichen des wieder erwachten Ressentiments Mitte der 1990er Jahre, bevor in Russlands Gesellschaft und bei einem Teil der Eliten Enttäuschung über die Wirkung der liberalen Reformen einsetzte. Die Behauptung, dass es eine westliche Verschwörung gegen Russland gebe, an der auch russländische Oligarchen und liberale Reformerteilnahmen, machte die Runde.⁹

Die nationalistisch-kommunistische Opposition gegen Boris El'cins Regierung reaktivierte auch andere sowjetische Vorurteile gegen den kapitalistischen Westen, die schnell Wiederhall in der eigenen Bevölkerung fanden. Das daraus wachsende antiwestliche Ressentiment begann ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Russlands Politik zu prägen. Zunächst wurde nur die Außenpolitik von diesem schleichenden Paradigmenwechsel erfasst.¹⁰ Die Wirtschaftspolitik blieb hingegen bis zur zweiten Amtszeit Putins eindeutig prowestlich. Sogar als die Regierung Mitte der 2000er Jahre begann, mit einer milden Form von Industriepolitik zu experimentieren, gab sie nicht alle liberalen Züge ihrer Wirtschaftspolitik auf. Auch die Rhetorik blieb weitgehend liberal. Viele wirtschaftspolitische Maßnahmen orientierten sich noch an den Reformen des vorangegangenen Jahrzehnts. Unter anderem war die Regierung bemüht, das Geschäftsklima zu verbessern und ausländische Investoren anzulocken. 2013 trat Russland der Welthandelsorganisation (WTO) bei.

Zugleich versuchte Putin jedoch, die wirtschaftspolitischen Forderungen des illiberalen Teils der Elite – insbesondere der sogenannten *siloviki*, d.h. der Mitarbeiter der Gewaltinstitutionen wie der Geheimdienste, der Armee und der Polizei – zu berücksichtigen. Dieser Teil der Elite gewann mit Putins konservativer Wende in seiner dritten Amtszeit, die er nach Protesten gegen Wahlfälschungen einleitete, noch mehr Macht. Denn diese Gruppen sind es, auf die sich Putins autoritäres Regime stützt. Wachsende

⁹ Roy Medvedev: *Post-Soviet Russia. A Journey Through the Yeltsin Era*. New York 2000, S. 60. – Zu den Verschwörungstheorien sowie zum Antiamerikanismus als Spielart des antiwestlichen Denkens in Russland: Lev Gudkov: *Antiamerikanismus in Putins Russland. Schichten, Spezifika, Funktionen*, in: *OSTEUROPA*, 4/2015, S. 73–98.

¹⁰ Sabine Fischer: *Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Untersuchung*. Frankfurt/Main 2000.

Budgetausgaben und industriepolitische Maßnahmen zur Reaktivierung des in den 1990er Jahren heruntergekommenen militärisch-industriellen Sektors, aber auch der Start von Entwicklungsprojekten 2005 und die Gründung von Entwicklungsinstitutionen in den Jahren 2006 und 2007 sowie von Staatskorporationen 2008 sind vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Aber auch nationalistisch-konservative Ideologen wie Sergej Glaz'ev, Michail Deljagin, Michail Chazin verstärkten seit etwa 2012 ihre Bemühungen, Russlands Regierung in der Wirtschaftspolitik zur Abkehr vom Liberalismus zu bewegen, ermutigt von Putins zunehmend konservativer Rhetorik. Sie gründeten, gemeinsam mit Publizisten wie Aleksandr Prochanov, Vitalij Averjanov, Aleksandr Dugin, Michail Leont'ev oder Maksim Ševčenko den *Izborsker Klub* und wurden somit zu einer sichtbaren Alternative zum Konservatismus des Mainstreams und zum Liberalismus.¹¹ Teilweise fanden sie mehr Gehör bei Putin als bisher, er begrüßte jedoch nicht alle ihre Ideen. Putin ernannte Glaz'ev zu seinem Berater für die eurasische Integration und bestellte bei ihm und anderen Ökonomen der Russländischen Akademie der Wissenschaften (RAN) eine „Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung“, die eine Alternative zur liberalen „Strategie 2020“ werden sollte.¹²

Die „Strategie 2020“ hatte Putin während eines Treffens mit Ökonomen der *Vysšaja Škola Ekonomiki* (VŠĚ) und der *Rossijskaja Akademija Narodnogo Chozjajstva i Gosudarstvennoj Služby* (RANHIGS) Ende 2011 angeregt, ignorierte sie aber weitgehend, als sie vorlag.¹³ Er beachtete auch kaum das 2013 von Glaz'ev, Aleksandr Nekipelov, Viktor Ivanter und anderen Ökonomen verfasste Konkurrenzkonzept, obwohl er sich mit ihnen einige Male traf.¹⁴ Er wollte insbesondere das Prinzip der makroökonomischen Stabilität nicht aufgeben, das Glaz'ev, Nekipelov, und Ivanter für eine grundsätzlich falsche Orientierung halten.¹⁵ Obwohl von Putin nicht explizit unterstützt, sind die wirtschaftlichen Ideen dieser drei Ökonomen in den Gremien, die für die Wirtschaftspolitik zuständig sind, gut bekannt und werden von jenen Kräften begrüßt, die an der sowjetischen Ordnung hängen, ebenso wie von Businesslobbyisten, die zusätzliche staatliche Subventionen oder billigere Kredite nicht ausschlagen würden.¹⁶ Solche Institutionen wie das Industrieministerium, große Teile der Parteien *Edinaja Rossija* (Einiges Russland), der Kommunistischen Partei, *Spravedlivaja Rossija* (Gerechtes Russland) und *Rodina* (Vaterland) sowie *Rossijskij Sojuz Promyšlennikov i Predprinimatelej* (Russländische Vereinigung der Industriellen und Unternehmer), *Delovaja Rossija* (Wirtschaftsrussland) sowie *Torgovo-Promyšlennaja Palata* (die Handels- und Industriekammer) und andere setzen sich oft für Industriepolitik ein, die

¹¹ Roland Götz: Die Wirtschaftspolitik der belagerten Festung, in: Russlandanalysen, 305/2015, S. 13–17. – Ders.: Die andere Welt. Im *Izborsker Klub*: Russlands Antiwestler, in: OSTEUROPA, 3/2015, S. 109–138.

¹² Evgenija Pis'mennaja: Glaz'ev ukažet kurs strane. *Vedomosti* 18.1.2013, <www.vedomosti.ru/politics/articles/2013/01/18/glazev_ukazhet_kurs_strane>.

¹³ „Strategija-2020“ opjat' zapazdyvaet. *Kommersant*, 19.1.2012, <www.kommersant.ru/doc/1853546>.

¹⁴ Nikolai Dzis'-Vojnarovskij: Ekonomika RF možet uskorit'sja do 7 procent v god. Čto RAN posovetovala Putinu? In: *slon.ru*, 21.2.2014, <http://slon.ru/economics/glazev_i_putin-1059491.xhtml>.

¹⁵ Popytka [Fn. 8].

¹⁶ Popytka [Fn. 8].

auch von Glaz'ev und ihm gleichgesinnten Ökonomen unterstützt wird.¹⁷ In der liberalen „Strategie 2020“ wurde Industriepolitik noch nicht einmal als Begriff erwähnt.

Die konservativen und nationalistischen Tendenzen in Russlands Gesellschaft verstärkten sich nach dem Euromajdan, der Annexion der Krim und dem Interventionskrieg in der Ostukraine, als Putin sich vermehrt der Feindrhetorik bediente und die Innen- und Wirtschaftspolitik den Kriegszielen unterordnete.¹⁸ Unter den veränderten Umständen wurden wirtschaftspolitische Ziele gegenüber der Außenpolitik und dem Machterhalt zweitrangig. Nur unter solchen Bedingungen war es möglich, dass Moskau Gegensanktionen verhängte, die, wie zu erwarten war, der eigenen Bevölkerung schaden. Gleichzeitig waren sie de facto eine protektionistische Maßnahme für die inländische Lebensmittelindustrie.

Es lag nahe, dass nun auch andere industrie- und investitionspolitische Maßnahmen ergriffen würden, zumal die finanziellen Reserven immer knapper wurden. Die Förderung der Investitionen und des Wirtschaftswachstums unter den Bedingungen einer politischen und strukturellen wirtschaftlichen Krise wurde zu einer ernsthaften Herausforderung. An der Frage, wie Investitionen und Wirtschaftswachstum zu fördern sind, zeigen sich die Unterschiede der beiden wirtschaftspolitischen Paradigmen, dem (Neo-)Liberalismus und dem Wirtschaftsnationalismus in seiner russländischen „staatszentrierten“ Spielart.

Das Problem der Investitionen im Fokus der ökonomischen Debatten

Seit Ernüchterung über die Leistungsfähigkeit von Russlands Marktwirtschaft Einzug gehalten hat, diskutieren russländische Ökonomen, wie sie es schon in der Perestrojka und zuvor taten, darüber, welche Maßnahmen angemessen sind, um die Wirtschaft zu reformieren und nachhaltiges Wachstum zu erzeugen. Die aus der Sowjetzeit geerbten strukturellen Probleme der russländischen Wirtschaft erwiesen sich als zu gravierend, als dass eine Kombination von einfach konzipierten wirtschaftsliberalen Reformen sie hätte beseitigen können. Die meisten Betriebe blieben wettbewerbsunfähig, die Landwirtschaft lag brach, die Infrastruktur wurde kaum modernisiert. Die halbwegs wettbewerbsfähige Produktion konzentrierte sich in den Monopolen und um sie herum, besonders im Rohstoffbereich. Derartige Gewinne, wie sie im Rohstoffsektor zu erwirtschaften waren – sie wurden teilweise vom Staat über Steuern einkassiert –, waren in der übrigen Wirtschaft nicht zu erzielen. Die Investitionsressourcen im gesamten Wirtschaftssystem waren sehr begrenzt und das Bankensystem war zu schwach, um dem Problem zu begegnen, oder die Banken waren nicht bereit, ineffizienten Firmen Kredite zu geben. Die erfolgreicheren Unternehmen investierten überwiegend aus eigenen Mitteln, die weniger erfolgreichen arbeiteten immer noch mit den veralteten sowjetischen Anlagegütern.

¹⁷ Sojuz promyšlennikov i predprinimatelei Sankt-Peterburga: Aktual'nost' priniatija zakona o promyšlennoj politike vozrastet, <<http://spp.spb.ru/ru/node/5178>>. □ Pavel Dorochin: Zakon o promyšlennoj politike nazrel, <<http://dorokhin-duma.ru/?p=565>>.

¹⁸ Peter Rutland: The Place of Economics in Russian National Identity Debates, in: Pal Kolsto (Hg.): The New Russian Nationalism. Edinburgh 2015, <<http://prutland.faculty.wesleyan.edu/files/2015/08/Rutland-economic-nationalism.pdf>>.

In den 2000er Jahren veränderte sich der Zustand von Russlands Wirtschaft nur insofern, als dank des hohen Ölpreises sowohl die Unternehmen als auch die Regierung mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung hatten. Die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Betrieben blieben jedoch bestehen. Der Grad der Abnutzung des Anlagevermögens belief sich Mitte der 2000er Jahre auf 45 Prozent und wuchs weiter, wie Bankiers, Unternehmer, Journalisten und Ökonomen, die für eine aktive Investitionspolitik warben, nicht müde wurden zu betonen.¹⁹

Trotz des hohen Investitionsbedarfs der Wirtschaft war eine Industriepolitik, in der der Staat in die Investitionsprozesse der Unternehmen eingreift, fast in der gesamten postsowjetischen Zeit ein politisches Tabu, wurde sie doch allzu sehr mit der missglückten sowjetischen Praxis assoziiert. Das Problem war, dass in der UdSSR viel investiert wurde, aber die Qualität dieser Investitionen relativ niedrig war. Der Investitionsprozess war keinen Marktmechanismen untergeordnet. Stattdessen stand das hierarchische Prinzip im Zentrum dieses Prozesses – der Verwaltungsapparat legte die Investitionsziele je nach Planangaben fest.²⁰ Um ein volkswirtschaftliches Gleichgewicht im System herzustellen, versuchten die sowjetischen Funktionäre in den 1970er Jahren, die Konzentration auf den militärisch-industriellen Sektor zu reduzieren und die Konsumindustrie und den Rohstoffsektor mit finanziellen Ressourcen zu unterstützen.²¹ Die Gewinne aus dem Export von Rohstoffen in die westlichen Länder dienten dann umgekehrt wieder dazu, die Militärindustrie, aber auch andere Industriezweige und die Agrarwirtschaft zu stützen.²²

Nach Jurij Jaromenko, einem der originellsten sowjetischen Ökonomen, folgten die Investitionsentscheidungen in der Sowjetunion keiner ökonomischen Logik, sondern eher einer politisch-administrativen. Neue Betriebe wurden wie Pyramiden im alten Ägypten gebaut, um die (sowjetische) Zivilisation aufrechtzuerhalten. Die Wirtschaft war ein „Raum für die Reproduktion und Erweiterung der administrativen Strukturen“.²³ Aufgrund ihrer Kenntnis der sowjetischen Verhältnisse legten liberale Ökonomen und Politiker wie Egor' Gajdar, Petr Aven, Anatolij Čubais oder Andrej Nečaev, die Anfang der 1990er Jahre Russlands Wirtschaft reformieren wollten, stärkeren Wert auf die Effizienz von Investitionen und nicht nur auf ihr Volumen. Diese Effizienz war für sie nicht durch Industriepolitik, sondern nur in einer Marktwirtschaft zu erreichen, die auf staatliche Intervention verzichtet.

Das wirtschaftliche System in den 1990ern war jedoch so deformiert, dass die erhofften Marktwunder ausblieben. Die sowjetischen Strukturen waren nicht so schnell zu überwinden, wie die Architekten der Schocktherapie gedacht hatten. Darüber hinaus war Russlands Bankensektor als Folge der Liberalisierungspolitik mehr mit sich selbst beschäftigt als damit, Kapital für die Güter- und Dienstleistungsproduktion bereitzu-

¹⁹ Garegin Tosunjan: *Bankizacija Rossii. Pravo, ekonomika, politika*. Moskva 2008, S. 43. – Federal'naya Služba Gosudarstvennoj Statistiki: *Stepen' iznosa osnovnych fondov na konec goda*, <www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/enterprise/fund/>.

²⁰ Paul R. Gregory, Robert C. Stuart: *Russian and Soviet Economic Performance and Structure*. Boston, San Francisco, New York 2001, S. 191.

²¹ Jurij Jaremenko: *Èkonomičeskie besedy*. Zapis' S.A. Belanovskogo. Moskva 1999, S. 40–41.

²² Marshall Goldmann: *Petrostate. Putin, Power, and the New Russia*. Oxford 2008, S. 13. – Philip Hanson: *The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945*. London 2003, S. 130–131.

²³ Jaremenko, *Èkonomičeskie besedy* [Fn. 21], S. 27.

stellen. Währungsgeschäfte und sonstige Transaktionen auf dem Finanzmarkt waren viel profitabler.

Große Teile der Realwirtschaft überlebten ohne Geld, dank einem Netzwerk aus Tauschbeziehungen. Die fehlenden Budgeteinnahmen zwangen die Regierung, sich mit immer teurer werdenden Anleihen zu finanzieren, was im August 1998 zum Zahlungsausfall führte. Unerwartet verbesserte sich die Situation der russländischen Wirtschaft nach der Krise, da in Folge der Rubelabwertung einheimische Firmen auf dem Binnenmarkt gegenüber den Importen wettbewerbsfähiger wurden und der steigende Ölpreis für mehr Liquidität im Finanzsystem sorgte.

Nach der Finanzkrise 1998 diskutierten liberale Ökonomen wie Egor' Gajdar, Evgenij Jasin, German Gref auf der einen und mäßige bis radikale *gosudarstvenniki* wie Leonid Grigor'ev, Abel Aganbegjan, Viktor Ivanter, Aleksandr Nekipelov oder Sergej Glaz'ev verstärkt darüber, welches wirtschaftspolitische Modell für Russland geeignet sei, reales Wachstum zu erzeugen.²⁴ Auch die Architekten der Reformen der 1990er Jahre, allen voran Ex-Wirtschaftsminister Evgenij Jasin, waren bereit, eine Form der Investitions- oder Industriepolitik zu akzeptieren, die mit dem demokratischen System vereinbar wäre. Jasin argumentierte, dass eine dem Markt allein überlassene russländische Wirtschaft zunehmend der Rohstofforientierung folgen werde, die nur eine Minderheit der russländischen Gesellschaft an den Errungenschaften der Zivilisation (*blaga civilizacii*) teilhaben lässt.²⁵ Dagegen sollte eine aktive staatliche Strukturpolitik gerichtet sein, die durch staatliche Investitionen, Kredite und Kreditgarantien innovative und wettbewerbsfähige Sektoren unterstützt. Auch wenn staatliche Investitionen weniger effizient sind und Korruption provozieren, seien sie unabdingbar.²⁶

Offensichtlich motivierte das System der freien Marktwirtschaft in seiner russländischen Spielart, das von Instabilität und Korruption gekennzeichnet ist, Unternehmer nicht dazu, ihre Gewinne in der eigenen Volkswirtschaft anzulegen, sondern eher dazu, sie in Offshore-Standorte zu verlagern. Die russländische Investitionsquote am BIP fiel in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf 15 Prozent.²⁷ Auch das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte in den 1990er Jahren fast durchgehend. Die Frage der Investitions- und Wachstumsförderung stand auch in den 2000er Jahren im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatten. Präsident Vladimir Putins Ankündigung vor der Föderalversammlung im Jahr 2003, das Bruttoinlandsprodukt binnen zehn Jahren verdoppeln zu wollen, wurde zur nationalen Aufgabe, der sich die Regierung verpflichtete.²⁸ Auch Präsident Dmitrij Medvedev betonte später, wie wichtig die Förderung der Investitionen

²⁴ Adnan Vatansever: *The Political Economy of Allocation of Natural Resource Rents and Fighting the Resource Curse. The case of oil rents in Putin's Russia*. Dissertation, Johns Hopkins University. Baltimore 2009, S. 315 und S. 321.

²⁵ Evgenij Jasin: *Novaja epocha, starye trevogi. Ėkonomičeskaja politika*. Moskva 2004, hier „Strukturnaja politika“. – Ders.: *Modernizacija rossijskoj Ėkonomiki – čto v povestke dnja*, in: *Ėkonomičeskij Žurnal VŠE*, 2/2001, <www.hse.ru/data/2010/12/31/1208181880/05_02_02.pdf>, S.158–178, hier S. 175.

²⁶ Jasin, *Modernizacija rossijskoj Ėkonomiki* [Fn. 25], S. 176.

²⁷ World Bank: *Gross capital formation*, <<http://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.TOTL.ZS?page=3>>

²⁸ Vladimir Putin: *Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii*, 16.5.2003, <http://archive.kremlin.ru/appears/2003/05/16/1259_type63372type63374type82634_44623.shtml>.

für das Wohl des Landes sei.²⁹ Putin in seinen ersten zwei Amtszeiten und Medvedev folgten weitgehend einem Wirtschaftsparadigma, das den Akzent auf investitions- und businessfreundliche Institutionen setzt.

Das wirtschaftsliberale Paradigma und das Investitionsproblem

Russland ist ein Teil der globalen Wirtschaftsordnung, deren Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität für Investoren in zahlreichen Rankings erfasst werden. Ein wichtiger Aspekt der russländischen Wirtschaftspolitik unter Putin waren Maßnahmen, dank derer Russland in jenen Rankings aufsteigen sollte.³⁰ Sie messen das sogenannte Business- und Investitionsklima eines Landes. Die wichtigsten Kriterien, die ein gutes Investitionsklima ausmachen, sind sichere Eigentumsrechte und das Rechtsstaatsprinzip.

Trotz aller Bemühungen aber rangierte Russland aufgrund des hohen Korruptionsniveaus, der verbreiteten Kriminalität, der zunehmend politisierten Justiz und des steigenden Autoritarismus zumeist auf den hinteren Plätzen dieser Rankings.³¹

Das diesen Rankings und der darauf abgestimmten Politik zugrundeliegende kognitive Paradigma geht von den Interessen des Investors aus.³² In der globalisierten Wirtschaft ist ein solcher Investor hochmobil, schützt sich vor staatlicher Intervention und behält seine Bewegungsfreiheit.³³ Die Länder, die diesem Paradigma folgen – de facto fast die gesamte Weltwirtschaft – bezwecken, den mobilen Investor zufriedenzustellen und seine Eigentumsrechte zu schützen. Eine Politik der Liberalisierung wird unter Verweis auf dessen Präferenzen gerechtfertigt. Dieser idealtypische Investor ist bereit zu Investitionen, aber in Abhängigkeit vom Investitionsklima, von den makroökonomischen Indikatoren und von der Qualität der nationalen und lokalen Institutionen. Die Staaten haben sich also an die Erwartungen eines solchen Investors anzupassen. Dazu bauen sie ihre bürokratischen Hürden ab, reduzieren Budgetausgaben, bekämpfen Korruption und reduzieren oder erlassen Steuern. Wenn sie in ihren Bemühungen erfolgreich sind, werden sie mit in- und ausländischen Investitionen „belohnt“.

Russlands Investoren agieren gern von Offshore-Standorten aus, da sie ihnen Rückzugsmöglichkeiten bieten. Dadurch sind sie auch von den Zwängen der nationalen

²⁹ Dmitrij Medvedev: Tol'ko rost investicii obespečit sozdanie novoj ekonomiki, <kreml.org>, 31.3.2011.

³⁰ Dazu gehören die Rankings der Weltbank „Doing Business“ und „Governance Matters Index“, „Global Competitiveness Index“, „Global Entrepreneurship Monitor“, „IMD World Competitiveness Ranking“, der Indikator „Wirtschaftliche Freiheit“ der Heritage Foundation, der Korruptionswahrnehmungs-Index von *Transparency International* und diverse Länderisiko-Indikatoren. Sie messen u.a. die Qualität der Institutionen, das Wirtschafts- und Investitionsklima sowie den Grad der wirtschaftlichen Freiheit; Vladimir Mau, Jaroslav Kuzminov u.a.: Strategija 2020: Novaja model' rosta, novaja social'naja politika. Moskva: 2013, <<http://2020strategy.ru/data/2012/03/14/1214585998/1itog.pdf>>, S. 18.

³¹ Allerdings sprang Russland 2014, während der Ukraine-Krise, im „Doing Business“-Ranking um 30 Plätze nach oben und nahm die 62. Position ein, 2015 stieg es um weitere elf Positionen, <www.ft.com/intl/cms/s/0/dcfba6ca-7cb1-11e5-98fb-5a6d4728f74e.html>.

³² Stephen Gill: New Constitutionalism, Democratization and Global Political Economy, in: *Pacific Review*, 10/1998, S. 23–38, hier S. 25, zit. nach Ronen Palan: *The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires*. New York 2006, S. 13.

³³ Palan, *The Offshore World* [Fn. 32], S. 14.

Steuersysteme befreit und können das Land mit den niedrigsten Steuersätzen, dem besten Investitionsklima und der optimalen makroökonomischen Politik frei auswählen. Makroökonomische Stabilität macht Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch entwickelte Wirtschaften, im Sinne dieses Paradigmas wettbewerbsfähig. Daher loben die Autoren der liberalen „Strategie 2020“ die makroökonomische Leistung des Staates vor der Krise 2008/2009, als Russland in den Institutionen-Rankings dafür zusätzliche Punkte erhielt und seine Position verbessern konnte.³⁴

Das Hauptziel des makroökonomischen Stabilisierungsprogramms ist es, die Inflation in Zaum zu halten. Dafür wird der Zuwachs der Geldmenge kontrolliert, da er eine erhöhte Inflation nach sich ziehen kann. Eine solche Politik erlaubt keine Finanzierung des Staatsbudgets durch die Zentralbank. Ein Budgetdefizit wird nicht unbedingt ausgeschlossen, sollte aber – so die Faustregel – nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. In einem Rohstoffe exportierenden Land wie Russland bedeutete ein solcher Ansatz, dass die Gewinne aus dem Export besteuert, in einem Fonds akkumuliert und idealerweise auf internationalen Finanzmärkten angelegt werden, damit auch künftige Generationen von diesem Vermögen profitieren können. Tatsächlich waren Russlands makroökonomische Daten für die ausländischen Investoren attraktiv. Russlands Regierung wies vor der Krise regelmäßig einen Budgetüberschuss auf, reduzierte die Inflation auf eine einstellige Zahl und akkumulierte substantielle Reserven.

Diese Erfolge und die Aufhebung der Kapitalverkehrsbeschränkungen 2006 führten dazu, dass die ausländischen Direktinvestitionen – trotz unbefriedigender institutioneller Rankings – seit dieser Zeit rapide anstiegen. 2007 und 2008 betrug die russländische Investitionsquote entsprechend 24 und 26 Prozent.³⁵

Die meisten ausländischen Investitionen, die in den 2000er Jahren nach Russland kamen, stammten allerdings aus Zypern, Luxemburg, den Virgin-Islands, den Niederlanden und Großbritannien, also Ländern, die als Steueroasen bekannt sind oder enge Verknüpfungen zu Steueroasen aufweisen (Tabelle 2). Anders als erwartet war es zum großen Teil russländisches Kapital, das zunächst das Land verlassen hatte, um nun als verkappte ausländische Investitionen zurückzukehren.³⁶ Darüber hinaus finanzierten diese Kapitaleinfuhren aus den Offshore-Standorten zum großen Teil nicht Investitionen in bestehende Unternehmen, sondern wurden zum Erwerb neuer Firmen benutzt, welche die größten russländischen Korporationen zusätzlich zu ihrem Hauptgeschäft akquirierten (sogenannte „nepofil’nye aktivy“).³⁷ Darüber hinaus liehen sich staatliche oder halbstaatliche Korporationen wie *Gazprom*, *Rosneft*, *Transneft*, *Sovkomflot*, *Alroza*, *Sberbank* und *VTB* finanzielle Ressourcen im Ausland, nicht zuletzt von ihren Tochtergesellschaften in Offshore-Standorten, da das russländische Finanzsystem ihren Expansionswünschen nicht gewachsen war. 2007 war die private Ver-

³⁴ Mau, Kuzminov, *Strategija 2020* [Fn. 30], S. 25.

³⁵ World Bank: Gross capital formation (% of GDP), <<http://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.TOTL.ZS?page=1>>.

³⁶ Aleksandr Radygin, Aleksandr Abramov: *Finansovyj rynek Rossii v uslovjach gosudarstvennogo kapitalizma*, in: *Voprosy Ekonomiki*, 6/2007, S. 28–44. – Nesvetailova, *The Offshore Nexus* [Fn. 4], S. 17.

³⁷ Jakov Pappé: *Rossijskij krupnyi biznes*. Moskva 2009. – Ders.: *Konec èry oligarchov*. *Novo lice rossijskogo biznesa*, in: *polit.ru*, 5.7.2005, <<http://polit.ru/article/2005/07/05/pappe/>>. – Radygin, Abramov, *Finansovyj rynek Rossii* [Fn. 38], S. 42.

schuldung der russländischen Wirtschaft fast so groß wie die Reserven der Zentralbank, einschließlich des Stabilisierungsfonds. 2008 überstieg sie die Reserven sogar (Tabelle 1). Russlands Wirtschaft war somit de facto abhängig von ausländischen Krediten.

Tabelle 1: Russlands Finanzreserven und Außenschulden (Mrd. USD, am Jahresende)

	Währungsreserven der Zentralbank (einschließlich Stabilisierungsfonds)	Stabilisierungsfonds (ab 2008 Reservefonds)	Außenschulden	Private Außenschulden
2000	24,2	–	160	31,4
2001	32,5	–	146,3	35,2
2002	44,0	–	152,3	48
2003	73,1	–	186	80
2004	120,8	18,1	213,5	108
2005	175,8	43	257,2	175,1
2006	295,5	89,1	310,6	261,9
2007	466,7	156,8	471	424,7
2008	411,7	137,1	480,5	448,3
2009	416,6	60,6	467,2	421,3
2010	443,5	25,6	488,9	442,4
2011	453,9	25,2	538,9	493,7
2012	486,5	62,1	636,4	446,1
2013	469,6	87,4	728,9	651,2
2014	339,3	89	599	546,8
2015	319,8	50	515,3	329,9

Quellen: Russländische Zentralbank, Internationale Reserven der Russländischen Föderation, <www.cbr.ru/eng/hd_base/Default.aspx?Prtid=mrrf_m>. – Außenverschuldung der Russländischen Föderation, <www.cbr.ru/statistics/?Prtid=svs>. – Russländisches Finanzministerium, Gesamtvolumen des Stabilisierungsfonds, <<http://old.minfin.ru/ru/stabfund/statistics/volume/>>; Russländisches Finanzministerium, Gesamtvolumen des Reservefonds, <www.minfin.ru/ru/performance/reservefund/statistics/volume/index.php>. – Alexei Kudrin: Stabilizacionnyj fond: zarubežnyj i rossijskij opyt, in: *Voprosy ekonomiki* 2/2006, <<http://akudrin.ru/uploads/attachments/file/1/2-06.pdf>>.

Tabelle 2: Ausländische Direktinvestitionen nach Herkunft, 2010 bis 2014 (Mill. USD)

	2010	2011	2012	2013	2014
Insgesamt, darunter aus:	43168	55086	50588	69219	20958
Zypern	12287	12999	1985	8266	5340
Niederlanden	3733	7383	10330	5716	1001
Virgin Islands	2139	7225	2475	9379	2295
Bahamas	2282	1829	2111	2791	3808
Luxemburg	2892	4106	10814	11638	-659
UK	1124	2007	46	18927	140
Deutschland	3196	2234	2265	335	107
Irland	2326	5306	9877	10399	-531
Schweden	1831	2025	1322	-1203	179

Quelle: Russländische Zentralbank, Direktinvestitionen in die Russländische Föderation, <www.cbr.ru/statistics/?Prtid=svs>.

Tabelle 3: Ausländische Direktinvestitionen und Bruttoinvestitionen

	Ausländische Direktinvestitionen (Mill. US-\$)	Bruttoinvestitionen (Mill. US-\$)	Anteil ausländischer Direktinvestitionen an Bruttoinvestitionen (%)
1991	k.A.	187857	k.A.
1992	1116	159322	0,7
1993	1211	117502	1
1994	690	100892	0,7
1995	2065	100620	2,1
1996	2579	92711	2,8
1997	4865	88988	5,5
1998	2761	40546	6,8
1999	3309	29053	11,4
2000	2714	48549	5,6
2001	2469	67298	3,7
2002	2421	69196	3,5

2003	7958	89766	8,9
2004	15444	123530	12,5
2005	14600	153359	9,5
2006	29701	209584	14,2
2007	55073	314067	17,5
2008	70320	423536	16,6
2009	36583	231402	15,8
2010	43168	344860	12,5
2011	55084	475881	11,6
2012	50588	501277	10,1
2013	69219	474437	14,6
2014	20958	378342	5,6

Quelle: World Bank: Foreign direct investment: net inflows (BoP, current US\$), <<http://data.worldbank.org/indicator/BX.KLT.DINV.CD.WD/countries?page=4&display=default>>. – World Bank: Gross capital formation, <<http://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.TOTL.CD?display=default>>.

Die ausländischen Geldgeber liehen dabei Geld bevorzugt russländischen Staatskonzernen, trotz ihres Rufes als ineffiziente wirtschaftliche Organisationen. Das Länderisiko und die schlechte Qualität der Institutionen schienen sie davon auch nicht abgehalten zu haben.³⁸ Darüber hinaus fanden die meisten Investoren, wie die Autoren von „Strategie 2020“ ermittelten, vor allem Russlands großen Inlandsmarkt attraktiv.³⁹

Das wirtschaftsnationalistische Paradigma und das Investitionsproblem

Die Grundrisse des wirtschaftsliberalen Paradigmas blieben in Russland auch über die Finanzkrise 2008/2009 hinaus erhalten. Dieses Paradigma wird jedoch in Russland oft angefochten. Rechte politische Kräfte bevorzugten seit Mitte der 1990er Jahre ein Modell, das darauf abzielt, die Investitionskraft der nationalen Unternehmen oder Konsortien zu stimulieren und staatliche Investitionen auszubauen. Eine solche wirtschaftsnationalistische Strategie ist konsistent mit den Wirtschaftsvorstellungen dieses Teils der russländischen Gesellschaft, die sich zu konservativen und „patriotischen“ Werten bekennt. Die konservativen Russen befürworteten eine dominante Rolle des Staates in der Ökonomie und eine „gerechte“ Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁴⁰

³⁸ Jedoch ließ die Verschlechterung der politischen Bedingungen etwa durch die Jukos-Affäre 2003 oder die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine die Bereitschaft ausländischer Geldgeber sinken, russländischen Unternehmen Geld zu leihen.

³⁹ Mau, Kuzminov, *Strategija 2020* [Fn. 30], S. 28.

⁴⁰ Byzov, *Konservativnyj trend* [Fn. 6], S. 33.

Das idealtypische „patriotische“ Paradigma der Wirtschaftspolitik vertreten in Russland explizit nationalistische Ökonomen wie Sergej Glaz’ev, Igor Lavrovskij, Valerij Fadev, Michail Deljagin, Michail Chazin sowie Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften wie auch die mit der RAN formal oder informell assoziierten Ökonomen wie Aleksandr Nekipelov, Viktor Ivanter, Ruzlan Grinberg, Michail Eršov und Gleb Fetisov. Die zweite Gruppe ist nicht direkt für nationalistische Äußerungen bekannt, sie vertritt aber Ideen, die in der Geschichte der ökonomischen Dogmen als wirtschaftsnationalistisch bezeichnet werden. Sie implizieren, dass die Wirtschaftspolitik dem Interesse der Nation unterordnet werden sollte, das manchmal nicht klar vom Interesse des Staates zu trennen ist.⁴¹

Insbesondere die makroökonomischen Ideen der erwähnten Ökonomen stehen im Zeichen einer spezifischen Variante des Wirtschaftsnationalismus, des „makroökonomischen Aktivismus“.⁴² Dieses Paradigma entwickelte im 19. Jahrhundert Thomas Attwood (1783–1856), ein Ökonom der heute wenig bekannten sozialdemokratischen Birminghamer Schule.⁴³ Es setzte voraus, dass der Staat seine Geld- und Finanzpolitik den Zielen der Wachstums- und Wohlfahrtsförderung unterordnet.⁴⁴ Praktisch bedeutet es, dass die Währung inkonvertibel ist, d.h. nicht frei umtauschbar in andere Währungen, und dass der Staat seine Investitionen durch Geldschöpfung finanziert. Ökonomen aus Russland nennen eine solche Währung „souverän“, in Anlehnung an das von Putin propagierte spezifische Souveränitäts-Konzept.⁴⁵ Der souveräne Umgang mit den Währungsreserven der Zentralbank, einschließlich derer, die in den Ölfonds gehalten werden, bedeutet für sie, dass sie in die nationale Wirtschaft investiert werden, um Wachstum anzukurbeln.

Ein Zielkonflikt zwischen „souveräner“ Wachstumsförderung und makroökonomischer Stabilität ist gegeben, weil die Förderung von Inlandsinvestitionen mit dem Wachstum der Geldmenge einhergeht und dadurch einen inflationären Effekt haben kann. Das war das Standardargument der Anhänger makroökonomischer Stabilisierung in Russland, vor allem des Finanzministers Aleksej Kudrin.⁴⁶ Umgekehrt behaupteten diese liberalen Ökonomen, dass nur ein Inflationsniveau von höchstens drei Prozent

⁴¹ Im Falle Russlands noch weniger, weil die Putin-Propaganda die Nation mit dem Staat und sogar mit Putin symbolisch gleichsetzt. Zur Konfusion des staatlichen und des nationalen Interesses im wirtschaftsnationalistischen Dogma: Eric Helleiner: Economic Nationalism as a Challenge to Economic Liberalism? Lessons from the 19th Century, in: *International Studies Quarterly*, 3/2002, S. 307–329, hier S. 310–311.

⁴² Helleiner, *Economic Nationalism* [Fn. 44], S. 319.

⁴³ Die oben genannten Autoren beziehen sich nicht auf Attwood. Ihre „Vorstellung von Ökonomie“ ist eine krude Mischung von sowjetischen, keynesianischen und „heterodoxen“ Ideen; Alexander Libman: Eine zersplitterte Wissenschaft. Russlands Volkswirtschaftslehre und ihr politischer Einfluss, in: *OSTEUROPA*, 4/2015, S. 29–46, hier S. 36–38.

⁴⁴ Helleiner, *Economic Nationalism* [Fn. 44], S. 319. Später entwickelte John Maynard Keynes (1883–1946) manche von Attwoods Postulaten weiter. Heutzutage gilt die Doktrin des makroökonomischen Aktivismus als veraltet.

⁴⁵ Valerij Fadeev: *Rossija – éto énergetičeskaja sverchderžava*, in: Nikita Garadža (Hg.): *Suverenitet*. Moskva 2006, S. 62–68. – Igor’ Lavrovskij: *Mobilizacija bez šoka*, in: *Expert*, 29/2014, <<http://expert.ru/expert/2014/29/mobilizatsiya-bez-shoka>>.

⁴⁶ Ivan Rodionov: *Otraslevye ministry dumajut o svoich otrasljach i sobstvennyh biznesach, a dolgosročnaja ékonomičeskaja politika okazalas neč’ej*, *Open Economy/opec.ru*, 16.6.2006, <<http://opec.ru/1096242.html>>.

die Investoren in Russland zu einer innovativen Tätigkeit bewegt und daher Inflationsbekämpfung die Priorität der russländischen Regierung sein sollte.⁴⁷ Den Ökonomen der wirtschaftsnationalistischen Orientierung kam dieses Ziel unrealistisch und gleichzeitig zu einfach vor, weil sie ihrer Meinung nach die Regierung aus der Verpflichtung entließ, strukturpolitische Maßnahmen zu realisieren.⁴⁸ Umgekehrt ist aber ein wirtschaftsnationalistisches Paradigma in seiner radikalen Form kaum realisierbar, weil es eine abgeschottete Nationalökonomie voraussetzt. Angesichts der weltwirtschaftlichen Verflechtung, die ihren Ausdruck in der in den meisten Ländern geltenden Währungsconvertibilität findet, kann das nur als utopisch gelten.

Den wirtschaftsnationalistischen Ökonomen in Russland zufolge kann allerdings ein auf diesem Paradigma basiertes wirtschaftspolitisches Programm ein Wirtschaftswachstum von etwa sechs bis acht Prozent pro Jahr generieren und mittel- bis langfristig einen qualitativen Entwicklungssprung auslösen.⁴⁹ Ein solcher Entwicklungssprung (*ryvok*) verlangt einen kollektiven Kraftakt und umfasst nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern hat die Aufgabe, die gesamte russländische Kultur zu „retten“. Die Notwendigkeit einer solchen Rettung ist ein wiederkehrender Topos im russischen Nationalismus. Glaz’ev formulierte auf einer Sitzung des Izborsker Klubs:

Wenn Putin über die Notwendigkeit eines Entwicklungssprungs spricht, dann nicht wegen hoher Wachstumsraten oder anderer schöner Indikatoren, sondern damit unser Land überlebt und erhalten bleibt. Bei einem Entwicklungssprung geht es nicht um den Unterschied zwischen fünf und sieben Prozent Wachstum. Er bedeutet den Übergang unserer Wirtschaft und des gesamten Landes in eine qualitativ neue Lage, die uns erlaubt, auf der neuen langen Welle des wirtschaftlichen Wachstums zu „reiten“.⁵⁰

Realisierbar wäre ein solcher Sprung laut diesen Ökonomen, indem der Staat in Kooperation mit wettbewerbsfähigen Unternehmen massive Kapitalanlagen finanzieren würde. Akkumulierte Reserven könnten dafür verwendet werden. Anschließend ließen sich Investitionsprojekte direkt durch Zentralbank-Kredite finanzieren. Die Zentralbank würde die Wertpapiere der jeweiligen Unternehmen als Sicherung verwenden. Auch eine Begrenzung der Offshore-Praxis vieler russländischer Unternehmen setzt nach Meinung der wirtschaftsnationalistischen Ökonomen zusätzliche Investitionsressourcen frei.⁵¹ Unterstützend zu einem solchen Programm würde der Staat in die Infrastruktur investieren sowie in den Sozialsektor.⁵²

Die wirtschaftsnationalistischen Ökonomen behaupten, dass Institutionen für das Wachstum viel weniger ausschlaggebend seien, als staatliche Investitionspolitik. Sie

⁴⁷ Rodionov, *Otraslevye ministry* [Fn. 49].

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ *Prezident Rossii: Vstreča s učenyimi-ekonomistami RAN*, 19.2.2014, Novo-Ogarevo, <<http://kremlin.ru/events/president/news/20291>>. – Sergej Glaz’ev, Viktor Ivanter, Aleksandr Nekipelov: *Rossija na puti k sovremennoj, dinamičnoj i éffektivnoj ékonomike*. Moskva 2013, S. 37.

⁵⁰ *Izborskij Klub. Zavtra*, 41/985, 3.10.2012, <<http://zavtra.ru/content/view/izborskij-klub-2/>>.

⁵¹ Glaz’ev, *Rossija na puti* [Fn. 49], S. 88–90.

⁵² Sergej Glaz’ev, Viktor Ivanter, Aleksandr Nekipelov, Ruslan Grinberg, Gleb Fetisov, Michail Eršov: *O strategii razvitija ekonomiki Rossii*. Moskva 2011.

lehnen die Bedeutung der Institutionen für Wachstum an sich nicht ab, glauben aber nicht, dass in der russländischen Situation die Konzentration auf Institutionen vernünftig sei. Abgesehen davon verstehen sie Institutionen im traditionellen Sinne, als Institutionen des Staates und des Finanzsystems und nicht im Sinne des wirtschaftsliberalen Paradigmas als Eigentumsrechte, Rechtsstaat, Korruptionsniveau in einer Wirtschaft.⁵³

Trotz der vorherrschenden antiwestlichen und „patriotischen“ Ideologie ist Russland gegenwärtig noch weit vom Idealtyp des makroökonomischen Aktivismus entfernt. Nichtsdestotrotz zeugen gewisse Entwicklungen davon, dass Russlands Wirtschaftspolitik implizit zunehmend dieser Doktrin folgt. Zum Beispiel bedeutet die Bereitstellung des Fonds für die Nationale Wohlfahrt für Investitionszwecke und die Einrichtung des Fonds für die Industrieentwicklung, dass die Finanzierung von Investitionen zur Priorität der russländischen Regierung wird, der das Ziel der makroökonomischen Stabilität womöglich mit der Zeit untergeordnet wird. Darüber hinaus entsprechen die Einrichtung von Entwicklungsinstitutionen und ihre wachsende Rolle in der Bereitstellung von Krediten an russländische Unternehmen der Verschiebung der wirtschaftspolitischen Doktrin Russlands zugunsten des Wirtschaftsnationalismus.⁵⁴ Auch die *Deořsorizacija*-Initiative steht im Einklang mit dieser wirtschaftspolitischen Orientierung.

Der Wandel des Stabilisierungsfonds und des Nationalen Wohlfahrtsfonds

Der Stabilisierungsfonds wurde 2004 gegründet, um Überschüsse aus dem Ölgeschäft aus der nationalen Wirtschaft abzuschöpfen und auf diese Weise makroökonomische Stabilisierung herbeizuführen. Einnahmen aus den Ölexportzöllen und aus den Steuern auf die Ölförderung (Nalog na dobyču poleznych iskopaemych; NDPI) wurden in einem Fonds außerhalb des russländischen Finanzsystems akkumuliert, der von der Zentralbank verwaltet wurde. Er diente zum einen der Stabilisierung des nationalen Finanzsystems und der nationalen Wirtschaft, da die überschüssigen Ölgewinne einen inflationären Effekt entwickeln konnten. Zum anderen stellte er Ressourcen bereit, die sowohl für den Fall einer Finanzkrise genutzt werden konnten als auch für die Rückzahlung der staatlichen Schulden. Das zweite Ziel wurde in den Jahren 2004–2006 intensiv verfolgt. Nachdem zunächst die Steuereinnahmen in Rubel gehalten wurden, wurden sie Mitte 2006 in Fremdwährungen und in westlichen Staatsanleihen angelegt. Dadurch sollten die Ressourcen vor Inflation geschützt werden, und eine solche Investition galt als risikofrei.

Diese Maßnahme erinnerte manche Beobachter daran, dass Russlands Zentralbank in den 1990er Jahren ihre Währungsreserven heimlich auf Jersey Island gehalten hatte, was 1999 im Umfeld der Default-Krise an die Öffentlichkeit gelangte.⁵⁵ Darüber hinaus argumentierten viele nationalistisch gesinnte Ökonomen, Angehörige der Nomenklatura,

⁵³ Glaz'ev, Ivanter, Nekipelov, *Rossija na puti* [Fn. 49], S. 24–26, 48–57.

⁵⁴ Stephen Fortescue: *Russia's „Turn to the East“: A Study in Policy Making*, in: *Post-Soviet Affairs* 2015, DOI: 10.1080/1060586X.2015.1051750, S. 13.

⁵⁵ Igor Semenenko: *Fyodorov: FIMACO a scheme for theft*. *Moscow Times*, 11.2.1999, <www.themoscowtimes.com/sitemap/free/1999/2/article/fyodorov-fimaco-a-scheme-for-theft/280485.html>.

Intellektuelle und Geschäftsleute aus einem antiwestlichen Ressentiment heraus, dass die Regierung ihre vermeintlich „hart verdienten Ersparnisse“ (krovnnye sbereženija) lieber im Inland investieren solle, als sie „beim Feind“, d.h. in den USA, anzulegen.⁵⁶ Viele verwiesen auch darauf, dass Russlands Finanzsystem nicht souverän sei, wenn sogar staatliche Konzerne auf Finanzierung aus dem Ausland angewiesen seien.⁵⁷

Der Stabilisierungsfonds war in diesem Arrangement ein Garant für ausländische Geldgeber dafür, dass ihre Kredite zurückbezahlt werden, notfalls vom russländischen Staat.⁵⁸ Welche institutionelle Lösung in Bezug auf den Fonds für die russländische Wirtschaft günstiger sei, war unklar: Staatliche oder vom Staat unterstützte private Investitionen standen einerseits unter dem Verdacht, ineffizient und korruptionsfördernd zu sein, andererseits war es schwierig zu verneinen, dass die meisten russländischen Unternehmen an Geldmangel litten.

Die nationalistische Stimmung wurde auch von politischen Ereignissen angeheizt. Nach dem Anschlag von Beslan 2004 und der „Orangen Revolution“ in der Ukraine 2004/2005 hatte Putin versucht, sein autoritäres System zu festigen. Dazu setzte er auch auf wirtschaftspolitische Maßnahmen. So wurden seit 2005 sukzessive mehr Haushaltsmittel für Militär und Polizei, aber auch für Sozialpolitik zur Verfügung gestellt. Sie kamen nicht zuletzt aus dem Stabilisierungsfonds. Im Jahr 2007 genehmigte Putin, etwa ein Zehntel des Stabilisierungsfonds (ca. 300 Mrd. Rubel) in neu entstehende entwicklungspolitische Institutionen anzulegen – in der Russländischen Entwicklungsbank, der Staatskorporation für Nanotechnologien *Rosnano* und in den Investitionsfonds.

Die 2005 begonnene Wende in der Wirtschaftspolitik wurde 2012 vertieft. Da die globale Finanzkrise zwischenzeitlich Russland erreicht hatte, war der Kreml in erster Linie mit akutem Krisenmanagement beschäftigt. Der eine Nachfolger des Anfang 2008 aufgelösten Stabilisierungsfonds, der Reservefonds, sollte ausfallende Haushaltseinnahmen ersetzen. Der zweite, der Nationale Wohlfahrtsfonds, stellte Ressourcen für die Stützung des Finanzsystems bereit: Die Gelder aus dem Wohlfahrtsfonds nutzte die Russländische Entwicklungsbank *Vneshekonombank* (VEB), welche die führende Rolle in der Krisenpolitik spielte, unter anderem dazu, russländische „Blue Chips“, also Aktien der wichtigsten russländischen Unternehmen aufzukaufen und Auslandsschulden der russländischen Oligarchen durch inländische Kredite zu ersetzen. Abgesehen von diesen Verschiebungen im Finanzsystem, in dem inländische Geldquellen wie der Wohlfahrtsfonds und die VEB eine wachsende Rolle bei der Finanzierung von Krediten und Investitionen spielten, verfolgte Russlands Regierung damals auch ein industriepolitisches Projekt, das von Dmitrij Medvedev initiierte Technologiecluster in Skolkovo bei Moskau.

⁵⁶ Ewa Dąbrowska, Joachim Zweynert: Economic Ideas and Institutional Change: The Case of the Russian Stabilisation Fund, in: *New Political Economy*, 4/2015, S. 518–544.

⁵⁷ Fadeev, Rossija [Fn. 48].

⁵⁸ Clifford Gaddy, Barry Ickes: Russia after the Global Financial Crisis, in: *Eurasian Geography and Economics*, 3/2010, S. 281–311.

Tabelle 4: Die Entwicklung des Nationalen Wohlfahrtsfonds

Datum	Milliarden USD	Milliarden RUB	Anteil am BIP (%)
1.1.2016	71,7	5227,2	6,6
1.7.2015	75,7	4200,5	5,7
1.1.2015	78	4388,1	6,0
1.7.2014	87,9	2957,4	3,8
1.1.2014	88,6	2900,6	4,1
1.7.2013	86,5	2 828,2	4,0
1.1.2013	88,6	2690,6	4,0
1.7.2012	85,6	2810,5	4,2
1.1.2012	86,8	2794,4	4,7
1.7.2011	92,6	2600	4,4
1.1.2011	88,4	2695,5	5,8
1.7.2010	85,5	2666,4	5,8
1.1.2010	91,6	2769	7,1
1.7.2009	89,9	2813,9	7,3
1.1.2009	88	2584,5	6,3
1.7.2008	32,9	770,6	1,9

Quelle: Russländisches Finanzministerium, Gesamtvolumen des Nationalen Wohlfahrtsfonds, <www.minfin.ru/ru/performance/nationalwealthfund/statistics>.

In Putins dritter Amtszeit setzte sich der Trend zur Industriepolitik fort. Insbesondere war diese Tendenz beim Wohlfahrtsfonds zu beobachten. In 2013 entschied der Präsident, diesen vollkommen für inländische Investitionen freizugeben, unter anderem für solche Projekte wie die Modernisierung und den Ausbau der von Leonid Brežnev initiierten Bajkal-Amur-Magistrale (BAM), der Transsibirischen Eisenbahn, der Eisenbahninfrastruktur am Asovschen Meer und in Nordwestrussland, den Bau des Zentralen Autobahnringes um Moskau und die Produktionsanlagen für verflüssigtes Erdgas auf der Halbinsel Jamal sowie für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz.⁵⁹ Im Jahr 2015 wurde diese Politik, beschleunigt durch die angespannte internationale Situation und die Sanktionen, tatsächlich umgesetzt. Dabei bewogen nicht nur die Finanzmarktsanktionen die russländische Regierung dazu, neue Investitionsquellen zu erschließen. Auch die individuellen Sanktionen, die auch kremlnahe Oligarchen betreffen, beschleunigten gewisse investitionspolitische Entscheidungen. Einer dieser Oligarchen, Putins persönlicher Freund Vladimir Jakunin, bis August 2015 Chef der Russländischen Eisenbahnen, sollte der Hauptnutznießer vieler vom Wohlfahrtsfonds

⁵⁹ Zum Verzeichnis der Investitionsprojekte: Ewa Dabrowska: Inlandsinvestitionen und *De-ofšorizacija*. Ein Paradigmenwechsel in der russländischen Finanzpolitik? In: Russlandanalysen, 299/2015, S. 9–13.

finanzierter Eisenbahnprojekte sein.⁶⁰ Ähnlich profitieren auch andere von Sanktionen betroffene Oligarchen aus Putins Kreis wie Arkadij Rotenberg und Gennadij Timčenko von der staatlichen Investitionspolitik. Auch wenn sie manchen Sanktionen ausweichen konnten, beschloss der Kreml, deren potentiellen und realen Verluste auszugleichen.⁶¹ Unter anderem erhielten diese Oligarchen den Zuschlag, die Infrastruktur auf der Krim zu modernisieren sowie eine Brücke zwischen dem russländischen Inland und der annektierten Halbinsel zu bauen.⁶²

Kapitalmobilisierung durch „Entoffshorisierung“ und Kapitalamnestie

Die neue Investitionspolitik ist für die Oligarchen nicht nur vorteilhaft. Ihre Gewinne sollen im Rahmen der *Deofšorizacija*-Initiative unter Kontrolle gebracht werden. Sie zielt darauf ab, die in Offshore-Standorten angelegten Gelder zu besteuern. Bereits 2007 startete das Finanzministerium eine Kampagne gegen die von Nationalisten angeprangerte Praxis vieler Geschäftsleute und der mit ihnen durch Patronage verbundenen Staatsdiener, ihr Einkommen vor dem Fiskus und der nationalen Justiz in Steueroasen zu verstecken. Damals wurde sie allerdings halbherzig verfolgt und brachte wenig Ergebnisse.⁶³

2013/2014 verschärfte die Regierung ihr Vorgehen gegen die Steuerkriminalität. Obwohl Russlands Wirtschaft geradezu systemisch mit einem Netzwerk von den in Steueroasen angemeldeten Unternehmen verbunden ist, startete die Regierung die *Deofšorizacija*-Initiative. Nun ist jeder russländischer Bürger, dem mindestens 50 Prozent einer in einer Steueroase registrierten Firma gehört, verpflichtet, in Russland Steuern auf ihre Gewinne zu zahlen. Auch jene Bürger, die nur zehn Prozent Beteiligung an solchen Firmen haben, müssen ihren Besitz der Steuerbehörde bekanntgeben.⁶⁴ Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme steht auch die Amnestie für bis 2015 getätigte illegale Kapitalexperte. Wenn die Eigentümer des im Ausland gehaltenen Kapitals ihre Bankkonten, Immobilien, Wertpapiere, und Firmenanteile der Steuerbehörde melden, werden ihnen Steuern bis zum 1. Januar 2015 erlassen.⁶⁵ In seiner Botschaft an die Föderalversammlung vom Dezember 2015 verlängerte Putin die Wirkung der Kapitalamnestie um ein Jahr.⁶⁶

Die Unternehmensbesitzer, die ihr Offshore-Vermögen nicht melden, sollen sowohl von Krediten der Russländische Entwicklungsbank (VEB) als auch von staatlichen

⁶⁰ Jakunins Entlassung, die der Öffentlichkeit am 20.8.2015 als freiwilliger Rücktritt dargestellt wurde, gilt Beobachtern als Teil einer Strategie Putins zur Disziplinierung der Elite.

⁶¹ Fancy footwork. How businesses linked to blacklisted oligarchs avoid Western sanctions, in: Economist, 14.2.2015, <<http://www.economist.com/news/business/21643122-how-businesses-linked-blacklisted-oligarchs-avoid-western-sanctions-fancy-footwork>>.

⁶² Renata Jambaeva: Ja v takich voprosach ne torgujus. Interview mit Arkadij Rotenberg. Kommersant.ru, 30.1.2015, <www.kommersant.ru/doc/2656491>.

⁶³ Feder Blinov: Deofšorizacija povysit ekonomičeskij potencial Rossii, in: Ėkspert Severo-Zapad, 9.2.2015.

⁶⁴ Nesvetailova, The Offshore Nexus [Fn. 4].

⁶⁵ Dmitrij Klenov: Sdelka s gosudarstvom: čto nužno znat' ob amnistii kapitala. RBK, 1.7.2015, <www.rbc.ru/opinions/society/01/07/2015/5592a4559a794758ac050e4c>.

⁶⁶ Putin, Poslanie [Fn. 7].

Kreditgarantien ausgeschlossen sein. Ferner dürfen Firmen, die sich in Besitz von solchen Personen befinden, keine Verträge mit dem Staat oder mit staatlichen Korporationen abschließen. Offenbar zielt diese Initiative auf große Unternehmen, weil kleine und mittelständische Firmen von diesen entwicklungspolitischen Maßnahmen kaum erfasst sind. Die VEB verleiht in der Regel an Konzerne wie *Noril'skij Nikel'*, *Rusal*, *Avtovaz*, *Mechel*, *Gazprom* und *Sberbank* Kredite von einer halben bis zu mehreren hundert Milliarden Rubel. Zu staatlichen Aufträgen haben hauptsächlich Firmen Zugang, die enge Kontakte zu Politik und Bürokratie pflegen. Aus diesen Gründen bleibt die Wirkung der *Deofšorizacija* voraussichtlich auf „Oligarchen“ beschränkt. Das Gesetz dient offenbar dazu, sie zu disziplinieren und dazu zu bewegen, mehr im Inland zu investieren.

Angesichts der durch die Sanktionen bedingten eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland sind russländische Oligarchen nun besonders daran interessiert, Zugang zu neuen entwicklungspolitischen Instrumenten des Staates zu erhalten. So verkündeten Vladimir Potanin und Oleg Deripaska bereits, die Initiative der Regierung unterstützen zu wollen.⁶⁷ Potanin gab bekannt, dass sein Unternehmen keine Offshore-Strukturen nutze, während Deripaska sich verpflichtete, dieser Praxis umgehend ein Ende zu setzen. Ähnlich überschrieb Arkadij Rotenberg das Eigentum des Konzerns *Strojgazmontaž* Ende 2014 auf sich. Zuvor hatte es formal der auf Zypern registrierten *Milasi Engineering Ltd* gehört.⁶⁸ Derartige „patriotische“ Handlungen der Oligarchen sind nicht in erster Linie das Resultat der Sanktionen, sondern entspringen vor allem der Motivation, Putin Loyalität zu bekunden.

Nichtsdestotrotz trugen die westlichen Sanktionen wie auch die Ereignisse in der Ukraine dazu bei, dass die antiwestlichen und „patriotischen“ Ideen in der russländischen Politik mehrheitsfähig wurden. In einer solchen Atmosphäre werden auch wirtschaftspolitische Maßnahmen denkbar, die auf den ersten Blick gegen die Interessen der Oligarchen verstoßen und zuvor nicht in Erwägung gezogen worden waren. Unter den neuen Umständen werden die Oligarchen, die schon früher in der öffentlichen Debatte auch wegen ihrer Vorliebe für Offshores als „unpatriotisch“ galten, ihre Interessen nun im Einklang mit der herrschenden russländischen Investitionspolitik voraussichtlich neu definieren.⁶⁹

Andere industrie- und investitionspolitische Maßnahmen

Neben der Öffnung des Nationalen Wohlfahrtsfonds und der *Deofšorizacija*-Initiative unternahm Russlands Regierung seit Mitte 2014 eine Reihe anderer Maßnahmen, die zum allgemeinen industriepolitischen Kurs passen. Zu erwähnen sind vor allem das „Gesetz zur strategischen Planung“ vom 28. Juni 2014 und das „Gesetz zur Industriepolitik“ vom 31. Dezember 2014. Beide haben eine eher symbolische Bedeutung und

⁶⁷ Rustem Falyakhov: S legkim košel'kom na rodinu. Gazeta.ru, 19.12.2013, <www.gazeta.ru/business/2013/12/18/5810077.shtml>.

⁶⁸ Natalija Telegina: Begušče milliardery. Počemu gerojam Forbes teper' lučše ne žit' v Rossii. Slon.ru, 19.3.2014, <<https://slon.ru/posts/49438>>.

⁶⁹ Zum populären Verständnis der Offshore-Vorliebe der Oligarchen als „unpatriotisch“: Viktor Pelevin: P5 Proščal'nye pesni političeskich pigmeev Pindostana. Moskva 2008.

enthalten kaum konkrete Mechanismen, wie Russlands Industrie zu reformieren und modernisieren sei. Wie der RAN-Ökonom Jurij Knjazev es ausgedrückt hat, beschreibt das „Gesetz zur Industriepolitik“ zum großen Teil die bereits existierende Praxis in der Kooperation zwischen Staat und Unternehmen.⁷⁰ Die im „Gesetz über die Industriepolitik“ vorgeschlagene Neuerung ist ein zehnjähriger Investitionsvertrag zwischen einem privaten Investor und dem Staat, in dem unter anderem garantiert wird, dass die relevanten Steuern in der Zeit nicht erhöht werden. Allerdings ist dieser Vertrag auch unerwartet streng, indem er vorsieht, dass der Investor, der den Vertrag nicht einhält, alle Steuern nachzahlt, die ihm ursprünglich erlassen wurden.⁷¹ Eine andere rigorose industriepolitische Maßnahme ist es, die Vermögenssteuer auf veraltete Produktionsanlagen zu erhöhen, um den Unternehmern den Anreiz zu geben, neue Anlagen zu kaufen.⁷²

Abgesehen von den konkreten Maßnahmen ist wichtig, dass der lange verpönte Begriff der Industriepolitik reaktiviert wurde – bedeuten kann es, dass auch weitere industriepolitische Schritte voraussichtlich folgen werden. Ähnlich ist auch die seit 2014 verfolgte Politik der Importsubstituierung zu verstehen. Sie ist eine Art programmatische Losung für Russlands Regierung; im Rahmen dieses Programms werden noch einzelne Maßnahmen ausgearbeitet. Zu den wichtigen institutionellen Neuerungen, die sowohl der Importsubstitution als auch der Industriepolitik dienen sollen und bereits ins Leben gerufen wurden, zählen der Fonds für Industrieentwicklung, der im Vergleich zu anderen entwicklungspolitischen Institutionen erstaunlich schnell aktiviert wurde, sowie der neue Modus von Investitionsfinanzierung – Finanzierung der Investitionsprojekte über vier ausgewählte staatliche und assoziierte Banken – die *Sberbank*, *VTB*, *Rosselchozbank* und *Al'fabank* mit den günstigeren als üblicherweise Zentralbankkrediten.⁷³ Darüber hinaus erfolgt die Importsubstituierung automatisch, als Folge der Gegensanktionen Russlands im Lebensmittelsektor.

Fazit und Ausblick

Die Bereitstellung des Nationalen Wohlfahrtsfonds für Investitionszwecke, die versuchte „Entoffshorisierung“ der russländischen Wirtschaft, die Schaffung des Fonds für Industrieentwicklung und andere industrie- und investitionspolitische Maßnahmen zeugen von einer Wende in der russländischen Wirtschaftspolitik. Sowohl die westlichen Sanktionen als auch die russländischen Gegensanktionen schufen die Bedingungen für eine solche Wende, auch wenn die dazu passenden Ideen schon länger diskutiert wurden. Es ist frappierend, dass die neuen Lösungen den Ideen entsprechen, für die wirtschaftsnationalistisch gesinnte Ökonomen seit langem werben, ohne dass sie

⁷⁰ Jurij Knjazev: *Kakoj sleduet byt' promyšlennoj politike Rossii*, in: *Svobodnaja mysl'*, 4/2015, S. 93–104.

⁷¹ *Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii ot 31 dekabnja 2014 g. N 488-F3*. *Rossijskaja Gazeta* 12.2.2015, <www.rg.ru/2015/01/12/promyshlennost-dok.html>.

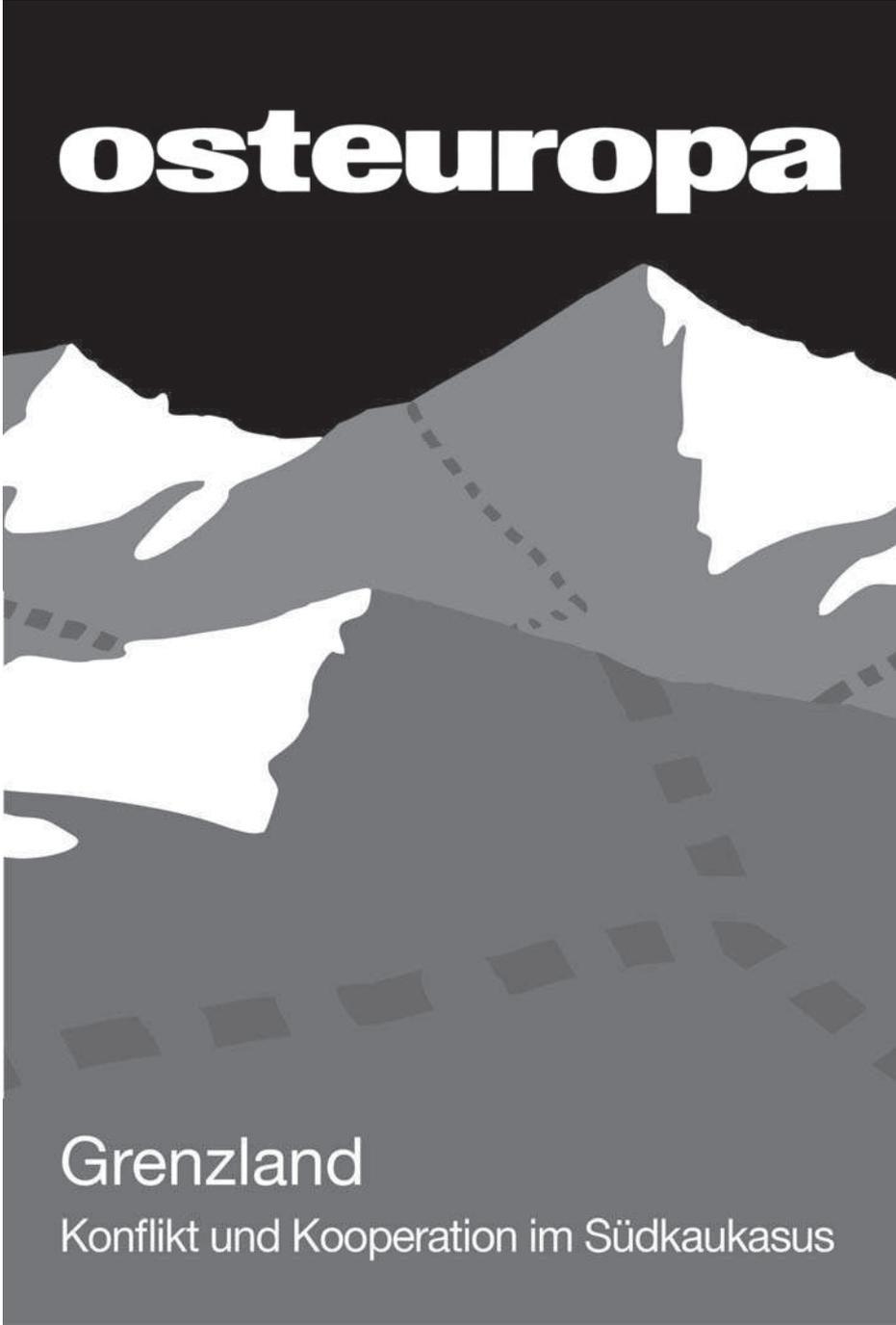
⁷² Butrin, Popytka [Fn. 8].

⁷³ Alexandr Orlov: *Importozameščenie bez deneg umret, ne rodivšis*. *Gazeta.ru*, 13.2.2015, <www.gazeta.ru/business/2015/02/12/6410281.shtml>. – Tatjana Zykova: *MER vybralo banki dlja učastija v programe proëktnogo finansirovanija*. *Rossijskaja Gazeta*, 26.12.2014, <www.rg.ru/2014/12/26/banki-site.html>.

einen nachweisbaren Einfluss auf Russlands politische Führung gehabt hätten. Zu erklären ist dieses Paradoxon wohl dadurch, dass andere soziale Kräfte, die in Russlands Wirtschaftspolitik direkt oder indirekt das Sagen haben, ähnlich gesinnt sind. Diese Ideen sind darüber hinaus der durch das sowjetische Erbe geprägten institutionellen Ordnung der russländischen Wirtschaft entnommen, d.h. mit dieser Ordnung womöglich kompatibler als die wirtschaftsliberalen Programme.

Auch wenn die vor kurzem verpönten Ideen in der russländischen Wirtschaftspolitik gerade reaktiviert werden, ist es wichtig zu betonen, dass auch die Institutionen, die für die Erhaltung des wirtschaftsliberalen Paradigmas verantwortlich sind, in Staat und Wirtschaft etabliert sind. Das gilt für staatliche Institutionen wie die Zentralbank und das Finanzministerium, aber auch institutionalisierte Methoden und Prinzipien der Politik der beiden Gremien. Darüber hinaus sind sie in der globalen Finanzordnung verankert, was ihnen eine zusätzliche Stabilität verleiht. Die Vorteile der Integration der russländischen Wirtschaft in die globale Finanzordnung wissen auch Russlands Oligarchen zu nutzen, die dadurch ihre Eigentumsrechte schützen können und einfacher an Investitionsressourcen kommen. Aber auch die russländische Führung hätte allen Grund, den wirtschaftspolitischen Status quo zu erhalten, der ihren Interessen nützt. Trotzdem gibt es in Russlands Politik anscheinend genug Kräfte, die sich einen Wandel wünschen und eine umfassende Industriepolitik für legitimer halten als deren Abwesenheit, aus Gründen, die mehr mit ihrer Identität und mit den in Bezug auf sie formulierten Interessen zu tun haben als mit ökonomischer Rationalität.

osteuropa

A stylized graphic of a mountain range. The mountains are depicted in white and light gray against a dark gray background. A dashed line runs across the mountains, suggesting a boundary or a path. The overall style is minimalist and modern.

Grenzland

Konflikt und Kooperation im Südkaukasus

Ein Höhepunkt: 672 Seiten, 20 Karten, 175 Abb.: 32,00 €. zeitschrift-osteuropa.de

A b s t r a c t s

Thomas Bremer
Diffuse Concept

The Russian Orthodox Church and the “Russian World”

In Russia, the idea of a specific Russian civilization has been propagated for several years. The concept of the “Russian world” is vague, and many of its oft-cited elements contradict one another. This also applies to the variant of the concept espoused by the Russian Orthodox Church. On the one hand, Russian culture and the Russian language are to provide cohesion. On the other hand, the church distances itself explicitly from an understanding of the “Russian world” constricted by nationality. The contradictions also have to do with the fact that while the church seeks proximity to the state, it at the same time wants to maintain its independence and tries not to act as the Kremlin’s proxy.

Vera Demmel
Ribbon of Saint George

Order of Glory, Symbol of Remembrance, Pro-Kremlin Icon

Since 2005, the orange-black Ribbon of St. George has been Russia’s most important symbol for remembering victory in the Great Patriotic War. The colours of the ribbon go back to a ribbon on which the Order of St. George, first awarded in the mid-18th century, was worn in the Russian Empire. In the Soviet Union as well, these were, starting in 1942, the colours of a badge then called the Guards ribbon. During the protests against election fraud in winter 2011/2012, the ribbon for the first time became a symbol of the Putin regime’s followers, who now wore it outside the celebrations of Victory Day on May 9. After the upheaval in Ukraine in February 2014, it became a symbol for the insurgents and separatists in the Crimea and Ukraine’s east. In Russia, it is now omnipresent and has often become a largely meaningless symbol that is even used to market consumer products.

Vít Beneš
Marginality or Self-Marginalisation?

International Relations: Science, Politics, and Scientific Policy in the Czech Republic

Many politicians in the Czech Republic see their country as lacking in size and influence. Numerous political scientists also take this view. Structuralist theories of international relations reinforce this stance. The dominance of the Great Powers is mirrored even in the academic world. After 1989, continuous comparison with Western countries or Western

research was supposed to serve the end of “catching up” with them. For several years, however, fatalism has been spreading. Yet a look at the history of the field of International Relations in the Czech Republic shows that in politics and in academia, complaints about marginality have above all one consequence: self-marginalisation.

Karin Rogalska
Unsuccessful Poker with the Refugee Crisis
The Parliamentary Election in Slovakia

In Slovakia, the political landscape has eroded. The left-wing, populist party Smer-SD may have again become the strongest force in the National Assembly in the February 2016 election, however, with the worst election result since 2002. Therefore, it can present a new government only in coalition with three other parties. Robert Fico, the old and new prime minister, may have moderated his xenophobic rhetoric since the election campaign, and the ruling coalition may have committed itself to the European Union. But Bratislava has not wavered in its decision to take legal action against the European quota system for the distribution of refugees.

Katarzyna Woniak
Late Recognition
Local Remembrance of Nazi Forced Labour

For decades, the issue of forced labour played a subordinate role in German confrontation with the Nazi past. Only in the 1990s did it begin to make its way into the public consciousness. The impetus for this often came from interested laymen studying local history. In the Bavarian town of Affing, a seminar paper on the fate of a forced labourer led not only to the construction of a memorial, but also to the establishment of a German-Polish city partnership. To keep communal memory alive, however, ritual commemoration and contacts between the communities are not enough.

Florian Peters
Red Poppy instead of Red Star
“De-Communistation” of Historical Culture in Ukraine

In April 2015, the Ukrainian parliament adopted four laws addressing the Communist legacy. Public monuments to Lenin and other Bolsheviks were removed, streets and towns renamed, the archives of the Soviet security organs opened. Memory is to be Europeanised. However, this objective is contradicted by the uncritical handling of the Ukrainian national movement, especially that of the Organisation of Ukrainian Nationalists/Ukrainian Insurgent Army, which partially collaborated with the Nazis during the Second World War and carried out massacres of the Polish population. It is still unclear whether state historical policy will displace the open debate within society over right and wrong tracks, discontinuities and contradictions in history, or will only complement and mirror it.

Gerhard Simon
Good-bye, Lenin!
Ukraine Bans Communist Symbols

Ukraine is experiencing a de-Communistation of public space. Thousands of monuments to Lenin and other Communist leaders are disappearing. Many streets and towns, including two major cities, have been given new names. The public display of Communist symbols is prohibited. The fighters of the Ukrainian Insurgent Army have been granted equal status with Soviet veterans, archives from the Soviet era opened. This is largely a catch-up development similar to what happened in Central and Southeastern Europe in 1989. Individual formulations in the laws on de-Communistation have sparked criticism. These would aim to banish the Communist past from people's minds and run the risk of censorship.

Cornelius Friesendorf
Police Reform in Ukraine
Problems and Prospects

Since the Euromaidan, reformers inside and outside the country have been trying to make the disreputable Ukrainian police a citizen-friendly institution. The foundation for this reform has been laid: in 2015 a new policing law was passed and a patrol police introduced. However, some factors complicate the implementation of the reforms: resistance from old cadres who do not benefit from reforms; the institutional, economic, and military environment in Ukraine; as well as the general difficulties international police reformers face in achieving positive outcomes.

Felix Ackermann
Experience with Violence Refreshed
Lithuania's Politics of History and Russia's War in Ukraine

Lithuanian society did not observe the Euromaidan in Ukraine from afar. It saw itself directly affected. Russia's annexation of the Crimea and the war of intervention in eastern Ukraine unleashed fears of a similar aggression on the part of Russia in the Baltic region. The war also changed Lithuanians' self-understanding of their country's own history. In debates over German and Soviet rule, an escalation and relativisation of positions is taking place. History and memory are becoming a screen for projecting the present political conflict with Russia.

Ana Lena Werner
Anti-Americanism in Action
The Left, the Right, and the „Third Position“ on Ukraine

German media on the left and the right of the political spectrum consider the United States chiefly responsible for the war in Ukraine. *Junge Welt*, *Junge Freiheit*, and the "third position"-publication *Compact* hardly see any difference between political and financial support for the new government and military intervention against it. They employ classic anti-American clichés. While *Junge Welt* argues in terms of anti-imperialism and *Junge Freiheit* in terms of geopolitics, *Compact* adheres to conspiracy theories widespread in Russia.

Lisa Bührmann
Modified Stereotypes

Russia and the Annexation of the Crimea in Caricatures

Cartoons about Russia's annexation of Crimea in the German daily newspapers *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, and *Tagesspiegel* present a differentiated image of Russia. On the one hand, they cannot do without historical stereotypes. Sometimes, they are bound by the logic of the East-West conflict. On the other hand, the cartoonists work with means that employ irony to break the very Russian threat they depict.

Ewa Dabrowska
"Patriotic" About-Face

Russia's Industrial and Investment policy

The Western sanctions against Russia after its annexation of the Crimea and the war in Donbass have had a noticeable effect on Russia's economy. But they have not led to a about-face in foreign policy, rather to a strengthening of nationalism and anti-Western attitudes. This even affects Russia's economic policy. It is distancing itself increasingly from the liberal paradigm in favour of economic nationalism. This is seen in an analysis of the National Welfare Fund, the initiative to promote "deofshorizatsiia", a capital amnesty, and other industrial policy measures.